

EBERHARD KARLS
UNIVERSITÄT
TÜBINGEN

Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie

TÜKRIM

Hans-Jürgen Kerner

BIBLIOGRAPHIE KRIMINALITÄTSOPFER

Herausgegeben von Institutsdirektor Prof. Dr. Jörg Kinzig
und Seniorprofessor Dr. Hans-Jürgen Kerner

TOBIAS-lib Universitätsbibliothek Tübingen

JURISTISCHE FAKULTÄT
Institut für Kriminologie



Hans-Jürgen Kerner

Bibliographie Kriminalitätsoffer

Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie

herausgegeben von

Prof. Dr. Jörg Kinzig
Seniorprofessor Dr. Hans-Jürgen Kerner

Band 33

Hans-Jürgen Kerner

Bibliographie Kriminalitätsoffer
Veröffentlichungen zu Fragen des Umgangs von Staat
und Gesellschaft mit Viktimisierung und den davon
betroffenen Menschen

Vordringlich zu den Themenbereichen:

Opferentschädigung, Opferhilfe, Mediation, Täter-Opfer-Ausgleich, Restorative Justice, Opferbeistand und Opferanwalt, Rechtstellung von Opfern v.a. im Strafverfahren, sowie ergänzende Dokumente der Europäischen Union, des Europarates und der Vereinigten Nationen

TOBIAS-lib
Universitätsbibliothek Tübingen
2015

Juristische Fakultät
Institut für Kriminologie



IMPRESSUM

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© Institut für Kriminologie der Universität Tübingen
Sand 7, 72076 Tübingen
Tel: 07071-29-72931
Fax: 07071-29-5104
E-mail: ifk@uni-tuebingen.de.
Homepage: <http://www.ifk.jura.uni-tuebingen.de>

Alle Rechte vorbehalten.
Tübingen 2015.

Gestaltung des Deckblatts: Ketchum Pleon
Gesamtherstellung: Institut für Kriminologie der Universität Tübingen
Redaktion: Maria Pessiu
Printed in Germany.

ISSN: 1612-4650
ISBN: 978-3-937368-64-1 (elektronische Version)
ISBN: 978-3-937368-65-8 (Druckversion)

Hinweis: Die nach Bedarf gedruckte Version entspricht vollständig der elektronischen Originalpublikation.

Vorwort

Diese Bibliographie weist Veröffentlichungen nach, die sich bei der Recherche und Sichtung von Materialien im Rahmen meiner eigenen Forschungs- und Vortragstätigkeit sowie anderweitig im Institut für Kriminologie in den vergangenen Jahren ab 2010 angesammelt haben.

Für diese Veröffentlichung habe ich die bis dahin vorhandenen Titel sowie deren bibliographische Details erneut kritisch durchgesehen und korrigiert. Sodann habe ich in wiederholten Suchläufen in den mir zugänglichen Bibliothekskatalogen sowie in anderen Unterlagen nach zusätzlichen Titeln gefahndet. Im Übrigen habe ich danach gestrebt, die gemäß unterschiedlichen Traditionen der wissenschaftlichen Disziplinen in etlicher Hinsicht divergierenden bibliographischen Notationen so weit wie möglich zu vereinheitlichen. Dies ist nicht perfekt gelungen. Hauptgrund ist, dass die erforderliche Menge von gesonderten Nachrecherchen in Bibliotheken und in elektronischen Ressourcen zu solchen Detailangaben, die im Regelfall nur für Bibliothekare und Dokumentare professionell wichtig sind, beim Bestreben nach Perfektion mein Zeitbudget, das hierfür im Gesamt der anderen Aufgaben und Tätigkeiten eingesetzt werden konnte, bei weitem überschritten hätte.

Der hier repräsentierte Erfassungszeitraum umfasst die Erscheinungsjahre 2011-2014, mit Redaktionsschluss zum 30.1.2015; dem Nachweis zum Erscheinungsjahr 2014 wurden einige Veröffentlichungen hinzugefügt, die für 2014 angekündigt waren, dann aber von Verlags wegen auf Anfang 2015 umgestellt wurden. Für diese Jahre ist ein umfassender Nachweis von deutschsprachigen Veröffentlichungen angestrebt. Ich habe, jedoch ohne jegliche Gewähr für Vollständigkeit, fremdsprachige Veröffentlichungen für alle Erfassungsjahre in gewichtender Auswahl mit einbezogen. Veröffentlichungen aus dem Erscheinungsjahr 2010 sind durchweg lediglich in Auswahl nachgewiesen.

Leserinnen und Leser, die auch oder vor allem an Informationen zu Veröffentlichungen in früherer Zeit interessiert sind, weise ich auf die nachstehend (Seite 6) aufgelisteten eigenen Bibliographien hin.

Ergänzend sind die Datenbanken der *Kriminologischen Dokumentation des Tübinger Instituts für Kriminologie* (KrimDok) in Kooperation mit dem Heidelberger Institut für Kriminologie sowie der Universitätsbibliothek Tübingen, des *Karlsruher Virtuellen Kataloges* (KVK) und des *Gesamtkatalogs der Bibliotheken des BGH und des BVerfG* sehr hilfreich.

Dies gilt ganz besonders für die Jahre 2003 (in Teilen) bzw. 2004 bis 2009 und 2010 (in Teilen). Denn insoweit besteht bei den eigenen Bibliographien eine Lücke. Ob ich diese in der Zukunft überhaupt und im Übrigen umfassend werde schließen können, hängt von etlichen Umständen ab, die ich nicht durchweg allein aus eigener Kraft und in eigener Entscheidung beeinflussen bzw. beherrschen kann.

Ich danke pauschal sehr herzlich allen denjenigen Wissenschaftlern und Praktikern, die mich nach der Versendung von vorläufigen Fassungen, namentlich über den TOA-Listserv, auf Fehler oder Lücken hingewiesen haben bzw. so freundlich waren, mir gleich passende bibliographische Angaben mit zu senden. Im Institut war für mich namentlich die teils inhaltliche, teils produktionstechnische Unterstützung von Frau Maria Pessiu und Frau Alla Belakouzova sehr hilfreich, wofür ich mich herzlich bedanke.

Tübingen, im Februar 2015

Hans-Jürgen Kerner

Frühere Bibliographien zum Thema:

Hans-Jürgen Kerner: Opfer und Täter. Eine Bibliographie zu Außergerichtlichem Tatausgleich, Konfliktausgleich, Mediation, Opferhilfe, Opferschutz, Schadenswiedergutmachung, Täter-Opfer-Ausgleich und weiteren damit verbundenen Problembereichen. 2. Auflage. Tübingen: Tobias-Lib 2003, 247 Seiten (Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie, Band 1). [ISBN-Druck nach Bedarf. Die elektronische Fassung ist über das Portal des Instituts bzw. unmittelbar unter folgender Adresse verfügbar: <https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/handle/10900/43696>].

Hans-Jürgen Kerner (Hrsg.): Bibliographie Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung. 2. veränderte Auflage. Köln: Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung 2003, 224 Seiten (DBH-Materialien Nr. 36) <auch als CD-ROM Version verfügbar>.

Hans-Jürgen Kerner (Hrsg.): Opfer und Täter. Eine Bibliographie zu Außergerichtlichem Tatausgleich, Konfliktausgleich, Mediation, Opferhilfe, Opferschutz, Schadenswiedergutmachung, Täter-Opfer-Ausgleich und weiteren damit verbundenen Problembereichen. Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Täter-Opfer-Ausgleich. Köln: DBH 1998, V, 97 Seiten. (DBH-Materialien Nr. 36.)

Hans-Jürgen Kerner, in Zusammenarbeit mit Angelika Schroth: Bibliographie zum Täter-Opfer-Ausgleich und zur Schadenswiedergutmachung. In: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Bonn: Forum-Verlag Godesberg 1998, S. 495-575 (Recht).

Arthur Hartmann / Marie Haas / Anke Eikens / Hans-Jürgen Kerner: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland. Auswertung der bundesweiten Täter-Opfer-Ausgleichsstatistik für die Jahrgänge 2011 und 2012., hrsg. vom Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz. Berlin 2014. [Hier Anhang II: Retrogrades Literaturverzeichnis, mit Schwerpunkt auf TOA und Mediation, zurück bis ca. 2000, S. 131-182].

Literatur-Datenbanken:

***Kriminologische Online-Dokumentation des Tübinger Instituts für Kriminologie** in Kooperation mit dem Heidelberger Institut für Kriminologie sowie der Universitätsbibliothek Tübingen (**KrimDok**. Verbunden mit dem durch die DFG geförderten Fachinformationsdienst-Kriminologie):

<http://avanti.jura.uni-tuebingen.de/~avanti-x/cgi-bin/acwww25/krimdok.htm>,

***Karlsruher Virtueller Katalog (KVK)**: <http://www.ubka.uni-karlsruhe.de/kvk.html>

***Gesamtkatalog der Bibliotheken des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts**:

http://www.bundesgerichtshof.de/DE/Bibliothek/Recherche/KatalogBGHundBVerfg/katalogBGHundBVerfg_node.html

***Psychologische Suchmaschine** des ZPID Trier, Leibniz Institut (**PsychSpider**): <http://www.zpid.de/PsychSpider.php>

*Ergänzend ist für englischsprachige Literatur die Datenbank des **National Criminal Justice Reference Service (NCJRS)** des National Institute of Justice (NIJ) in Washington USA empfehlenswert (**NCJRS Abstracts Database**):

<https://www.ncjrs.gov/App/AbstractDB/AbstractDBSearch.aspx>

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	S. 5
Frühere Bibliographien zum Thema	S. 6
Hinweis auf Vereinigungen bzw. Institutionen	S. 8
Teil I: Veröffentlichungen retrograd nach Erscheinungsjahr geordnet	S. 9
Veröffentlichungen aus dem Jahr 2014 (inklusive Auswahl Januar 2015).....	S. 9
Veröffentlichungen aus dem Jahr 2013.....	S. 23
Veröffentlichungen aus dem Jahr 2012.....	S. 30
Veröffentlichungen aus dem Jahr 2011.....	S. 37
Veröffentlichungen aus dem Jahr 2010 (Auswahl).....	S. 41
Teil II: Gesamtliste der erfassten Veröffentlichungen	S. 45
Teil III: Dokumente der Europäischen Union, des Europarates und der Vereinten Nationen	S. 81
III-1 Richtlinie 2012/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI	S. 81
Kapitel 1: Allgemeine Bestimmungen.....	S. 95
Kapitel 2: Information und Unterstützung	S. 96
Kapitel 3: Teilnahme am Strafverfahren.....	S. 102
Kapitel 4: Schutz der Opfer und Anerkennung von Opfern mit besonderen Schutzbedürfnissen	S. 105
Kapitel 5: Sonstige Bestimmungen	S. 109
Kapitel 6: Schlussbestimmungen	S. 110
III-2 Council of Europe: Recommendation Rec(2006)8 of the Committee of Ministers to Member States on Assistance to Crime Victims	S. 113
III-3 Council of Europe: Ministers' Deputies Explanatory Memorandum to the Recommendation Rec(2006) on Assistance to Crime Victims.....	S. 125
III-4 United Nations Economic and Social Council Resolution 2002/12 Basic Principles on the Use of Restorative Justice Programmes in Criminal Matters.....	S. 147

Hinweis auf Vereinigungen bzw. Institutionen

Arbeitskreis der Opferhilfen in Deutschland e.V.

Homepage: <http://www.opferhilfen.de/>

Bundesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich e. V.

Homepage: <http://www.bag-toa.de/>

European Forum for Restorative Justice

Homepage: <http://www.euforumrj.org/>

Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung

Homepage: <http://www.toa-servicebuero.de/>

Tatausgleich und Konsens e. V.

Homepage: <http://www.tatausgleich.org/>

Victim Support Europe

Homepage: <http://victimsupporteurope.eu/>

Weißer Ring e. V. (Deutschland)

Homepage: <https://www.weisser-ring.de/internet/>

Weißer Ring e. V. (Österreich)

Homepage: <http://www.weisser-ring.at/>

Weißer Ring e. V. (Schweiz)

Homepage: <http://www.weisser-ring.ch/>

Weißer Ring (Aides aux Victimes Luxemburg)

Homepage: <http://www.editus.lu/de/fondation-et-asbl-waisse-rank-letzebuerg-aide-aux-victimes-de-la-criminalite-luxembourg-6539>

Teil I: Veröffentlichungen retrograd nach Erscheinungsjahr geordnet

Veröffentlichungen aus dem Jahr 2014 (inklusive Auswahl Januar 2015)

Aertsen, Ivo: Belgium [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 45-88.

Aertsen, Ivo / Vanfraechem, Inge (Eds.): Victims and Restorative Justice. London: Routledge, 2014 (Routledge Frontiers of Criminal Justice).

Arbeitskreis Strafrecht: Praktikergespräch über den Täter-Opfer-Ausgleich im Jugend- und Erwachsenenstrafrecht. In: Berliner Anwaltsblatt 63, 2014, Heft 1 / 2, S. 18-20.

Ayboga, Ercan: Das neue Rechtssystem in Kojava. Der Konsens ist entscheidend. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 40-43. [Betr.: Konsens- und Friedenskomitees in Kurdistan].

Bartsch, Tillmann: Phänomen Wohnungseinbruch: Taten, Täter, Opfer. In: Kriminalistik 68, 2014, S. 483-490.

Bartsch, Tillmann / Brettel, Hauke / Blauert, Katharina / Hellmann, Deborah F.: Staatliche Opferentschädigung auf dem Prüfstand. Entschädigungsanspruch und Entschädigungspraxis. In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik 9 (2014), S. 353-363 [Elektronische Ressource: <http://www.zis-online.de>].

Bergemann, Sophia: Gemeinschaftskonferenzen. Eine empirische Studie zum Restorative-Justice-Projekt. Saarbrücken: AV Akademikerverlag 2014. 252 Seiten.

Bergschneider, Franz: Nordrhein-Westfalen. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 34 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].

Bergschneider, Franz: Qualität im TOA. Reflexion über das Gütesiegel. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 23-24.

Betroffenenorientierung bei SelbstmelderInnen – ein Praxistest. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 16-21.

Beutke, Matthias: Brandenburg. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 31-32 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].

Beutke, Matthias: Wie Go-Kart fahren als Wiedergutmachung vereinbart wurde. Ein Fallbeispiel aus Brandenburg. In: TOA-Magazin Nr. 03, 2014, S. 37-39.

Bindel-Kögel, Gabriele / Karliczek, Kari-Maria: Vom Objekt zum Subjekt – Außergerichtliche Schlichtung als opferstützendes Instrument. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke

- (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 291-304.
- Borck, Sebastian: Es geht um mehr! Täter-Opfer-Ausgleich und Restorative Justice. In: Evangelische Stimmen: Forum für kirchliche Zeitfragen in Norddeutschland 2014, Heft 3, S. 4-6.
- Bojanić, Igor: Croatia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 143-160.
- Bruns, Georg / Winter, Frank (Hrsg.): Stalking - zwischen Liebeswahn und Strafrecht. Gießen: Psychosozial Verlag 2014.
- Bullmann, Theresa M.: Der TOA in der Staatshypnose. Mehr Bewegung wagen. In: TOA-Magazin Nr. 02 / September 2014, S. 4-8.
- Bullmann, Theresa M.: „Ich weiß was Du brauchst...“ Ein paar Überlegungen zu Paternalismus und Fürsorgepflicht in der Mediation. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 25-26.
- [Bullmann, Theresa M., als Interviewerin TM]: „Wir kommen, um uns zu beschweren“. Beschwerdemanagement in sozialen Einrichtungen. Interview mit Nina Jann. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 27-29.
- Bullmann, Theresa M.: „Die meisten Beschwerden sind unbegründet“. Beschwerdemanagement bei Polizei und Justiz. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 30-32.
- [Bullmann, Theresa M., als Interviewerin TM]: „Ich bin ein interessierter Mensch – das macht Mediation für mich so spannend“. Interview mit Eva Weiler. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 37-38.
- [Bullmann, Theresa M., als Interviewerin TM]: Interview mit Christa Pelikan. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 55.
- Burman, Michele / Johnstone, Jenny: Scotland [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 735-782.
- Cario, Robert: France [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 269-290.
- Chankova, Dobrinka: Bulgaria [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36

- European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 117-142.
- Chlonova, Natal'ya / Niktina Natal'ya / Shchedrin, Nikolai / Yurkov, Viktor: Russia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 705-734.
- Christie, Nils: Heilung nach den Gräueltaten. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014 a, S. 229-238.
- Christie, Nils: Restoration after Atrocities. In: Coester, Mark / Marks, Erich (Eds.): International Perspectives of Crime Prevention 6. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014 b, S. 47-54 (Contributions from the 7th Annual International Forum 2013 within the German Congress on Crime Prevention).
- Cirullies, Michael: Stalker ohne Schuld – Opfer ohne Schutz? Zugleich Besprechung von OLG Frankfurt, Beschluss v. 4.6.2014 – 5 WF 110/14 – FamRZ 2014, 1956. In: Zeitschrift für Familienrecht 61 (2014), S. 1901-1904.
- Clamp, Kerry: Restorative Justice in Transition. Abingdon [u.a.]: Routledge, 2014, XVI, 163 Seiten (Routledge frontiers of criminal justice; 13).
- Clamp, Kerry: Ireland [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 379-404.
- Csúri, András: Hungary [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 359-378.
- Daubach, Helia Verena: Härteleistungen für Opfer extremistischer Gewalt. In: Bonner Rechtsjournal 2014, S. 47-49.
- Dehn, Claudia: Gelingende soziale Dienstleistung. Wie Qualität handlungsleitend wird. In: TOA-Magazin 03 / November 2014, S. 7-11.
- Delattre, Regina: Vier Jahre Servicetelefon. Erfahrungen und Erkenntnisse. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 12-15.
- Deutsch, Erwin: Deliktsrecht: unerlaubte Handlungen, Schadensersatz, Schmerzensgeld. 6 Aufl. München: Vahlen 2014.
- Doak, Jonathan: England/Wales [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in

- 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 203-226.
- Dobrava, Birgit / Franke, Michaela: Bayern. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 29-30 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].
- Domenik, Claudio: Switzerland: [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 909-940.
- Drake, Deborah H. / Henley, Andrew J.: “Victims” vs. “Offenders” in British Political Discourse: The Construction of a False Dichotomy. In: The Howard Journal of Criminal Justice 53, 2014, No. 2, Pp. 141-157.
- Drenkhahn, Kirstin: Einige Gedanken zur Reue im Strafrecht. Zugleich eine Besprechung des Buches „Remorse, Psychological and Jurisprudential Perspectives“ von Michael Proeve und Steven Tudor, Farnham 2010. Besprechungsaufsatz in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 97, Heft 4, 2014, S. 305-309.
- Dünkel, Frieder / Păroșanu, Andrea: Germany [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 291-322.
- Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, 1076 Pp. (Studies on Prisons, Juvenile Justice and Criminology, Vol. 50/1-2).
- Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip: Comparative Overview. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 977-1075.
- Enright, Robert D. / Fitzgibbons, Richard P.: Forgiveness Therapy: An Empirical Guide for Resolving Anger and Restoring Hope. Washington, DC: American Psychological Association 2014.
- Filipčič, Katja: Slovenia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 829-854.
- Fabian, Karin: „Magic Moments“ im Jugend-TOA. Offenherzig und ehrlich – Ein ganz persönlicher Bericht aus der Praxis. In: TOA-Magazin, Nr.01, April 2014, S. 13-15.

- Fikentscher, Wolfgang: Law and Anthropology. Second Edition. Baden-Baden: Nomos 2014 (660 Pp).
- Franke, Michaela: Abschied vom Begriff 'Täter-Opfer-Ausgleich'? In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 49 [Bericht aus einer Arbeitsgruppe, mit befürwortender Stellungnahme des Vereins *Tatausgleich und Konsens e.V.*]
- Freund, Madeleine: Die Weisungsgebundenheit der Rechtsanwälte von Verletzten und Zeugen. Hamburg: Verlag Kovač 2014.
- Gage-Lindner, Nancy: Verantwortung des Gesundheitssektors für Opfer von Gewalt: für eine Änderung von § 294a SGB V. In: Streit 32 (2014), S. 107-108.
- Gavrielidis, Theo (Ed.): A Victim-Led Criminal Justice System: Addressing the Paradox. London: IARS Publications 2014.
- Gelber, Claudia: Opferbezogene Vollzugsgestaltung: Theoretische Perspektiven und Wege ihrer praktischen Umsetzung. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 335-348.
- Giménez-Salinas, Esther / Salesch, Samantha / Toro, Lara: Spain [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 855-890.
- Ginter, Jaan: Estonia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 227-244.
- Giovanoglou, Sofia: Greece [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 323-358.
- Göttke, Delia: Die Frage der Finanzierung – ein Aufruf. In: TOA-Magazin, Nr.01, April 2014, S. 5-9.
- Gombots, Roland / Pelikan, Christa: Austria [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 13-44.
- Guckelberger, Annette / Gard, Andre: Polizeiliche Wohnungsverweisung bei freiwilligem Verlassen der Wohnung durch das Opfer? In: Neue Juristische Wochenschrift 67 (2014), S. 2822-2828.

- Haas, Ute Ingrid: Das Kriminalitätsoffer. In: AK HochschullehrerInnen Kriminologie / Straffälligenhilfe in der Sozialen Arbeit (Hrsg.): Kriminologie und Soziale Arbeit. Ein Lehrbuch. Weinheim und Basel: Beltz Juventa 2014, S. 242-262.
- Hagemann, Otmar: Exploring and Understanding Victim Empathy. In: Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course. Mönchengladbach 2014, S. 223-248 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Hagemann, Otmar: Restorative Justice: Der Weg zu Heilung und sozialem Frieden. In: Evangelische Stimmen: Forum für kirchliche Zeitfragen in Norddeutschland 2014, Heft 4, S. 40-45.
- Hagenmaier, Martin: Heilende Gerechtigkeit: Restorative Justice Programm inspiriert von christlichen Vorstellungen und Gedanken. In: Evangelische Stimmen: Forum für kirchliche Zeitfragen in Norddeutschland 2014, Heft 3, S. 10-20.
- Hartmann, Arthur / Haas, Marie: The Victims' Directive and Restorative Justice in Germany. In: Gavrielidis, Theo (Ed.): A Victim-Led Criminal Justice System: Addressing the Paradox. London: IARS Publications 2014. Pp. 119-141.
- Hartmann, Arthur / Haas, Marie / Eikens, Anke / Kerner, Hans-Jürgen: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland. Auswertung der bundesweiten Täter-Opfer-Ausgleichs-Statistik für die Jahrgänge 2011 und 2012. Bericht für das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014. IX und 194 Seiten. Die Online-Ausgabe ist als Elektronische Ressource kostenlos abrufbar unter: http://www.bmjjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/TOA_Deutschland_2011.pdf?blob=publicationFile.
- Hausmann, Rüdiger: Der TOA analysiert durch die Transaktionsanalyse (TA). In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 9-14.
- Hayes, Hennessey: Agreements in Restorative Justice Conferences: Exploring the Implications of Agreements for Post-Conference Offending Behaviour. British Journal of Criminology 54, 2014, S. 109-127.
- Heinz, Wolfgang: Alte Menschen als Tatverdächtige und als Opfer. Ergebnisse einer Sonderauswertung der neuen Polizeilichen Kriminalstatistik. In: Baier, Dirk / Mößle, Thomas (Hrsg.): Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos 2014, S. 239-259.
- Hellmann, Deborah F. / Bartsch, Tillmann: Berücksichtigung der Belange von Betroffenen sexuellen Missbrauchs im Opferentschädigungsgesetz: Gleiches Recht für alle? In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 97 (2014), S. 131-149.
- Hennig, Jonas: Mediation als rationaler Diskurs. Überpositive Legitimation der Mediation und Vergleich zum Gerichtsprozess am Maßstab der Alexyschen Diskurstheorie. Berlin: Duncker & Humblot 2014 (Schriften zur Rechtstheorie, Band 275).

- Hillenstedt, Veronika / Hünken, Arend: Niedersachsen. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 33-34 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].
- Höynck, Theresia / Leuschner, Friedericke: Das Jugendgerichtsbarometer: Einblicke in die Rechtswirklichkeit des § 37 JGG sowie in die Nutzung ambulanter Maßnahmen durch die Justiz. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 25, Heft 4, 2014, S. 364-371. [Befund zur Nutzung von TOA auf S. 367-368].
- Horrer, Kathrin: Restorative Justice im Strafrecht: Eine vergleichende Analyse von Konzeptionen des Konfliktausgleichs und deren Verwirklichung in Deutschland, Österreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, Australien und Belgien. Tübingen: TOBIAS-lib 2014. Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie, Band 26. Elektronische Ressource.
- Hoven, Elisa: Ideal und Wirklichkeit der Opferbeteiligung im Völkerstrafverfahren. In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik (ZIS) 9, 2014, Ausgabe 13, S. 679-703. [Elektronische Ressource].
- Isfen, Osman: Der „Repräsentant des Staates“ als Opfer der Straftat – strafscharfend, strafmildernd oder unrechts- und schuldneutral? Zugleich Anmerkung zu BGH HRRS 2014, Nr. 28. In: HRRS 15 (2014), H. 3, S. 88-92. Elektronische Ressource.
- Jacob, Oliver: Berlin. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 30-31 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].
- Jäger, Ralf: Kein Opfer einer Straftat darf vergessen werden. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 123-125.
- Jarosch, Boris: Betroffenenorientierung. Der Stand der Dinge aus meiner Sicht. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 22.
- Jervis, Bernard: Restoring Ordinary Relations. In: Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course. Mönchengladbach 2014, S. 275-294 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Kammerer, Corinna: Scheckbuchjournalismus im Medienstrafrecht: Zu den Auswirkungen eines Exklusivvertrages auf die Verfahrensbeteiligten, die strafzumessungsrechtlichen Gesichtspunkte und die Frage nach der Einführung gesetzlicher Regelungen zum Schutze der Opfer. Duisburg: WiKu Verlag für Wissenschaft und Kunst 2014.
- Kaspar, Johannes / Weiler, Eva / Schlickum, Gunter: Der Täter-Opfer-Ausgleich: Recht – Methodik - Falldokumentation. München: C. H. Beck, 2014, 247 Seiten.
- Keenan, Marie / Zinsstag, Estelle: Restorative Justice and Sexual Offences: Can “Changing Lenses” be Appropriate in this Case Too? In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 97, 2014, S. 93-106.

- Kersten, Anne: Wer ist wirklich Opfer? Entwicklung und Umsetzung der Opferhilfe in der Schweiz aus einer konstruktivistischen und geschlechtersensiblen Perspektive. Zürich: Seismo 2014
- Kertai, Benjamin: Sicherheit, Risiko und Opferschutz: Anlässe der Strafgesetzgebung und Möglichkeiten wissenschaftlicher Einflussnahme. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang 2014.
- Khairi-Taraki, John: Strafe, Canetti und der TOA. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 19-22.
- Kikelis, Skirmantas / Sakalauskas, Gintautas: Lithuania [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 461-484.
- Kilchling, Michael: Entwicklungsperspektiven für den Täter-Opfer-Ausgleich nach der neuen EU-Opferrichtlinie: Recht auf TOA? In: TOA-Magazin Nr. 02 / September 2014, S. 36-39.
- Kilchling, Michael: Ein Hoch auf Christa Pelikan! Kurzfassung der Laudatio bei der Verleihung des Restorative Justice Awards in Belfast. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 53-54.
- Kölbel, Ralf: Opfergenugtuung oder rehabilitative Idee? Ringpublikationsprojekt „Präventionsorientierte Zurechnung?“ (Teil 5). In: Strafverteidiger 24, Heft 11, 2014, S. 698-705.
- Koval, Roman / Pylypiv, Nataliya: Ukraine [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 969-996.
- Kronberga, Ilona: Latvia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 439-460.
- Kury, Helmut / Kuhlmann, Annette: Is Punishment the Best Way to Reduce Crime – How Important are Alternatives. In: Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course. Mönchengladbach 2014, S. 329-350 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Lažetic-Bužarova, Gordana: Macedonia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 485-512.

- Lederer, Daniel: Opfererfahrungen im fortgeschrittenen Alter. KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) Österreich. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 259-267.
- Leuschner, Friederike / Schwanengel, Colin (Hrsg.): Hilfen für Opfer von Straftaten: Ein Überblick über die deutsche Opferhilfandschaft. Wiesbaden: Kriminologische Zentralstelle 2014 (Online-Ressource).
- Lingelbach, Sonja: Rheinland-Pfalz. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 34-36 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?]
- Lüth, Mirka: Eindrücke von der Abschlusskonferenz zum EU-Projekt ‘Restorative Justice at Post-Sentencing Level; Supporting and Protecting Victims’. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 51-52.
- Lundgaard, Jenny Maria: Norway [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 603-622.
- Magsam, Dieter: Die Opfer in völkerstrafrechtlichen Prozessen in Deutschland. In: Völkerstrafrechtspolitik. Berlin: Springer 2014, S. 181-189.
- Maiwald, Manfred: Viktimodogmatik und das Prinzip der Zumutbarkeit – am Beispiel der §§ 177 Abs. 1 Nr. 3 und 240 StGB. In: Heger, Martin / Kelker, Brigitte / Schramm, Edward (Hrsg.). Festschrift für Kristian Kühl zum 70. Geburtstag. München: C. H. Beck 2014, S. 539-552.
- Mann, Roger: Berichterstattung über Ermittlungsverfahren in Online-Archiven. In: Strafverteidigung im Wirtschaftsleben. Köln: Heymann 2014, S. 185-193.
- Marklund, Linda: Sweden [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 891-908.
- Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014.
- Mears, Daniel P.: The Role of Information in Changing Offender Behavior, Criminal Justice System Actions, and Policy Maker Decisions. Policy Essay. In: Criminology and Public Policy 13, 2014, Pp. 441-449.
- Meier, Bernd-Dieter: Schadenswiedergutmachung als Nebenstrafe. In: Neubacher, Frank / Kubink, Michael (Hrsg.): Kriminologie – Jugendkriminalrecht – Strafvollzug. Gedächtnisschrift für Michael Walter, Berlin: Duncker & Humblot 2014, S. 743 – 758.

- Miles, Helen / Raynor, Peter: *Reintegrative Justice in Practice: The Informal Management of Crime in an Island Community*. Farnham: Ashgate Publishing Ltd. 2014. Online-Ressource (244 p).
- Milles, Heike: *Täter-Opfer-Ausgleich. Strafrechtliche Grundlagen und praktische Umsetzung nach den Prinzipien der Mediation*. München: GRIN Verlag 2014 (Online-Ressource).
- Niewiadomski, Józef: *Denkzettel: Opfer und Täter zugleich. Ambivalenz des Alltags und die Zeichen der Zeit*. In: *Zeitschrift für katholische Theologie* 136, 2014, Heft 1 / 2, S. 82-86.
- O'Mahony, David: *Northern Ireland [Country Report]*. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 567-602.
- Outlaw, Maureen C.: *Realizing the Promise of Restitution. Editorial Introduction*. In: *Criminology and Public Policy* 13, 2014, Pp. 401-404.
- Păroșanu, Andrea: *Romania [Country Report]*. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 576-704.
- Peter, Frank K.: *Verbesserung der Stellung des Opfers im Strafverfahren unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Rechte des Beschuldigten*. Hamburg: Kovač 2014.
- Petzold, Frauke: *Eindrücke von der Konferenz „Beyond Crime: Pathways to Desistance, Social Justice and Peacebuilding“ in Belfast*. In: *TOA-Magazin* Nr. 03 / November 2014, S. 35-36.
- Pfeiffer, Christian: *Parallel Justice – warum brauchen wir eine Stärkung des Opfers in der Gesellschaft?* In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): *Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 179-205.
- Picotti, Lorenzo / Flor, Roberto / Mattevi, Elena / Salvadori, Ivan: *Italy [Country Report]*. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 405-438.
- Pisal, Ramona: *DJB-Stellungnahme zur Reform der Strafvorschriften des Menschenhandels, Verbesserung des Schutzes der Opfer von Menschenhandel und Regulierung der Prostitution*. In: *Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes* 17 (2104), S. 189-190.
- Pitsela, Angelika: *Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendkriminalrecht in Griechenland*. In: Baier, Dirk / Mößle, Thomas (Hrsg.): *Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag*. Baden-Baden: Nomos 2014, S. 359-377.

- Podszun, Christoph: 15. Forum für Täter-Opfer-Ausgleich in Trier, 21-23. Mai 2014. Ein ausschließlich subjektiver Bericht. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 27-28.
- Rademacher, Helmut: Mediationsverfahren und Täter-Opfer-Ausgleich. In: Melzer, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen. Bad Heilbrunn, Verlag Julius Klinkhardt 2014, S. 506-509.
- Richter, Christian: Beispiel eines TOA nach häuslicher Gewalt. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 17-18.
- Richter, Natalie: Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung im Rahmen von § 46a StGB. Eine Problemanalyse unter besonderer Berücksichtigung der höchstgerichtlichen Rechtsprechung seit 1995. Berlin: Duncker & Humblot 2014, 453 S. (Schriften zum Strafrecht, Band 266).
- Riekenbrauk, Klaus: Häuser des Jugendrechts – Neue Orte ... auch für den Täter-Opfer-Ausgleich? In: TOA-Magazin: Die Fachzeitschrift zum Täter-Opfer-Ausgleich 2014, Heft 3, S. 42-47.
- Rodrigues, Anabela Miranda / Cruz Santos, Claudia: Portugal [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 653-666.
- Rössner, Dieter: § 10 S. 3 Nr. 7 JGG: Macht der TOA als Erziehungsmaßregel Sinn? In: TOA-Magazin, Nr.01 / April 2014, S. 11- 12.
- Rössner, Dieter: Täter-Opfer-Ausgleich und Strafaussetzung zur Bewährung. Gute Chancen für den TOA bei der Bewährung. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 41-42.
- Rossner, Meredith: Just Emotions: Rituals of Restorative Justice. Oxford: Oxford University Press 2014.
- Ruback, R. Barry / Gladfelter, Andrew S. / Lantz, Brendan: Paying Restitution: Experimental Analysis of the Effect of Information and Rationale. In: Criminology and Public Policy 13, 2014, Pp.405-436.
- Sarnoff, Susan: Restitution: Exploring Disparities and Potentials. Policy Essay. In: Criminology and Public Policy 13, 2014, Pp. 437-440.
- Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course. Mönchengladbach 2014 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Schlepper, Christina: Die Renaissance des repressiven Strafrechts. In: Zeitschrift für Rechtssoziologie 34 (2014), S. 165-182.

- Schöch, Heinz: Neue Perspektiven für eine opferbezogene Vollzugsgestaltung. In: Baier, Dirk / Mößle, Thomas (Hrsg.): Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos 2014a, S. 607-620.
- Schöch, Heinz: „Parallel Justice“ für Kriminalitätsoffer in Deutschland. In: Baier, Dirk / Mößle, Thomas (Hrsg.): Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos 2014b, S. 565-577.
- Schlupp-Hauck, Wolfgang: Baden-Württemberg. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 27-28 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?]
- Schlupp-Hauck, Wolfgang u.a.: Erster Sachbericht: Projekt Täter-Opfer-Ausgleich im baden-württembergischen Justizvollzug. Berichtszeitraum Februar 2013 bis Februar 2014. Stuttgart: März 2014, 16 Seiten. Abrufbar unter <http://www.toa-bw.de/justizvollzug>.
- Schonewille, Manon / Schonewille, Fred: The Variegated Landscape of Mediation. A Comparative Study of Mediation Regulation and Practices in Europe and the World. The Hague: Eleven International Publishing 2014. 648 Pp.
- Shechory Bitton, Mally: Victim-Offender-Mediation in Germany. An Analysis of three Consecutive Years of the VOM-Statistics. In: Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course. Mönchengladbach 2014, S. 433-454 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Sieber, Ulrich: Einführung: Begriff, Entwicklung und Ziele des Europäischen Strafrechts. In: Sieber, Ulrich / Satzger, Helmut / Heintschel-Heinegg, Bernd (Hrsg.): Europäisches Strafrecht. 2. Auflage. Baden-Baden: Nomos 2014, S. 31-101.
- Sijerčić-Čolić, Hajrija: Bosnia-Herzegovina [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 89-116.
- Škulić, Milan: Montenegro [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 513-534.
- Škulić, Milan: Serbia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 783-808.
- Škvain, Petr: Czech Republic [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 161-182.

- Sokullu-Akinci, Fusun: Turkey [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 941-968.
- Stang, Kirsten / Sachsse, Ulrich: Trauma und Justiz: juristische Grundlagen für Psychotherapeuten – psychotherapeutische Grundlagen für Juristen. 2. Auflage. Stuttgart: Schattauer 2014.
- Stanislawski, N. / Philipp, K.-P. / Bockholdt, B.: Untersuchungsstelle für Gewaltopfer am Institut für Rechtsmedizin der Universitätsmedizin Greifswald. In: Rechtsmedizin 24, 2014, S. 258-262.
- Steffen, Wiebke: Gutachten für den 18. Deutschen Präventionstag: Mehr Prävention – weniger Opfer. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 51-121.
- Steinhilber, Birgit: Hessen. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 32-33 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].
- Stibbe, Gabriela: Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) im Vollzug: heilsame Kommunikationsprozesse zwischen Opfern und Tätern ermöglichen. In: Evangelische Stimmen: Forum für kirchliche Zeitfragen in Norddeutschland 2014, Heft 3, S. 36-39.
- Stückler, Andreas: Die Feminisierung des Opfers als diskursive Strategie im Kampf um Opferrechte. In: Zeitschrift für Rechtssoziologie 34 (2014), S. 183-203.
- TM: Personenvorstellung. Idealismus und Frustration, Interview mit Sonja Lingelbach. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 23-26.
- Trenczek, Thomas: Restorative Justice, TOA und Mediation. Grundlagen, Praxisprobleme und Perspektiven. In: Baier, Dirk / Mößle, Thomas (Hrsg.): Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos 2014, S. 605-623.
- Trenczek, Thomas: Restorative Justice – (strafrechtliche) Konflikte und ihre Regelung. In: AK HochschullehrerInnen Kriminologie / Straffälligenhilfe in der Sozialen Arbeit (Hrsg.): Kriminologie und Soziale Arbeit. Ein Lehrbuch. Weinheim und Basel: Beltz Juventa 2014, S. 193-211.
- Tsui, Judith: Breaking Free of the Prison Paradigm: Integrating Restorative Justice Techniques into Chicago's Juvenile Justice System. In: The Journal of Criminal Law and Criminology 104, 2014, No 3, S. 636-666.
- Van Drie, Diane / Van Groningen, Sanneke / Weijers, Ido: The Netherlands Škulić, Milan: Serbia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-

- Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 535-566.
- Van Hüllen, Hellgard: Victim Support Europe – schnelle Hilfe im internationalen Kontext. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 325-333.
- Van Ness, Daniel W. / Heetderks-Strong, Karen: Restoring justice: an Introduction to Restorative Justice. 5th Edition. Cincinnati: Anderson 2014.
- Villmow, Bernhard / Savinsky, Alescha Lara: Probleme bei der staatlichen Opferentschädigung nach dem OEG. In: Bewährungshilfe 61, Heft 2, 2014, S. 201-214.
- Vollmer-Schubert, Brigitte: Blick einer Gleichstellungsbeauftragten. TOA und häusliche Gewalt. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 16-17.
- Waller, Irvin: A Bill of Rights for Victims. In: Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course. Mönchengladbach 2014, S. 477-490 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Wegener-Tieben, Susanne: Das Opfertelefon des Weißen Ring. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 283-290.
- Weigel, Sacha (Hrsg.): Theorie und Praxis der Transaktionsanalyse in der Mediation. Baden-Baden: Nomos 2014, 664 Seiten.
- Weigend, Thomas: Echte Verfahrensrechte für angebliche Opfer? In: Neubacher, Frank / Kubink, Michael (Hrsg.): Kriminologie – Jugendkriminalrecht – Strafvollzug. Gedächtnisschrift für Michael Walter. Berlin: Duncker & Humblot 2014, S. 243-256.
- Wiersma, Eric: „Beyond Crime: Pathways to Desistance, Social Justice and Peacebuilding“. Bericht von der 8. Konferenz des European Forum for Restorative Justice vom 11.-14. Juni 2014 in Belfast. In: TOA-Magazin Nr. 03/ November 2014, S. 33-34.
- Winter, Frank / Dziomba, Frauke: Alternativen zur strafrechtlichen Sanktion im Bremer *Kriseninterventionsteam Stalking*. Konzept, Setting, Fallbeispiele. In: Bruns, Georg / Winter, Frank (Hrsg.). Stalking – Zwischen Liebeswahn und Strafrecht. Gießen 2014, S. 151-176.
- Zalewski, Wojciech: Poland [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 623-652.
- Ziercke, Jörg: Zukunft der Opferhilfe. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 131-134.

Veröffentlichungen aus dem Jahr 2013

- Blagg, Harry: Restorative Justice in a Crowded Market Place of Ideas: Challenges and Opportunities for Relevant Practice in the Coming Years. In: European Forum for Restorative Justice (Ed.): Newsletter, Volume 14, Printed Version. Leuven 2013, Pp. 4-6.
- Böhm, Klaus: Täter-Opfer-Ausgleich – Aktuelle Perspektiven. In: Dölling, Dieter / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Täter – Taten – Opfer. Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2013, S. 234-251.
- Bruhn, Andrea / Kramer, Carmen / Schlupp-Hauck, Wolfgang: Beteiligung des sozialen Umfelds im Täter-Opfer-Ausgleich: Leitfaden für die Mediation. Freiburg im Breisgau: Lambertus 2013 (Jugend und Familie; 12).
- Cirullies, Michael: Schutz bei Gewalt und Nachstellung: Familienrecht, Zivilrecht, Strafrecht, Polizeirecht. Bielefeld: Giesecking, 2013 (FamRZ-Buch; 38).
- Contini, Cory: Restoring Restorative Justice: A look at the RJ paradigm shift and it's relation to general theory. Munich: GRIN Verlag GmbH 2013. Online-Resource.
- Cornwall, David J. (Ed.): Civilising Criminal Justice – An International Restorative Agenda for Penal Reform. Hook, Hampshire: Waterside Press 2013. 565 Pp.
- Dhondt, Davy / Ehret, Beate / Fellegi, Borbála / Szegő, Dóra: Implementing Peacemaking Circles in Europe: a European Research Project. In: European Forum for Restorative Justice (Ed.): Newsletter, Volume 14, Printed Version. Leuven 2013, Pp. 8-11.
- Dinnebier, Jeannine: Opferentschädigung als Sozialleistungstatbestand. Hochschulschrift: Jena, Universitätsdissertation 2013.
- Dölling, Dieter: Täter, Opfer und Verfassung. In: Verfassungsvoraussetzungen Hrsg. von Michael Anderheiden u.a.. Tübingen: Mohr Siebeck 2013, S. 649-660.
- Dölling, Dieter / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Täter, Taten, Opfer: Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle. München-Gladbach: Forum Verlag Godesberg 2013.
- Döring-Striening / Gudrun (Hrsg.): Opferrechte: Handbuch für den Opferanwalt. Baden-Baden: Nomos 2013, 338 S.
- Ehret, Beate: Friedenszirkel als Modell der Restorative Justice im Strafvollzug: Wiederherstellung von Gerechtigkeit? In: TOA-Magazin: die Fachzeitschrift zum Täter-Opfer-Ausgleich. Köln: Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung 2013, 01, S. 36-40.
- Eisenberg, Ulrich: Rezension des Buches von Gabriele Klocke „Entschuldigung und Entschuldigungsannahme im Täter-Opfer-Ausgleich“. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 24 (2013), Heft 4, S. 427-428.

- Fricke, Lioba: Gerichtliche Mediation in Strafvollzugssachen: Evaluation eines alternativen Modells von Konfliktbearbeitung als qualitative Rekonstruktion erlebter Wirkung. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 96, 2013, Heft 5, S. 371-381.
- Fromm, Ingo E.: Vergütung des Strafverteidigers für Bemühungen zur Schadenswiedergutmachung. In: Neue juristische Wochenschrift 66, 2013, 24, S. 1720-1722.
- Frommel, Monika: Opferschutz ohne Konzept. In: Strafverteidigervereinigungen (Hrsg.): Alternativen zur Freiheitstrafe. Dokumentation des 36. Strafverteidigertages vom 16.-18. März 2012. Berlin: Eigenverlag der Strafverteidigervereinigungen 2013, S. 91-114 (Schriftenreihe, Band 36).
- Fricke, Lioba: Gerichtliche Mediation in Strafvollzugssachen: Evaluation eines alternativen Modells von Konfliktbearbeitung als qualitative Rekonstruktion erlebter Wirkung. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 96 (2013), 5, S. 371-381.
- Gahlen, Margarete von: „Parallel Justice“ für Opfer von Straftaten: ein Verfahren mit „Opfervermutung“ außerhalb des Strafrechts. In: Strafverteidiger 33 (2013), S. 171-178.
- Gappmayer, Wolfgang: Opferbegriff und juristische Prozessbegleitung in der StPO. Wien: Manz 2013, XXXIII, 149 S.
- Gavrielides, Theo / Artinopoulou, Vasso (Eds.): Reconstructing Restorative Justice Philosophy. Farnham, Surrey: Ashgate, 2013.
- Geraats, Martin: Doppelbestrafungsverbot und Sportverbandsgerichtsbarkeit: das Sportverbandsgerichtsverfahren als Täter-Opfer-Ausgleich. Hamburg: Kovac, 2013 (Schriftenreihe Strafrecht in Forschung und Praxis; 274).
- Giehring, Heinz: Die Belange der Opfer vorsätzlichen groben Justizunrechts und die Definition und Verfolgung von Rechtsbeugung. In: Zöller, Mark A. u.a. (Hrsg.): Gesamte Strafrechtswissenschaft in internationaler Dimension. Berlin: Duncker & Humblot 2013, S. 699-727.
- Grafl, Christian: Die Sanktionspraxis in Österreich im Wandel der Zeit. In: Pilgermair, Walter (Hrsg.): Wandel in der Justiz. Wien: Verlag Österreich 2013, S. 177-195 (Speziell zur Diversion nach StPO, einschließlich Tatausgleich, s. S. 187ff.).
- Hansen, Hauke: Die Rückgewinnungshilfe: die Vermögensabschöpfung gemäß § 111 ff. StPO zugunsten der Geschädigten unter besonderer Berücksichtigung des Spannungsverhältnisses zwischen Strafprozess- und Insolvenzrecht in der Insolvenz des Täters. Baden-Baden: Nomos 2013.
- Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich – Aktuelle Perspektiven. In: Dölling, Dieter / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Täter – Taten – Opfer. Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2013, S. 252-268.
- Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich im Strafvollzug: Ergebnisse des MEREPS-Projektes. In: Bewährungshilfe 60, 2013, 1, S. 39-55.

- Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich in der Entwicklung. In: Kriminologie - Kriminalpolitik - Strafrecht: Festschrift für Hans-Jürgen Kerner zum 70. Geburtstag. Tübingen: Mohr Siebeck 2013, S. 591-603.
- Hartmann, Arthur / Haas, Marie / Steengrefe, Felix: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland: TOA neben dem TOA? Die ambivalente Entwicklung des TOA in Deutschland. In: TOA-Magazin 2013, Nr. 2, Dezember 2013, S. 9-15.
- Hilgartner, Christian: Eltern im Täter-Opfer-Ausgleich. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2013, Nr. 46, S. 11-16.
- Hoppe, Ramona / Heubrock, Dietmar: Osteuropäische Stalking-Opfer in Deutschland: Kultureller Hintergrund, Viktimologie, Anzeigeverhalten und Lösungen. In: Kriminalistik 67 (2013), S. 676-679.
- Horstmeier, Gerrit: Das neue Mediationsgesetz: Einführung in das neue Mediationsgesetz für Mediatoren und Medianden. München: C. H. Beck 2013. 228 S.
- Jesionek, Udo: Modellversuch ATAT für Jugendliche. Das Linzer Modell (Oral)History – ein sehr persönlicher Bericht. In: Lederbauer, Christine (Hrsg.): Kriminalität, Gesellschaft und Recht. Linz: Trauner Verlag 2013, S. 79-88.
- Kerner, Hans-Jürgen: „Wiedergutmachen“ und „Wiederherstellen“. Zur Stellung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Deutschland im übergreifenden Feld von Mediation und Restorative Justice. In: Dethloff, Nina u.a.: Freiwilligkeit, Zwang und Gerechtigkeit im Kontext der Mediation. Europäische und deutsche Perspektiven. Frankfurt a. M.: Wolfgang Metzner Verlag 2013, S. 87-108.
- Kerner, Hans-Jürgen: Establishing new minimum standards on the rights, support and protection of victims of crime (Directive 2012/29/EU): a promising step also for the further development of restorative justice initiatives and institutions in Europe. Restorative Justice: An International Journal 1 (2013), Issue 3, Pp. 430-437.
- Kerner, Hans-Jürgen / Weitekamp, Elmar G. M.: Praxis des Täter-Opfer-Ausgleichs in Deutschland. Ergebnisse einer Erhebung zu Einrichtungen sowie zu Vermittlerinnen und Vermittlern. Berlin: Hrsg. Bundesministerium der Justiz 2013. (Reihe „recht“). 154 Seiten. Die Online-Ausgabe ist als Elektronische Ressource kostenlos abrufbar unter: http://www.bmju.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/TOA_Deutschland_Praxisbericht.pdf?__blob=publicationFile.
- Kersten, Joachim: Scham, Wut und Maskulinität: Was passiert, wenn Scham in Gewalt umgewandelt wird? In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2013, Nr. 46, S. 27-32.
- Klocke, Gabriele: Entschuldigung und Entschuldigungsannahme im Täter-Opfer-Ausgleich: Eine soziolinguistische Untersuchung zu Gesprächsstrukturen und Spracheinstellungen. Frankfurt am Main: Peter Lang 2013, 383 S.
- Knust, Nandor: Strafrecht und Gacaca. Die Entwicklung eines pluralistischen Rechtsmodells am Beispiel des ruandischen Völkermords. Berlin: Duncker & Humblot 2013.

- Kohner-Kahler, Christian: Victim goes Superstar – eine kritische Lektüre des Opfers. *Neue Kriminalpolitik* 25 (2013), Heft 2, S. 166-183.
- Leube, Konrad: Beschneidung von männlichen Kindern und Opferentschädigung. In: *ZFSH/SGB*, 52, 2013, 2, S. 81-86.
- Luras, Krisztina: It's not always black or white: An explorative study on the psychology of reconciliation, based on South-African experiences. Saarbrücken: LAP LAMBERT Academic Publishing 2013. Online-Resource.
- März, Olaf: Waffen(-besitz) und Waffenkriminalität m Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheitsanspruch: Waffen und Waffenbesitz aus der Sicht der Legalwaffenbesitzer, der Opfer, der Justiz und des Strafrechts. In: *Der Kriminalist* 45 (2014), S. 28-34.
- Manozzi, Grazia: Victim-Offender Mediation in Areas Characterized by High Levels of Organized Crime. In: *European Journal of Criminology* 10, 2, 2013, Pp. 187-205.
- McGuirk, Noel: An Evaluation of Restorative Justice in the Youth Justice Framework: Integration or Accommodation within Criminal Justice Policy. Saarbrücken: LAP LAMBERT Academic Publishing 2013. Online-Ressource.
- Meier, Bernd-Dieter: Neues aus Europa? Die Opferschutzrichtlinie der EU. In: Mark A. Zöller u.a. (Hrsg.): *Festschrift für Jürgen Wolter*. Berlin: Duncker & Humblot 2013, S. 1387-1400.
- Neuner, Jörg: Das Schmerzensgeld. In: *Juristische Schulung* 53, 2013, 7, S. 577-585.
- Niemz, Susanne: Opfer und Robenträger im Strafrechtssystem: Über die Erwartungen betroffener Laien und die Strukturzwänge der Professionellen. In: Dölling, Dieter / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): *Täter – Taten – Opfer. Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2013, S. 269-289.
- O'Mahony, David / Doak, Jonathan: *Restorative justice and criminal justice: theory, law and practice*. Oxford: Hart 2013, 288 Pp.
- Peter, Frank K.: Der Strafverteidiger als Opferanwalt – Systembruch oder: Wer kann und soll Opfer fachgerecht vertreten? Ein Plädoyer für eine fachgerechte Opfervertretung und die Einführung eines Fachanwalts für Opferrechte. In: *Strafverteidiger-Forum*. Bonn: Dt. Anwaltverlag 2013, 5, S. 199-203.
- Pilmancek, Christian: Logistische Entwicklung der Prozessbegleitung. In: Lederbauer, Christine (Hrsg.): *Kriminalität, Gesellschaft und Recht*. Linz: Trauner Verlag 2013, S. 233-246.
- Poumarède, Jacques: La conciliation, la mal-aimée des juges. In: *Cahiers de la justice. Revue trimestrielle de l'Ecole Nationale de la magistrature* n° 1 (2013), Pp. 127-141.
- Rabe, Heike: Entschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz und der gesetzlichen Unfallversicherung: Betroffenen von Ausbeutung und Gewalt zu Ihrem Recht verhel-

- fen; eine Handreichung für Beratungsstellen. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2013.
- Reichel, Florian: Der Tatausgleich im österreichischen Jugendstrafrecht – Ein Modell für Deutschland? Herzogenrath: Shaker Verlag 2013.
- Rössner, Dieter: Gesetzliche Rahmenbedingungen des Täter-Opfer-Ausgleichs im Strafvollzug – ein Vorschlag. In: TOA-Magazin, Nr. 1, September 2013, S. 9-11.
- Rössner, Dieter: Der kommunikative Prozess im Täter-Opfer-Ausgleich. (Das TOA-Servicebüro im Gespräch mit Prof. Dr. Dieter Rössner). In: TOA-Magazin 2013, Nr. 2, Dezember 2013, S. 38-39.
- Rohe, Mathias: Paralleljustiz? – Chancen und Gefahren außergerichtlicher Streitbeilegung in Deutschland. In: TOA-Magazin 2013, Nr. 2, Dezember 2013, S. 34-37.
- Rose, Frank: Der Täter-Opfer-Ausgleich in Jugendstrafsachen: fachlich hoch gelobt, in Zeiten leerer Kassen in Schleswig-Holstein aber zu teuer? In: Zeitschrift für soziale Strafrechtspflege 19, 2013, 49, S. 49-54.
- Schädler, Wolfram: Das Mediationsgesetz – eine Hilfe oder ein Dorn im TOA-Auge? In: TOA-Magazin 2013, Nr. 2, Dezember 2013, S. 17-18.
- Schlechter, Hansjörg: Alles Soziale Arbeit? Für jedes Problem ein Experte / eine Expertin? „Conferencing“, eine (alte) neue Methode soziale Probleme und Konflikte Jugendlicher zu lösen. In: Lederbauer, Christine (Hrsg.): Kriminalität, Gesellschaft und Recht. Linz: Trauner Verlag 2013, S. 261-278.
- Schöch, Heinz: Opferschutz im Strafverfahren. In: Dölling, Dieter / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Täter – Taten – Opfer. Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2013, S. 217-233.
- Schönwald, Wolfgang / Zielasko, Michael: Polizei muss sich auf alte Täter und Opfer einstellen: Experten lehnen eigenes Altersstrafrecht ab. In: Deutsche Polizei 2013, H. 11, S. 16-20.
- Schroll, Hans Valentin: Diversion im Lichte der Rechtsprechung. In: Lederbauer, Christine (Hrsg.): Kriminalität, Gesellschaft und Recht. Linz: Trauner Verlag 2013, S. 303-324.
- Schubert, Claudia: Die Wiedergutmachung immaterieller Schäden im Privatrecht. Tübingen: Mohr Siebeck 2013 (Jus privatum; 171).
- Schwarz, Torsten: Die Mitverantwortung des Opfers beim Betrug. Berlin: Duncker & Humblot 2013.
- Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung (Redaktion): Restorative Justice - Der Versuch, das Unübersetzbare in Worte zu fassen, Köln: DBH Eigenverlag 2013 (Materialien Bd. 71).
- Spangenberg, Brigitte / Spangenberg, Ernst: Sprachbilder und Metaphern in der Mediation. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag 2013, 200 S.

- Stangl, Wolfgang: Die Leitungskompetenz im Ermittlungsverfahren und die Wahrung von Prozessrechten von Beschuldigten und Opfern. In: Lederbauer, Christine (Hrsg.): Kriminalität, Gesellschaft und Recht. Linz: Trauner Verlag 2013, S. 347-356.
- Streng, Franz: Einstellungen zum Täter-Opfer-Ausgleich: Hintergründe und Veränderungen in Zeiten zunehmender Punitivität. In: Boers, Klaus u.a. (Hrsg.): Kriminologie – Kriminalpolitik – Strafrecht. Festschrift für Hans-Jürgen Kerner zum 70. Geburtstag. Tübingen: Mohr-Siebeck 2013, S. 499-515.
- Treibel, Angelika: Kriminologischer Beitrag: Schwerstmögliche Kommunikation oder Win-Win-Dialog? Das Gespräch zwischen Opfer und Täter. In: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 7, 2013, S. 141-143.
- Trenczek, Thomas: Beyond Restorative Justice to Restorative Practice. In: Cornwell, D. et al. (Eds.): Civilizing Criminal Justice. Hook, Hampshire: Waterside Press 2013, Pp. 409-428.
- Trenczek, Thomas: Restorative Justice in Neuseeland: Conferencing im Rahmen des strafrechtlichen Verfahrens zwischen Tradition und Moderne. In: Neue Kriminalpolitik 25, 2013, 3, S. 268-287.
- Trenczek, Thomas: Restorative Justice in der Praxis: Täter-Opfer-Ausgleich und Mediation in Deutschland. In: TOA-Magazin 2013, Nr. 2, Dezember 2013, S. 22-30.
- Trenczek, Thomas: Restorative Justice in der Praxis. Täter-Opfer-Ausgleich und Mediation in der Praxis. In: Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung (Redaktion): Restorative Justice - Der Versuch, das Unübersetzbare in Worte zu fassen, Köln: DBH Eigenverlag 2013 (Materialien Bd. 71), S. 92-106.
- Trenczek, Thomas: Vermittlung in strafrechtlich relevanten Konflikten. In: Trenczek, Thomas / Beming, Detlev / Lenz, Christa (Hrsg.): Mediation und Konfliktmanagement. Handbuch. Baden-Baden: Nomos 2013, S. 582-588.
- Trenczek, Thomas / Beming, Detlev / Lenz, Christa (Hrsg.): Mediation und Konfliktmanagement. Handbuch. Baden-Baden: Nomos 2013.
- Trüg, Gerson: Die Position des Opfers im Völkerstrafverfahren vor dem IStGH: ein Beitrag zu einer opferbezogenen verfahrenstheoretischen Bestandsaufnahme. In: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 125 (2013), S. 34-85.
- Unterreitmeier, Johannes: Die Restitution von Schmach und Schmerzen: über die gemeinsamen historischen Wurzeln von Schmerzensgeld und Geldentschädigung. In: Juristenzeitung 68, 2013, 9, S. 425-433.
- Van Wormer, Katherine S.: Restorative justice today: practical applications. Los Angeles u.a.: SAGE 2013, 255 Pp.
- Villmow, Bernhard / Savinsky, Alescha Lara: Staatliche Opferentschädigung nach der Jahrtausendwende: statistische Daten, methodische Probleme und einige Anmerkungen zur gegenwärtigen Praxis des OEG. In: Zöllner, Mark u.a. (Hrsg.): Gesamte Straf-

rechtswissenschaft in internationaler Dimension. Festschrift für Jürgen Wolter. Berlin: Duncker & Humblot 2013, S. 1243-1270.

Wagner, Gerhard: Angehörigenschmerzensgeld. In: Bruns, Alexander u.a. (Hrsg.): Festschrift für Rolf Stürner zum 70. Geburtstag. Tübingen: Mohr Siebeck 2013, S. 231-253.

Wachtel, Ted: Dreaming of a New Reality: How Restorative Practices Reduce Crime and Violence, Improve Relationships and Strengthen Civil Society. Bethlehem et al.: International Institute for Restorative Practices 2013.

Wessing, Jürgen: Der Zeugenbeistand. München: C. H. Beck 2013 (Strafverteidigerpraxis; 12).

Wopperer, Anna: Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung im Jugendstrafrecht. Hamburg: Kovac 2013 (Schriftenreihe Strafrecht in Forschung und Praxis; 281).

Wulf, Rüdiger: Ein Modellprojekt aus Baden-Württemberg und Entwicklung von Standards. In: TOA-Magazin, Nr. 01, September 2013, S. 19-23.

Zupke, Annett: Die Magie des Kreises. Das Restorative Justice Programm in einem Hochsicherheitsgefängnis in den USA öffnet die Augen und Herzen von über 50 Menschen. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich Nr. 46, März 2013, S. 47-52.

Veröffentlichungen aus dem Jahr 2012

- Acquaro, Franco: *Forgiveness in the Wake of Severe Violence: Experiences of Victims Who Engaged in Facilitated Victim-Offender Dialogue and Forgave their Transgressors*. Saarbrücken: AV Akademikerverlag 2012. Online-Ressource.
- Althammer, Christoph / Eisele, Jörg / Ittner, Heidi / Löhnig, Martin: *Grundfragen und Grenzen der Mediation. Wissenschaftliche Betrachtungen aus den Perspektiven unterschiedlicher Professionen*. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag 2012.
- Bals, Nadine: *Die Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt im Täter-Opfer-Ausgleich*. In: *Polizei & Wissenschaft* 2012, 4, S. 68-85.
- Barabás, Tünde (Hrsg.): *Responsibility-taking, relationship-building and restoration in prisons: mediation and restorative justice in prison settings*. Budapest: National Institute of Criminology 2012.
- Barberan, Jaume Martin: *Mediation im Strafrecht TOA in Spanien und Katalonien, Übersetzung: Vicky Molinos Hernandez*. In: *Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich* 2012, 43, S. 41-46.
- Barton, Stephan / Kölbl, Ralf (Hrsg.): *Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts: Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos 2012 (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat; 53).
- Beck, Elizabeth / Pennell, Joan T.: *Decentralization and privatization: the promise and challenges of restorative justice in the United States*. In: Zinsstag, Estelle (Ed.): *Conferencing and restorative justice*. Oxford: Oxford University Press 2012, Pp. 137-151.
- Bermel, Rebecca / Hertel, Roland: *Täterarbeit "Häusliche Gewalt" und Täter-Opfer-Ausgleich*. In: *Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich* 2012, 43, S. 20-26.
- Bertschi, Susanne: *Die Aussage der Geschädigten im Spannungsfeld der Opferrechte*. In: *Aktuelle juristische Praxis* 21, 2012, 8, S. 1075-1078.
- Bock, Stefanie: *Opferrechte im Lichte europäischer Vorgaben*. In: Barton, Stephan / Kölbl, Ralf (Hrsg.): *Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 67-88.
- Böttcher, Reinhard: *Bedeutung der Medienöffentlichkeit für die Opfer*. In: Weißer Ring e.V. (Hrsg.): *Ängste des Opfers nach der Straftat. Dokumentation des 22. Mainzer Opferforums 2011*. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 187-199.
- Bolitho, Jane (Ed.): *Restorative justice: adults and emerging practice*. Annandale: Federation Press 2012.
- Chapman, Tim: *The problem of community in a justice system in transition: the case of Northern Ireland*. In: *International Criminal Law Review*, 12, 2012, 3, Pp. 572-587.

- Clamp, Kerry: More than words: Restorative Justice Concepts in traditional justice settings. In: *International Criminal Law Review* 12, 2012, 3, Pp. 339-360.
- Daly, Kathleen: Conferences and gendered violence: practices, politics, and evidence. In: Zinsstag, Estelle (Ed.): *Conferencing and restorative justice*. Oxford: Oxford University Press 2012, Pp. 117-135.
- De Vries, Tina (Hrsg.): *Mediation als Verfahren konsensualer Streitbeilegung: Die deutsche, polnische und ukrainische Perspektive*. Berlin u.a.: Lang 2012.
- Dobiejewska, Elizbeta: Die Umsetzung der Idee von Restorative Justice in Polen. In: De Vries, Tina (Hrsg.): *Mediation als Verfahren konsensualer Streitbeilegung: Die deutsche, polnische und ukrainische Perspektive*. Berlin u.a.: Lang 2012, S. 155-166.
- Döring-Striening, Gudrun: Kindesmissbrauch und Opferentschädigung: aus juristischer Sicht. In: *Der medizinische Sachverständige* 108, 2012, 2, S. 70-77.
- Doerner, William G. / Lab, Steven P.: *Victimology*. 6. ed. Burlington, Mass: Anderson; Amsterdam, Heidelberg et al.: Elsevier 2012, 470 S.
- Dudek, Manuela: Psychische Folgeschäden bei Delinquenzopfern. Generalisierbares Wissen und individueller Nachweis. In: Pollähne, Helmut / Rode, Irmgard (Hrsg.): *Opfer im Blickpunkt – Angeklagte im Abseits? Probleme und Chancen zunehmender Opferorientierung auf die Verletzten in Prozess, Therapie und Vollzug*. Berlin u.a.: Lit Verlag 2012, S. 121-127.
- Eisele, Jörg: Der Gütegedanke im Strafprozess, das Element der Freiwilligkeit und seine Europäische Perspektive. In: Althammer, Christoph / Eisele, Jörg / Ittner, Heidi / Löhnig, Martin: *Grundfragen und Grenzen der Mediation*. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag 2012, S. 27-46.
- Eisele, Jörg: Freiverantwortliches Opferverhalten und Selbstgefährdung. In: *Juristische Schulung, Zeitschrift für Studium und Referendariat* 52, 2012, 7, S. 577-584.
- Ellis, Tom (Ed.): *Debates in Criminal Justice: Key Themes and Issues*. London et al.: Routledge 2012, 269 Pp.
- Frey, Dieter / Graupmann, Verena: Konfliktmediation: Erfolgsfaktoren aus der Sicht der Sozialpsychologie und der Psychologie des Überzeugens. In: *Zeitschrift für Konfliktmanagement* 15, 2012, 4, S. 127-131.
- Gelber, Claudia / Walter, Michael: Über Möglichkeiten einer opferbezogenen Vollzugsgestaltung. In: *Forum Strafvollzug* 61, 2012, 3, S. 171-174.
- Görge, Thomas: Zum Stand der internationalen viktimologischen Forschung. In: Barton, Stephan / Kölbl, Ralf (Hrsg.): *Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 89-109.
- Greve, Werner u.a.: Bewältigung krimineller Opfererfahrungen: Entwicklungsfolgen und Entwicklungsreaktion. In: Barton, Stephan / Kölbl, Ralf (Hrsg.): *Ambivalenzen der Opf-*

- erzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert operorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 263-288.
- Hagemann, Otmar / Lummer, Ricarda: Restorative Justice: auch das Unübersetzbare braucht klare Begriffe. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 45, S. 28-35.
- Hartmann, Arthur: TOA im Strafvollzug: zwischen Anspruch und Wirklichkeit; Ergebnisse des MEREPS-Projektes. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 44, S. 26-33.
- Hartmann, Arthur / Steengrefe, Felix: Das Mediationsgesetz und der Täter-Opfer-Ausgleich. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich, Nr. 43, 2012, S. 27-32
- Haselbacher, Christine: "Widen the Circle!" "Ask the Family!" (Family Group Conference). St. Pölten: Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung 2012 (Präsentation, 11 Seiten).
- Hoyle, Carolyn: Victims, Victimization and Restorative Justice. In: Maguire, Mike / Morgan, Rod, Reiner, Robert (Eds.): The Oxford Handbook of Criminology. Oxford: Oxford University Press 2012.
- Ittner, Heidi: Grundfragen der Mediation aus psychologischer Sicht. Umgang mit Machtungleichgewichten, Emotionen und erlebten Ungerechtigkeiten. In: Althammer, Christoph / Eisele, Jörg / Ittner, Heidi / Löhnig, Martin: Grundfragen und Grenzen der Mediation. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag 2012, S. 47-64.
- Jacobsson, Maritha / Wahlin, Lottie / Andersson, Tommy: Victim-offender mediation in Sweden: is the victim better off? In: International Review of Victimology 18, 2012, 3, Pp. 229-249.
- Kerner, Hans-Jürgen / Eikens, Anke / Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland. Auswertung der bundesweiten Täter-Opfer-Ausgleichsstatistik für den Jahrgang 2010. Bericht für das Bundesministerium der Justiz. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2012, 134 Seiten. Die Ausgabe ist als elektronische Ressource kostenlos abrufbar unter:
http://www.bmju.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/TOA_Deutschland_2010.pdf?blob=publicationFile.
- Kersten, Joachim: "Restorative Justice": innovative Ansätze im Umgang mit Konflikten und Gewaltereignissen. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 23, 2012, 2, S. 168-175.
- Kim, Boram: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland im Vergleich zu Südkorea. Hamburg: Kovač 2012, XVI und 280 S.
- Knepper, Paul / Doak, Jonathan / Shapland, Joanna (Eds.): Urban Crime Prevention, Surveillance, and Restorative Justice: Effects of Social Technologies. Boca Raton: CRC Press 2012, 248 Pp.

- Kölbel, Ralf / Bork, Lena: Sekundäre Viktimisierung als Legitimationsformel. Berlin: Duncker & Humblot 2012 (Schriften zum Strafrecht; 230)
- Krahé, Barbara: Soziale Reaktionen auf primäre Viktimisierung: Zum Einfluss stereotyper Urteilmuster. In: Barton, Stephan / Kölbel, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 159-176.
- Krause, Manfred: Gerichtliche Mediation im Strafvollzug: Bericht über ein wissenschaftlich begleitetes Projekt an der JVA Tegel mit positivem Ergebnis. In: *Betrifft Justiz* 28, 2012, 110, S. 297-299.
- Ladenburger, Petra: Strukturelle und praktische Defizite der institutionalisierten Opferhilfe in Deutschland. In: Barton, Stephan / Kölbel, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 289-299.
- Levad, Amy: Restorative justice: theories and practices of moral imagination. El Paso: LFB Scholarly Publishers 2012, 300 Pp.
- Löhnig, Martin: Über schariatische „Friedensrichter“, „Schülergerichte“ und die Strukturmerkmale des Rechtsstaates. In: Althammer, Christoph/ Eisele, Jörg / Ittner, Heidi / Löhnig, Martin: Grundfragen und Grenzen der Mediation. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag 2012, S. 65-76.
- Lummer, Ricarda (Hrsg.): Restorative justice - a victim perspective and issues of cooperation. Kiel: Schleswig-Holsteinischer Verband für Soziale Strafrechtspflege; Straffälligen- und Opferhilfe e.V. u.a. 2012, 231 S. (Schriftenreihe "Soziale Strafrechtspflege"; 2).
- Lurf, Elisabeth: Opferschutz im Strafverfahren auf internationaler und nationaler Ebene. Wien [u.a.]: NWV, Neuer Wiss. Verlag 2012, 257 S. (Internationale Maßnahmen zum Opferschutz im Strafverfahren und ihre Umsetzung in Österreich unter besonderer Berücksichtigung minderjähriger Opfer sexuellen Missbrauchs).
- Matthiesen, Nora: Wiedergutmachung für Opfer internationaler bewaffneter Konflikte: die Rechtsposition des Individuums bei Verletzungen des humanitären Völkerrechts. Münster u.a.: Lit, 2012 (Völkerrecht und Internationale Beziehungen; 5).
- Mayenburg, David von: Die Bemessung des Inkommensurablen: Wege zur Bestimmung des Ersatzes immaterieller Schäden am Beispiel des Schmerzensgelds. Berlin: Duncker & Humblot 2012 (Schriften zum Bürgerlichen Recht; 422).
- Myers, David / Aertsen, Ivo (Eds.): Regulating restorative justice: a comparative study of legislative provision in European countries. Frankfurt am Main: Verlag. für Polizeiwissenschaft 2012, 548 S. (Studies in criminology and forensic sciences, Vol. 2).
- O'Mahony, David: Criminal justice reform in a transitional context: Restorative youth conferencing in Northern Ireland. In: *International Criminal Law Review* 12, 2012, 3, Pp. 549-571.

- Pagée, Rob van / Lieshout, Jan van / Wolthuis, Annemieke: Most things look better when arranged in a circle: family group conferencing empowers societal developments in the Netherlands. In: Zinsstag, Estelle (Ed.) Conferencing and restorative justice. Oxford: OUP 2012, Pp. 217-230.
- Palmer, Nicola (Ed.): Critical perspectives in transitional justice. Cambridge et al.: Intersentia 2012, 502 Pp. (Series on Transitional Justice, Vol. 8).
- Park, Tido: Der Zeugenbeistand im Strafverfahren. In: Festschrift für Friedrich Dencker zum 70. Geburtstag. Tübingen: Mohr Siebeck. 2012, S. 232-248.
- Pelikan, Christa: Restorative Justice – (m)ein Weg: von der Konfliktregelung in Jugendstrafsachen zum RJ-Verfahren bei Gewaltstraftaten in Paarbeziehungen und zur RJ in interkulturellen Konflikten. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 43, S. RJ-19 - RJ-26.
- Penner, Swetlana: Was passiert mit Tätern und Opfern während des Ausgleichsgeschehens? Mögliche Gedanken von TOA-Beteiligten im Dialog. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich Nr. 45, Dezember 2012, S. 15-19.
- Pereira, Sónia Sousa: Restorative Justice: neue Impulse durch Gefühle. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 45, S. RJ-35 - RJ-42.
- Pollähne, Helmut: „Opfer“ im Blickpunkt – „Täter“ im toten Winkel? In: Pollähne, Helmut / Rode, Irmgard (Hrsg.): Opfer im Blickpunkt – Angeklagte im Abseits? Probleme und Chancen zunehmender Opferorientierung auf die Verletzten in Prozess, Therapie und Vollzug. Berlin u.a.: Lit Verlag 2012, S. 5-19.
- Pollähne, Helmut / Rode, Irmgard (Hrsg.): Opfer im Blickpunkt – Angeklagte im Abseits? Probleme und Chancen zunehmender Opferorientierung auf die Verletzten in Prozess, Therapie und Vollzug. Berlin u.a.: Lit Verlag 2012.
- Rademacker, Olaf: Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten. In: Knickrehm, Sabine (Hrsg.): Gesamtes Soziales Entschädigungsrecht – Handkommentar. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 698 ff.
- Rössner, Dieter: Voraussetzungen des TOA nach § 46a Nr. 1 StGB und der Nachweis im Strafverfahren. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich Nr. 45, Dezember 2012, S. 13-14.
- Rottleuthner, Hubertus: Mediation im Schatten des Strafrechts: auch eine Auseinandersetzung mit Joachim Wagners Buch "Richter ohne Gesetz". In: Kritische Justiz 45, 2012, 4, S. 444-459.
- Schädler, Wolfram: Opferschutz in der deutschen straf- und prozessrechtlichen Gesetzgebung und deren Umsetzung in die Judikatur. In: Barton, Stephan / Kölbel, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 51-65.

- Schäfer, Christa D.: Konflikte und Konfliktbearbeitung. Zwischen Pädagogik und Mediation. Verlag Bloogbooks 2012 (Vertrieb über Partner wie z.B. Libri oder Amazon).
- Schindler, Charlotte: "In der Strafanstalt Saxerriet hat Wiedergutmachung eine lange Tradition". In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 43, S. 14-17.
- Schmidt, Anja: Strafe und Versöhnung: eine moral- und rechtsphilosophische Analyse von Strafe und Täter-Opfer-Ausgleich als Formen unserer Praxis. Berlin: Duncker & Humblot 2012, 271 S.
- Schmidt, Veronika: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland: Entwicklung und aktueller Stand. München: GRIN Verlag 2012 (Online-Ressource).
- Schöch, Heinz: Opferperspektive und Jugendstrafrecht. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 23, 2012, 3, S. 246-255.
- Schöch, Heinz: Schadenswiedergutmachung im Strafrecht. In: Weißer Ring (Hrsg.): Moderne Opferentschädigung. Betrachtungen aus interdisziplinärer Perspektive. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 115-139.
- Sereda, Halyna G.: Die Prinzipien von Restorative Justice. In: De Vries, Tina (Hrsg.): Mediation als Verfahren konsensualer Streitbeilegung: Die deutsche, polnische und ukrainische Perspektive. Berlin u.a.: Lang 2012, S. 141-153.
- Shapland, Joanna: Comparing conferencing and mediation: some evaluation results internationally. In: Zinsstag, Estelle (Ed.): Conferencing and restorative justice. Oxford: Oxford University Press 2012, Pp. 47-64.
- Smull, Elizabeth / Wachtel, Joshua / Wachtel, Ted: Family power: engaging and collaborating with families. Bethlehem, PA: International Institute for Restorative Practices 2012, 153 Pp.
- Steffen, Wiebke: Polizeiliches Verhalten bei Opfern von Sexualstraftaten am Beispiel der Opfer von Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen. In: Barton, Stephan / Kölbl, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 141-158.
- Strang, Heather / Sherman, Lawrence W.: Experimental criminology and restorative justice: principles of developing and testing innovations in crime policy. In: Gadd, David / Karstedt, Susanne / Messner, Steven F. (Eds.): The Sage handbook of criminological research methods. London: Sage Publishers 2012, Pp. 395-409.
- Sünker, Heinz / Knut Berner (Hrsg.): Vergeltung ohne Ende? Über Strafe und ihre Alternativen im 21. Jahrhundert. Lahnstein: Verlag Neue Praxis 2012. IX und 280 Seiten.
- Sweeney, James A.: Restorative justice and transitional justice at the ECHR. In: International Criminal Law Review 12, 2012, 3, Pp. 313-337.
- Trenczek, Thomas: Entwicklung und Situation der Mediation in Australien: Qualität oder Quantität? In: Zeitschrift für Konfliktmanagement 15, 2012, 5, S. 165-169.

- Trenczek, Thomas / Loode, Serge: Mediation „made in Germany“ – a quality product. In: Australian Dispute Resolution Journal 23, 2012, Pp. 61-70.
- Tzannetis, Aristomenis: Von der „tätigen Reue“ zum „Täter-Opfer-Ausgleich“: Zielsetzungen und dogmatische Grundlagen des Schadenswiedergutmachungssystems im neuen griechischen Strafrecht. In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik 7, 2012, 4, S. 132-151 (Online-Zeitschrift).
- Vázquez-Portomene Seijas, Fernando: Vorgehensweisen und Vermittlungsstandards zur Bearbeitung von TOA-Fällen bei häuslicher Gewalt in Deutschland und Österreich: ein Modell für Europa? In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 95, 2012, 6, S. 413-448.
- Volbert, Renate: Geschädigte im Strafverfahren: Positive Effekte oder sekundäre Viktimisierung. In: Barton, Stephan / Kölbel, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012 a, S. 197-212.
- Volbert, Renate: Sekundäre Viktimisierung: Alte Klagen – neue Erkenntnisse? In: Pollähne, Helmut / Rode, Irmgard (Hrsg.): Opfer im Blickpunkt – Angeklagte im Abseits? Probleme und Chancen zunehmender Opferorientierung auf die Verletzten in Prozess, Therapie und Vollzug. Berlin u.a.: Lit Verlag 2012 b, S. 149-163.
- Weigend, Thomas: Internationale Entwicklungen bei der Stellung des Verletzten im Strafverfahren. In: Barton, Stephan / Kölbel, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 29-50.
- Weißer Ring (Hrsg.): Ängste des Opfers nach der Straftat: Dokumentation des 22. Mainzer Opferforums 2011. Baden-Baden: Nomos 2012 (Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern; 50).
- Weißer Ring (Hrsg.): Moderne Opferentschädigung: Betrachtungen aus interdisziplinärer Perspektive; Dokumentation des 21. Mainzer Opferforums 2010. Baden-Baden: Nomos 2012, 196 S. (Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern; 48).
- Weitekamp, Elmar G. M. / Parmentier, Stephan: On the road to reconciliation: the attempt to develop a theoretical model which applies restorative justice mechanisms in post-conflict societies. In: Plywaczewski, Emil (Hrsg.): Aktuelle Probleme des Strafrechts und der Kriminologie. Band 5. Warszawa: LEX (Wolters Kluwer Polska) 2012, S. 795-804.
- Winter, Frank / Matt, Eduard: Restorative Justice und Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland: zwischen lästiger Pflicht und sozialintegrativem Potential. In: Neue Kriminalpolitik 24, 2012, 2, S. 73-80.
- Wright, Martin: Gerechtigkeit wiederherstellen: die Ansicht von einer Insel in Europa. In: Info-dienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 44, S. RJ-27 - RJ-34.
- Zinsstag, Estelle (Ed.): Conferencing and restorative justice: international practices and perspectives. Oxford: Oxford University Press 2012, 247 Pp.

Veröffentlichungen aus dem Jahr 2011

- Austin, Beatrix (Hrsg.): Advancing conflict transformation. Opladen u.a.: Leske & Budrich 2011.
- Bals, Nadine: Wiedergutmachung, Befriedigung, Versöhnung: Fälle häuslicher Gewalt im Täter-Opfer-Ausgleich. In: Bannenberg, Britta / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Gewaltdelinquenz, lange Freiheitsentziehung, Delinquenzverläufe. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2011, S. 147-163.
- Barter, Dominic / Mazzetti, Sissi (Komment.): Restorative Circles: ein Ansatz aus Brasilien, der Raum für den gemeinschaftlichen Umgang mit schmerzhaften Konflikten schafft. Im Gespräch mit Sissi Mazzetti. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2011, 42, S. RJ-11 - RJ-18.
- Blaser, Birgit / Stibbe, Gabriela: Restorative Justice in Schleswig-Holstein: Kooperation zwischen Landesverband und Landesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich. In: Zeitschrift für soziale Strafrechtspflege 19, 2011, 48, S. 62-67.
- Bruttel, Oliver / Timmesfeld, Andrea: Das Potenzial der Mediation aus Sicht der Bevölkerung: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. In: Zeitschrift für Konfliktmanagement 14, 2011, 3, S. 71-74.
- Cordes, Dagmar: Handlungsfeld Täter-Opfer-Ausgleich: konfrontative Einzelgespräche mit neutralisierenden Beschuldigten als Grundlage der Tataufarbeitung im Täter-Opfer-Ausgleich. In: Weidner, Jens / Kilb, Rainer (Hrsg.): Handbuch Konfrontative Pädagogik: Grundlagen und Handlungsstrategien zum Umgang mit aggressivem und abweichendem Verhalten. Baden-Baden: Juventa 2011, S. 306-312.
- Dahs, Hans: Zeugenbeistand zwischen Strafvereitelung und Parteiverrat. In: Strafrechtswissenschaft als Analyse und Konstruktion. Berlin: Duncker & Humblot 2011, S. 1545-1556.
- Degenhart, Thomas: Die Genugtuungsfunktion des Schmerzensgeldes in § 253 BGB. Bielefeld: Giesecking 2011 (Schriften zum deutschen, europäischen und vergleichenden Zivil-, Handels- und Prozessrecht; 253)
- Domenig, Claudio: Restorative Justice: vom marginalen Verfahrensmodell zum integralen Lebensentwurf. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2011, 41, S. RJ-1 - RJ-10.
- Elliott, Elizabeth M.: Security, with Care: Restorative Justice and Healthy Societies. Halifax et al.: Fernwood Publishers 2011, 239 Pp.
- Foth, Rebecca: Der Täter-Opfer-Ausgleich: Eine Chance für Opfer und Täter? Hamburg: GRIN Verlag 2011 (Elektronische Ressource).
- Früchtel, Frank: Muss Strafe sein? Gerechtigkeit geht auch anders! Eine Einführung in Restorative Social Work. Sozialmagazin 36, 2011, 1, S. 34-42.

- Funken, Timo: Gerichtliche Mediation in Strafvollzugssachen: Eine wertende sozialwissenschaftliche Betrachtung aus der Sicht eines Inhaftierten. In: Informationsdienst Straffälligenhilfe 19, 2011, 3, S. 37-40.
- Gal, Tali: Child Victims and Restorative Justice: a Needs-Rights Model. New York: Oxford University Press 2011, 240 Pp.
- Gal, Tali / Moyal, Shomron: Juvenile Victims in Restorative Justice: Findings from the Restorative Shaming Experiments. The British Journal of Criminology 51, 2011, 6, Pp. 1014-1034.
- Gläßer, Ulla / Schroeter, Kirsten (Hrsg.): Gerichtliche Mediation: Grundsatzfragen, Etablierungserfahrungen und Zukunftsperspektiven. Baden-Baden: Nomos 2011, 439 S.
- Grüner, Thomas: Der Täter-Opfer-Ausgleich. In: Schröder, Achim / Rademacher, Helmholt / Merkle, Angela (Hrsg.): Handbuch Konflikt- und Gewaltpädagogik: Verfahren für Schule und Jugendhilfe. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag 2011, S. 121-133.
- Jacob, Oliver: "Die Schere im Kopf": die Entwicklung der Fallzuweisungen beim TOA in Berlin JGG. Der Versuch einer Ursachenforschung. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2, 2011, 42, S. 10-15.
- Johnstone, Gerry: Restorative justice: ideas, values, debates. 2. ed. London et al. Routledge 2011.
- Kerner, Hans-Jürgen / Eikens, Anke / Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland: Auswertung der bundesweiten Täter-Opfer-Ausgleichs-Statistik für die Jahrgänge 2006 bis 2009, mit einem Rückblick auf die Entwicklung seit 1993; Bericht für das Bundesministerium der Justiz. Mönchengladbach: Forum Verl. Godesberg 2011, 194 Seiten. Die Veröffentlichung ist als elektronische Ressource kostenlos abrufbar unter: http://www.bmju.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/TOA_Deutschland_2006_2009.pdf?__blob=publicationFile.
- Kespe, Hans Christian: Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung: ein Beitrag zur Dogmatik von § 46a StGB unter besonderer Berücksichtigung steuerstrafrechtlicher Fragestellungen. Berlin: Duncker & Humblot 2011, 402 S.
- Klengel, Jürgen Detlef W.: Der anwaltliche Zeugenbeistand im Strafverfahren. In: Neue Juristische Wochenschrift 64, 2011, 1/2, S. 23-28.
- London, Ross: Crime, punishment and restorative justice: from the margins to the mainstream. Boulder, CO et al.: First Forum Press 2011, 378 Pp.
- Lummer, Ricarda (Hrsg.): Restorative justice - a European and Schleswig-Holsteinian perspective = Restorative justice. Kiel: Schleswig-Holsteinischer Verband für Soziale Strafrechtspflege; Straffälligen- und Opferhilfe e.V. u.a. 2011, 246 S.
- Maruna, Shadd: Lessons for justice reinvestment from restorative justice and the justice model experience: Some tips for an 8-year-old prodigy. In: Criminology & public policy 10, 2011, 3, Pp. 661-669.

- Miller, Susan L.: *After the crime: the power of restorative justice; dialogues between victims and violent offenders*. New York, NY et al.: New York University Press 2011, 267 Pp.
- Milos, Karin: Conferencing-Verfahren: von einer, die auszog, Restorative Justice Conferencing zu erkunden und Family Group Conferencing entdeckte. In: *Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich* 2011, 42, S. 31-35.
- Mitsch, Wolfgang: Verspätete Pflichterfüllung, Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung bei § 142 StGB. In: Geisler, Claudius u.a. (Hrsg.): *Festschrift für Klaus Geppert zum 70. Geburtstag am 10. März 2011*. Berlin: Walter de Gruyter 2011, S. 337-356.
- Niemz, Susanne: *Urteilsabsprachen und Opferinteressen – in Verfahren mit Nebenklagebeteiligung*. Baden-Baden: Nomos 2011. (Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern, Band 49).
- Parmentier, Stephan / Weitekamp, Elmar G. M.: *Dealing with war crimes in Bosnia: retributive and restorative options through the eyes of the population*. In: Crawford, Adam (Ed.): *International and Comparative Criminal Justice and Urban Governance. Convergence and Divergence in Global, National, and Local Settings*. Cambridge, UK: Cambridge University Press 2011, Pp. 140-167.
- Perrier, Camille: *La médiation en droit pénal suisse: étude de la législation suisse relative à la médiation pénale à la lumière des droits français, allemand et belge*. Bâle: Helbing Lichtenhahn 2011, 395 Pp.
- Pielsticker, Susanne: *46a StGB - Revisionsfalle oder sinnvolle Bereicherung des Sanktionenrechts?* Berlin: Duncker & Humblot 2011, 197 S.
- Riniker, Jelena: *Opferrechte des Tatzeugen: die Problematik des Opferbegriffs nach OHG und die strafrechtliche Qualifikation der Verletzung der psychischen Integrität*. Zürich: Dike 2011.
- Rossner, Meredith: *Emotions and interaction Ritual: a micro analysis of restorative justice*. In: *The British Journal of Criminology* 51, 2011, 1, Pp. 95-119.
- Schädler, Wolfram: *Zum Verhältnis von Opferhilfe und Täter-Opfer-Ausgleich in der sozialen Strafrechtspflege*. *Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich* (2011), 41, S. 18-21.
- Schöch, Heinz: *Die „unterbelichtete“ Schadenswiedergutmachung gemäß § 46a StGB*. In: *Festschrift für Ruth Rissing-van Saan zum 65. Geburtstag*. Berlin u.a.: de Gruyter, 2011, S. 639-655.
- Schroth, Klaus: *Die Rechte des Opfers im Strafprozess*. 2., neu bearbeitete Auflage, Heidelberg u.a.: C. F. Müller 2011, 396 S.
- Shapland, Joanna / Robinson, Gwen / Sorsby, Angela: *Restorative justice in practice: evaluating what works for victims and offenders*. London et al.: Routledge 2011, 227 Pp.

- Spindler, Charlotte: Wiederherstellung des Rechtsfriedens: Wiedergutmachung in der Strafanstalt Saxerriet. In: Info-Bulletin, Informationen zum Straf- und Maßnahmenvollzug (Bern) 36, 2011, 1, S. 12-15.
- Steger, Ruth: Situative Konflikte im Tatausgleich – aus der Perspektive der Opfer. Saarbrücken: AV Akademikerverlag 2011 (Online-Ressource).
- Steinhilber, Birgit: TOA im "Haus des Jugendrechts": Beschreibung des Modellprojektes in Frankfurt am Main-Höchst. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2011, 42, S. 18-21.
- Trenczek, Thomas: Justice as Fairness – Gerechtigkeit durch Fairness. In: Spektrum der Mediation, Ausgabe 43, 2011, S. 54-58.
- Viehmann, Horst: Täter-Opfer-Ausgleich: ein Beitrag zur Friedfertigkeit? In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2011, 41, S. 25-29.
- Waller, Irvin: Rights for victims of crime: rebalancing justice. Lanham et al.: Rowman & Littlefield 2011, 211 Pp.
- Weichbrodt, Korinna: Das Konsensprinzip strafprozessualer Absprachen: Zugleich ein Beitrag zur Reformdiskussion unter besonderer Berücksichtigung der italienischen Regelung einvernehmlicher Verfahrensbeendigung. Berlin: Duncker & Humblot 2011, 456 S.
- Zanolini, Veio: Der Friedensrichter als Wegbereiter der Mediation in Erwachsenenstrafsachen. In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht 129, 2011, 1, S. 79-108.

Veröffentlichungen aus dem Jahr 2010 (Auswahl)

- Albrecht, Berit: Multicultural challenges for restorative justice: Mediators' experiences from Norway and Finland. In: *Journal of Scandinavian Studies in Criminology and Crime Prevention* 11, 2010, 1, S. 3-24.
- Armborst, Andreas: Retaliation, mediation and punishment: summary of proceedings IMPRS REMEP Winter University 2009. Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht 2010 (Forschung Aktuell, Heft 42).
- Bals, Nadine: Der Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt: Vermittlung und Wiedergutmachung auf dem Prüfstand. Baden-Baden: Nomos 2010 (Recht und Gesellschaft, Band 2).
- Belknap, Joanne / McDonald, Courtney: Judges' attitudes about and experiences with sentencing circles in intimate-partner abuse cases. In: *Canadian Journal of Criminology and Criminal Justice* 52, 2010, 4, Pp. 369-395.
- Berisha, Mislim: Mediation bei interkulturellen Konflikten. Das Münchner Projekt "Konfliktmanagement im interkulturellen Kontext". In: *Sozialmagazin* 35, 2010, 1, S. 51-55.
- Block, Tobias: Opferrechte und -pflichten im Strafverfahren: die Entwicklung der verfahrensrechtlichen Stellung der Opferzeugen seit der Jahrtausendwende. In: *Praxis der Rechtspsychologie* 20, 2010, 2, S. 290-305.
- Bolivar, Daniela: Conceptualizing victims' 'restoration' in restorative justice. In: *International Review of Victimology* 17, 2010, 3, Pp. 237-266.
- Cario, Robert (Ed.): *La justice restaurative: une utopie qui marche?* Paris: Harmattan 2010.
- Choi, Jung Jin / Green, Diane L. / Kapp, Stephen A.: Victimization, victims' needs, and empowerment in victim offender mediation. In: *International Review of Victimology* 17, 2010, 3, Pp. 267-290.
- Cravaack, Constanze: Schlagfertigkeit in der Mediation. In: *Zeitschrift für Konfliktmanagement*, 13, 2010, 5, S. 136-138.
- Cunneen, Christopher / Hoyle, Carolyn: *Debating restorative justice*. Oxford et al.: Hart 2010, 195 Pp. (Debating Law, Volume 1).
- Delattre, Gerd: Der Täter-Opfer-Ausgleich - die Praxis eines anderen Umgangs mit Straftaten. In: Senghaus, Paul (Hrsg.): *Mediation und Polizei*. Rothenburg/Oberlausitz: Hochschule d. Sächsischen Polizei 2010, S. 81-102.
- Dölling, Dieter: Zur Legalbewährung nach Täter-Opfer-Ausgleich im Erwachsenenstrafrecht. In: Jahn, Matthias / Kudlich, Hans / Streng, Franz (Hrsg.): *Strafrechtspraxis und Reform: Festschrift für Heinz Stöckel zum 70. Geburtstag*. Berlin: Duncker & Humblot 2010, S. 349-360.
- Dussich, John P. (Ed.): *The promise of restorative justice: new approaches for criminal justice and beyond*. Boulder, Colorado et al.: Lynne Rienner 2010, 275 Pp.

- Emerson, Geoff: Restorative Justice (Wiederherstellung des Rechtsfriedens) in der Strafjustiz für Erwachsene: Wie geht es weiter im Vereinigten Königreich? In: Zeitschrift für die Soziale Strafrechtspflege 18, 2010, 47, S. 23-30.
- Fernandez, Marilyn: Restorative Justice for Domestic Violence Victims: an Integrated Approach to their Hunger for Healing. Lanham, MD. Et al.: Lexington Books 2010. 196 Pp.
- Hartmann, Arthur: Die neue TOA-Statistik. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2010, 39, S. 20-23.
- Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich als Präventionsmodell bei Nahraumgewalt gegen betagte Menschen? In: Landespräventionsrat NRW (Hrsg.): Gewalt und Vernachlässigung gegenüber alten Menschen: Entstehungsbedingungen und Wege wirksamer Prävention. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft 2010, S. 176-197.
- Hayden, Carol / Gough, Dennis: Implementing restorative justice in children's residential care. Bristol: Policy Press 2010, 136 Pp. (Researching criminal justice series).
- Höffler, Katrin: Prävention durch Wiedergutmachung: das Münchner Graffiti-Projekt. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 21, 2010, 1, S. 33-44.
- Hofinger, Veronika / Neumann, Alexander: Legalbewährung nach Diversion und Bewährungshilfe. In: Neue Kriminalpolitik 22, 2010, 1, S. 32-34.
- Hofmann, Rainer: Opferhilfe in der polizeilichen Ausbildung. In: Die Kriminalpolizei 2010, Heft 3, S. 4-6.
- Hotta, Akiko: Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt. Frankfurt und Leipzig: Online-Ressource 2010, 112 S. <http://d-nb.info/1004215533>.
- Hoyle, Carolyn (Ed.): Debating Restorative Justice. London: Taylor and Francis. 1. The rise of restorative justice. 2010, 308 Pp.; 2. Restorative practices on the international stage. 2010, 403 Pp.; 3. The promise of restorative justice. 2010, 499 Pp.; 4. Stumbling blocks on the road to a restorative jurisprudence. 2010, 512 Pp.
- Hüncken, Arend: Standard-Tanker und TOA-Boote: Zur Veröffentlichung der Neuauflage der TOA-Standards. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 21, 2010, 3, S. 320-323.
- Karliczek, Kari-Maria: Möglichkeiten der Einflussnahme auf Viktimisierungsprozesse. Jugendliche Opfer von Jugendgewalt. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich Nr. 40, Dezember 2010, S. 27-37.
- Kempfer, Jacqueline: Das Adhäsionsverfahren. Ein Dauerpatient der Strafrechtspflege und sein Verhältnis zum Täter-Opfer-Ausgleich. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2010, 39, S. 7-13.
- Kerner, Hans-Jürgen / Weitekamp, Elmar G. M.: Depicting the development on victim-offender mediation. In: Vanfraechem, Inge / Aertsen, Ivo / Willemsens, Jolien (Eds.)

- Restorative Justice Realities. Empirical Research in a European Context. Den Haag: Eleven International Publishers 2010, Pp. 121-147.
- Kirkwood, Steve: Restorative justice cases in Scotland: Factors related to participation, the restorative process, agreement rates and forms of reparation. In: European Journal of Criminology 7, 2010, 2, Pp. 107-122.
- Königshofer, Michael (Red.): Österreich Corner. Mediation im Strafrecht. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2010, 39, S. 42-45.
- Langfeldt, Thore: New perspectives in sex offender treatment: restorative justice, legal questions and humanistic traditions as challenges to therapy. Lengerich: Pabst 2010 (IATSO Kongressdokument Nr. 11).
- Lippelt, Ira / Schütte, Daniela: Innenansichten und Wirkungsforschung zum Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendstrafrecht: die Zufriedenheit von Opfern und Tätern mit "ihrer" Mediation der Jugend- und Konflikthilfe der Landeshauptstadt Hannover. Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwissenschaft 2010. 110 S.
- Lutz, Tilman: Wiedergutmachung statt Strafe? – Restorative Justice und Täter-Opfer-Ausgleich. In: Dollinger, Bernd / Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 405-413.
- Marx, Ansgar: Das Prinzip der Freiwilligkeit der Mediation: empirische Daten und notwendige Kurskorrekturen. In: Zeitschrift für Konfliktmanagement 13, 2010, 5, S. 132-136.
- Oeming, Manfred: Mediation im Kontext biblischer Rechtsordnungen. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich Nr. 40, Dezember 2010, S. 20-23.
- Pelikan, Christa: Der (österreichische) Außergerichtliche Tatausgleich (ATA) bei Gewaltstraftaten in Paarbeziehungen: Replikation einer empirischen Studie nach 10 Jahren, oder: Die Männer werden nicht besser, aber die Frauen werden stärker - stimmt das noch so? In: Streit: feministische Rechtszeitschrift 28 (2010), 1, S. 17-24.
- Proeve, Michael / Tudor, Steven: Remorse. Psychological and Jurisprudential Perspectives. Farnham, Surrey, UK: Ashgate Publishing 2010.
- Ptacek, James (Ed.): Restorative justice and violence against women. Oxford et al.: Oxford University Press 2010, 292 Pp. (Interpersonal Violence Series).
- Sautner, Lyane: Opferinteressen und Strafrechtstheorien: zugleich ein Beitrag zum restaurativen Umgang mit Straftaten. Innsbruck; Wien; Bozen: Studienverlag 2010, 443 S. (Viktimologie und Opferrechte; 6).
- Schmidt, Stephanie Ilse: Mediationsverfahren und Täter-Opfer-Ausgleich. Aktuelle Entwicklungen in Deutschland. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2010, 39, S. 37-41.
- Schütz, Jürg Gian: Mediation ante Portas! Gesetzlich geregelte Mediation in der Schweiz. In: Zeitschrift für Konfliktmanagement 13, 2010, 2, S. 44-47.

- Senghaus, Paul (Hrsg.): *Mediation und Polizei*. Rothenburg/Oberlausitz: Eigenverlag der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) 2010. 186 S.
- Shoham, Shelomoh Giyora (Ed.): *International handbook of victimology*. Boca Raton et al.: CRC Press 2010, 706 Pp.
- Staiger, Ines: *Restorative Justice and Victims of Terrorism*. In: R. Letschert, I. Staiger und A. Pemberton (Eds.): *Assisting Victims of Terrorism – Towards a European Standard of Justice*. Dordrecht: Springer 2010, Pp. 267-337.
- Trenczek, Thomas: *TOA im Jugend- und Strafrecht – Sichtbegrenzungen und Auswege aus der Finanzierungsfalle*. In: *TOA Infodienst*, Dezember 2010, S. 6-12.
- Umbreit, Mark S. / Armour, Marilyn Peterson: *Restorative justice dialogue: an essential guide for research and practice*. New York: Springer 2010, 339 Pp.
- Uotila, Erika / Sambou, Saija: *Victim-offender mediation in cases of intimate relationship violence - ideals, attitudes, and practices in Finland*. In: *Journal of Scandinavian Studies in Criminology and Crime Prevention*, 11 (2010), 2, Pp. 189-207.
- Vanfraechem, Inge / Aertsen, Ivo / Willemsens, Jolien (Eds.) *Restorative Justice Realities. Empirical Research in a European Context*. The Hague: Eleven International Publishers 2010, 283 Pp.
- Wertz, Steffie: *Verzeihen und Reue im Täter-Opfer-Ausgleich*. In: *Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich* 2010, 40, S. 13-16.
- Zehr, Howard: *Fairsöhnt: Restaurative Gerechtigkeit; Wie Opfer und Täter heil werden können*. Schwarzenfeld: Neufeld 2010, 93 S.

Teil II: Gesamtliste der erfassten Veröffentlichungen (In alphabetischer Reihenfolge der Autorennamen)

- Acquaro, Franco: Forgiveness in the Wake of Severe Violence: Experiences of Victims Who Engaged in Facilitated Victim-Offender Dialogue and Forgave their Transgressors. Saarbrücken: AV Akademikerverlag 2012. Online-Resource.
- Aertsen, Ivo: Belgium [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 45-88.
- Aertsen, Ivo / Vanfraechem, Inge (Eds.): Victims and Restorative Justice. London: Routledge, 2014 (Routledge Frontiers of Criminal Justice)
- Albrecht, Berit: Multicultural challenges for restorative justice: Mediators' experiences from Norway and Finland. In: Journal of Scandinavian Studies in Criminology and Crime Prevention 11, 2010, 1, S. 3-24.
- Althammer, Christoph / Eisele, Jörg / Ittner, Heidi / Löhnig, Martin: Grundfragen und Grenzen der Mediation. Wissenschaftliche Betrachtungen aus den Perspektiven unterschiedlicher Professionen. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag 2012.
- Arbeitskreis Strafrecht: Praktikergespräch über den Täter-Opfer-Ausgleich im Jugend- und Erwachsenenstrafrecht. In: Berliner Anwaltsblatt 63, 2014, Heft 1 / 2, S. 18-20.
- Armborst, Andreas: Retaliation, mediation and punishment: summary of proceedings IMPRS REMEP Winter University 2009. Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht 2010 (Forschung Aktuell, Heft 42).
- Austin, Beatrix (Hrsg.): Advancing conflict transformation. Opladen u.a.: Leske & Budrich 2011.
- Ayboga, Ercan: Das neue Rechtssystem in Kojava. Der Konsens ist entscheidend. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 40-43. [Betr.: Konsens- und Friedenskomitees in Kurdistan].
- Bals, Nadine: Die Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt im Täter-Opfer-Ausgleich. In: Polizei & Wissenschaft 2012, 4, S. 68-85.
- Bals, Nadine: Der Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt: Vermittlung und Wiedergutmachung auf dem Prüfstand. Baden-Baden: Nomos 2010 (Recht und Gesellschaft, Band 2).
- Bals, Nadine: Wiedergutmachung, Befriedigung, Versöhnung: Fälle häuslicher Gewalt im Täter-Opfer-Ausgleich. In: Bannenberg, Britta / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Gewaltdelinquenz, lange Freiheitsentziehung, Delinquenzverläufe. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2011, S. 147-163.

- Barabás, Tünde (Hrsg.): Responsibility-taking, relationship-building and restoration in prisons: mediation and restorative justice in prison settings. Budapest: National Institute of Criminology 2012.
- Barberan, Jaume Martin: Mediation im Strafrecht TOA in Spanien und Katalonien, Übersetzung: Vicky Molinos Hernandez. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 43, S. 41-46.
- Barter, Dominic / Mazzetti, Sissi (Komment.): Restorative Circles: ein Ansatz aus Brasilien, der Raum für den gemeinschaftlichen Umgang mit schmerzhaften Konflikten schafft. Im Gespräch mit Sissi Mazzetti. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2011, 42, S. RJ-11 - RJ-18.
- Barton, Stephan / Kölbl, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts: Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012 (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat; 53).
- Bartsch, Tillmann: Phänomen Wohnungseinbruch: Taten, Täter, Opfer. In: Kriminalistik 68, 2014, S. 483-490.
- Bartsch, Tillmann / Brettel, Hauke / Blauert, Katharina / Hellmann, Deborah F.: Staatliche Opferentschädigung auf dem Prüfstand. Entschädigungsanspruch und Entschädigungspraxis. In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik 9 (2014), S. 353-363 [Elektronische Ressource: <http://www.zis-online.de>].
- Beck, Elizabeth / Pennell, Joan T.: Decentralization and privatization: the promise and challenges of restorative justice in the United States. In: Zinsstag, Estelle (Ed.): Conferencing and restorative justice. Oxford: Oxford University Press 2012, Pp. 137-151.
- Belknap, Joanne / McDonald, Courtney: Judges' attitudes about and experiences with sentencing circles in intimate-partner abuse cases. In: Canadian Journal of Criminology and Criminal Justice 52, 2010, 4, Pp. 369-395.
- Bergemann, Sophia: Gemeinschaftskonferenzen. Eine empirische Studie zum Restorative-Justice-Projekt. Saarbrücken: AV Akademikerverlag 2014. 252 Seiten.
- Bergschneider, Franz: Nordrhein-Westfalen. In: TOA-Magazin Nr. 01 / April 2014, S. 34 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].
- Bergschneider, Franz: Qualität im TOA. Reflexion über das Gütesiegel. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 23-24.
- Berisha, Mislim: Mediation bei interkulturellen Konflikten. Das Münchner Projekt "Konfliktmanagement im interkulturellen Kontext". In: Sozialmagazin 35, 2010, 1, S. 51-55.
- Bermel, Rebecca / Hertel, Roland: Täterarbeit "Häusliche Gewalt" und Täter-Opfer-Ausgleich. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 43, S. 20-26.

- Bertschi, Susanne: Die Aussage der Geschädigten im Spannungsfeld der Opferrechte. In: Aktuelle juristische Praxis 21, 2012, 8, S. 1075-1078.
- Betroffenenorientierung bei SelbstmelderInnen – ein Praxistest. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 20154, S. 16-21.
- Beutke, Matthias: Brandenburg. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 31-32 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].
- Beutke, Matthias: Wie Go-Kart fahren als Wiedergutmachung vereinbart wurde. Ein Fallbeispiel aus Brandenburg. In: TOA-Magazin Nr. 03, 2014, S. 37-39.
- Bindel-Kögel, Gabriele / Karliczek, Kari-Maria: Vom Objekt zum Subjekt – Außergerichtliche Schlichtung als opferstützendes Instrument. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 291-304.
- Blagg, Harry: Restorative Justice in a Crowded Market Place of Ideas: Challenges and Opportunities for Relevant Practice in the Coming Years. In: European Forum for Restorative Justice (Ed.): Newsletter, Volume 14, Printed Version. Leuven 2013, Pp. 4-6.
- Blaser, Birgit / Stibbe, Gabriela: Restorative Justice in Schleswig-Holstein: Kooperation zwischen Landesverband und Landesarbeitsgemeinschaft Täter-Opfer-Ausgleich. In: Zeitschrift für soziale Strafrechtspflege 19, 2011, 48, S. 62-67.
- Block, Tobias: Opferrechte und –pflichten im Strafverfahren: die Entwicklung der verfahrensrechtlichen Stellung der Opferzeugen seit der Jahrtausendwende. In: Praxis der Rechtspsychologie 20, 2010, 2, S. 290-305.
- Bock, Stefanie: Opferrechte im Lichte europäischer Vorgaben. In: Barton, Stephan / Kölbel, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 67-88.
- Böhm, Klaus: Täter-Opfer-Ausgleich – Aktuelle Perspektiven. In: Dölling, Dieter / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Täter – Taten – Opfer. Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2013, S. 234-251.
- Boers, Klaus / Sessar, Klaus: Do People Really Want Punishment? On the Relationship between Acceptance of Restitution, Needs for Punishment, and Fear of Crime, in: Sessar, Klaus / Kerner, Hans-Jürgen (Eds.): Developments in Crime and Crime Control Research. German Studies on Victims, Offenders, and the Public. New York: Springer 1990, Pp. 126-149.
- Böttcher, Reinhard: Bedeutung der Medienöffentlichkeit für die Opfer. In: Weißer Ring e.V. (Hrsg.): Ängste des Opfers nach der Straftat. Dokumentation des 22. Mainzer Opferforums 2011. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 187-199.

- Bojanić, Igor: Croatia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 143-160.
- Bolitho, Jane (Ed.): Restorative justice: adults and emerging practice. Annandale: Federation Press 2012.
- Bolivar, Daniela: Conceptualizing victims' 'restoration' in restorative justice. In: International Review of Victimology 17, 2010, 3, Pp. 237-266.
- Borck, Sebastian: Es geht um mehr! Täter-Opfer-Ausgleich und Restorative Justice. In: Evangelische Stimmen: Forum für kirchliche Zeitfragen in Norddeutschland 2014, Heft 3, S. 4-6.
- Bullmann, Theresa M.: Der TOA in der Staatshypnose. Mehr Bewegung wagen. In: TOA-Magazin Nr. 02 / September 2014, S. 4-8.
- Bullmann, Theresa M.: „Ich weiß was Du brauchst....“ Ein paar Überlegungen zu Paternalismus und Fürsorgepflicht in der Mediation. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 25-26.
- [Bullmann, Theresa M., als Interviewerin TM]: „Wir kommen, um uns zu beschweren“. Beschwerdemanagement in sozialen Einrichtungen. Interview mit Nina Jann. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 27-29.
- Bullmann, Theresa M.: „Die meisten Beschwerden sind unbegründet“. Beschwerdemanagement bei Polizei und Justiz. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 30-32.
- [Bullmann, Theresa M., als Interviewerin TM]: „Ich bin ein interessierter Mensch – das macht Mediation für mich so spannend“. Interview mit Eva Weiler. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 37-38.
- [Bullmann, Theresa M., als Interviewerin TM]: Interview mit Christa Pelikan. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 55.
- Bruhn, Andrea / Kramer, Carmen / Schlupp-Hauck, Wolfgang: Beteiligung des sozialen Umfelds im Täter-Opfer-Ausgleich: Leitfaden für die Mediation. Freiburg im Breisgau: Lambertus 2013 (Jugend und Familie; 12).
- Bruns, Georg / Winter, Frank (Hrsg.): Stalking- zwischen Liebeswahn und Strafrecht. Gießen: Psychosozial Verlag 2014.
- Bruttel, Oliver / Timmesfeld, Andrea: Das Potenzial der Mediation aus Sicht der Bevölkerung: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. In: Zeitschrift für Konfliktmanagement 14, 2011, 3, S. 71-74.
- Burman, Michele / Johnstone, Jenny: Scotland [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies

- and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 735-782.
- Cario, Robert (Ed.): *La justice restaurative: une utopie qui marche?* Paris: Harmattan 2010.
- Cario, Robert: France [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 269-290.
- Chankova, Dobrinka: Bulgaria [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 117-142.
- Chapman, Tim: The problem of community in a justice system in transition: the case of Northern Ireland. In: *International Criminal Law Review*, 12, 2012, 3, Pp. 572-587.
- Chlonova, Natal'ya / Niktina Natal'ya / Shchedrin, Nikolai / Yurkov, Viktor: Russia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 705-734.
- Choi, Jung Jin / Green, Diane L. / Kapp, Stephen A.: Victimization, victims' needs, and empowerment in victim offender mediation. In: *International Review of Victimology* 17, 2010, 3, Pp. 267-290.
- Christie, Nils: Heilung nach den Gräueltaten. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): *Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014 a, S. 229-238.
- Christie, Nils: Restoration after Atrocities. In: Coester, Mark / Marks, Erich (Eds.): *International Perspectives of Crime Prevention 6*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014 b, S. 47-54 (Contributions from the 7th Annual International Forum 2013 within the German Congress on Crime Prevention).
- Cirullies, Michael: Schutz bei Gewalt und Nachstellung: Familienrecht, Zivilrecht, Strafrecht, Polizeirecht. Bielefeld: Giesecking, 2013 (FamRZ-Buch; 38).
- Cirullies, Michael: Stalker ohne Schuld – Opfer ohne Schutz? Zugleich Besprechung von OLG Frankfurt, Beschluss v. 4.6.2014 – 5 WF 110/14 – FamRZ 2014, 1956. In: *Zeitschrift für Familienrecht* 61 (2014), S. 1901-1904.
- Clamp, Kerry: More than words: Restorative Justice Concepts in traditional justice settings. In: *International Criminal Law Review* 12, 2012, 3, Pp. 339-360.
- Clamp, Kerry: *Restorative Justice in Transition*. Abingdon [u.a.]: Routledge, 2014, XVI, 163 Seiten (Routledge frontiers of criminal justice; 13).

- Clamp, Kerry: Ireland [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 379-404.
- Contini, Cory: Restoring Restorative Justice: A look at the RJ paradigm shift and it's relation to general theory. Munich: GRIN Verlag GmbH 2013. Online-Ressource.
- Cordes, Dagmar: Handlungsfeld Täter-Opfer-Ausgleich: konfrontative Einzelgespräche mit neutralisierenden Beschuldigten als Grundlage der Tataufarbeitung im Täter-Opfer-Ausgleich. In: Weidner, Jens / Kilb, Rainer (Hrsg.): Handbuch Konfrontative Pädagogik: Grundlagen und Handlungsstrategien zum Umgang mit aggressivem und abweichendem Verhalten. Baden-Baden: Juventa 2011, S. 306-312.
- Cornwall, David J. (Ed.): Civilising Criminal Justice – An International Restorative Agenda for Penal Reform. Hook, Hampshire: Waterside Press 2013. 565 Pp.
- Cravaack, Constanze: Schlagfertigkeit in der Mediation. In: Zeitschrift für Konfliktmanagement, 13, 2010, 5, S. 136-138.
- Csúri, András: Hungary [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 359-378.
- Cunneen, Christopher / Hoyle, Carolyn: Debating restorative justice. Oxford et al.: Hart 2010, 195 Pp. (Debating Law, Volume 1).
- Dahs, Hans: Zeugenbeistand zwischen Strafvareitelung und Parteiverrat. In: Strafrechtswissenschaft als Analyse und Konstruktion. Berlin: Duncker & Humblot 2011, S. 1545-1556.
- Daly, Kathleen: Conferences and gendered violence: practices, politics, and evidence. In: Zinsstag, Estelle (Ed.): Conferencing and restorative justice. Oxford: Oxford University Press 2012, Pp. 117-135.
- Daubach, Helia Verena: Härteleistungen für Opfer extremistischer Gewalt. In: Bonner Rechtsjournal 2014, S. 47-49.
- Degenhart, Thomas: Die Genugtuungsfunktion des Schmerzensgeldes in § 253 BGB. Bielefeld: Giesecking 2011 (Schriften zum deutschen, europäischen und vergleichenden Zivil-, Handels- und Prozessrecht; 253)
- Dehn, Claudia: Gelingende soziale Dienstleistung. Wie Qualität handlungsleitend wird. In: TOA-Magazin 03 / November 2014, S. 7-11.
- Delattre, Gerd: Der Täter-Opfer-Ausgleich - die Praxis eines anderen Umgangs mit Straftaten. In: Senghaus, Paul (Hrsg.): Mediation und Polizei. Rothenburg/Oberlausitz: Hochschule d, Sächsischen Polizei 2010, S. 81-102.

- Delattre, Regina: Vier Jahre Servicetelefon. Erfahrungen und Erkenntnisse. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 12-15.
- Detter, Klaus: Der Verteidiger und der Täter-Opfer-Ausgleich: Probleme des § 46 a StGB. In: Festschrift für Volkmar Mehle. Baden-Baden: Nomos 2009, S. 157-176.
- Deutsch, Erwin: Deliktsrecht: unerlaubte Handlungen, Schadensersatz, Schmerzensgeld. 6. Aufl. München: Vahlen 2014.
- De Vries, Tina (Hrsg.): Mediation als Verfahren konsensualer Streitbeilegung: Die deutsche, polnische und ukrainische Perspektive. Berlin u.a.: Lang 2012.
- Dhondt, Davy / Ehret, Beate / Fellegi, Borbála / Szegő, Dóra: Implementing Peacemaking Circles in Europe: a European Research Project. In: European Forum for Restorative Justice (Ed.): Newsletter, Volume 14, Printed Version. Leuven 2013, Pp. 8-11.
- Dinnebier, Jeannine: Opferentschädigung als Sozialleistungstatbestand. Hochschulschrift: Jena, Universitätsdissertation 2013.
- Doak, Jonathan: England/Wales [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 203-226.
- Dobiejewska, Elizbeta: Die Umsetzung der Idee von Restorative Justice in Polen. In: De Vries, Tina (Hrsg.): Mediation als Verfahren konsensualer Streitbeilegung: Die deutsche, polnische und ukrainische Perspektive. Berlin u.a.: Lang 2012, S. 155-166.
- Dobrava, Birgit / Franke, Michaela: Bayern. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 29-30 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].
- Dölling, Dieter: Zur Legalbewährung nach Täter-Opfer-Ausgleich im Erwachsenenstrafrecht. In: Jahn, Matthias / Kudlich, Hans / Streng, Franz (Hrsg.): Strafrechtspraxis und Reform: Festschrift für Heinz Stöckel zum 70. Geburtstag. Berlin: Duncker & Humblot 2010, S. 349-360.
- Dölling, Dieter: Täter, Opfer und Verfassung. In: Verfassungsvoraussetzungen Hrsg. von Michael Anderheiden u.a.. Tübingen: Mohr Siebeck 2013, S. 649-660.
- Dölling, Dieter / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Täter, Taten, Opfer: Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle. Mönchen-Gladbach: Forum Verlag Godesberg 2013.
- Döring-Striening, Gudrun: Kindesmissbrauch und Opferentschädigung: aus juristischer Sicht. In: Der medizinische Sachverständige 108, 2012, 2, S. 70-77.
- Döring-Striening / Gudrun (Hrsg.): Opferrechte: Handbuch für den Opferanwalt. Baden-Baden: Nomos 2013, 338 S.

- Doerner, William G. / Lab, Steven P.: *Victimology*. 6. ed. Burlington, Mass: Anderson; Amsterdam, Heidelberg et al.: Elsevier 2012, 470 S.
- Domenig, Claudio: *Restorative Justice: vom marginalen Verfahrensmodell zum integralen Lebensentwurf*. In: *Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich* 2011, 41, S. RJ-1 - RJ-10.
- Domenik, Claudio: *Switzerland: [Country Report]*. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 909-940.
- Drake, Deborah H. / Henley, Andrew J.: "Victims" vs. "Offenders" in British Political Discourse: The Construction of a False Dichotomy. In: *The Howard Journal of Criminal Justice* 53, 2014, No. 2, Pp. 141-157.
- Drenkhahn, Kirstin: *Einige Gedanken zur Reue im Strafrecht. Zugleich eine Besprechung des Buches „Remorse, Psychological and Jurisprudential Perspectives“ von Michael Proeve und Steven Tudor, Farnham 2010*. Besprechungsaufsatz in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 97, Heft 4, 2014, S. 305-309.
- Dudek, Manuela: *Psychische Folgeschäden bei Delinquenzopfern. Generalisierbares Wissen und individueller Nachweis*. In: Pollähne, Helmut / Rode, Irmgard (Hrsg.): *Opfer im Blickpunkt – Angeklagte im Abseits? Probleme und Chancen zunehmender Opferorientierung auf die Verletzten in Prozess, Therapie und Vollzug*. Berlin u.a.: Lit Verlag 2012, S. 121-127.
- Dünkel, Frieder / Păroșanu, Andrea: *Germany [Country Report]*. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 291-322.
- Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, 1076 Pp. (Studies on Prisons, Juvenile Justice and Criminology, Vol. 50/1-2).
- Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip: *Comparative Overview*. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 977-1075.
- Dussich, John P. (Ed.): *The promise of restorative justice: new approaches for criminal justice and beyond*. Boulder, Colorado et al.: Lynne Rienner 2010, 275 Pp.
- Ehret, Beate: *Friedenszirkel als Modell der Restorative Justice im Strafvollzug: Wiederherstellung von Gerechtigkeit?* In: *TOA-Magazin: die Fachzeitschrift zum Täter-Opfer-*

- Ausgleich. Köln: Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung 2013, 01, S. 36-40.
- Eisele, Jörg: Der Gütegedanke im Strafprozess, das Element der Freiwilligkeit und seine Europäische Perspektive. In: Althammer, Christoph / Eisele, Jörg / Ittner, Heidi / Löhnig, Martin: Grundfragen und Grenzen der Mediation. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag 2012, S. 27-46.
- Eisele, Jörg: Freiverantwortliches Opferverhalten und Selbstgefährdung. In: Juristische Schulung, Zeitschrift für Studium und Referendariat 52, 2012, 7, S. 577-584.
- Eisenberg, Ulrich: Rezension des Buches von Gabriele Klocke „Entschuldigung und Entschuldigungsannahme im Täter-Opfer-Ausgleich“. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 24 (2013), Heft 4, S. 427-428.
- Elliott, Elizabeth M.: Security, with Care: Restorative Justice and Healthy Societies. Halifax et al.: Fernwood Publishers 2011, 239 Pp.
- Ellis, Tom (Ed.): Debates in Criminal Justice: Key Themes and Issues. London et al.: Routledge 2012, 269 Pp.
- Emerson, Geoff: Restorative Justice (Wiederherstellung des Rechtsfriedens) in der Strafjustiz für Erwachsene: Wie geht es weiter im Vereinigten Königreich? In: Zeitschrift für die Soziale Strafrechtspflege 18, 2010, 47, S. 23-30.
- Enright, Robert D. / Fitzgibbons, Richard P.: Forgiveness Therapy: An Empirical Guide for Resolving Anger and Restoring Hope. Washington, DC: American Psychological Association 2014.
- Fabian, Karin: „Magic Moments“ im Jugend-TOA. Offenherzig und ehrlich – Ein ganz persönlicher Bericht aus der Praxis. In: TOA-Magazin, Nr.01, April 2014, S. 13-15.
- Fernandez, Marilyn: Restorative Justice for Domestic Violence Victims: an Integrated Approach to their Hunger for Healing. Lanham, MD. Et al.: Lexington Books 2010. 196 Pp.
- Fikentscher, Wolfgang: Law and Anthropology. Second Edition. Baden-Baden: Nomos 2014 (660 Pp).
- Filipčič, Katja: Slovenia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 829-854.
- Foth, Rebecca: Der Täter-Opfer-Ausgleich: Eine Chance für Opfer und Täter? Hamburg: GRIN Verlag 2011 (Elektronische Ressource).
- Franke, Michaela: Abschied vom Begriff 'Täter-Opfer-Ausgleich'? In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 49 [Bericht aus einer Arbeitsgruppe, mit befürwortender Stellungnahme des Vereins *Tatausgleich und Konsens e.V.*]

- Freund, Madeleine: Die Weisungsgebundenheit der Rechtsanwälte von Verletzten und Zeugen. Hamburg: Verlag Kovač 2014.
- Frey, Dieter / Graupmann, Verena: Konfliktmediation: Erfolgsfaktoren aus der Sicht der Sozialpsychologie und der Psychologie des Überzeugens. In: Zeitschrift für Konfliktmanagement 15, 2012, 4, S. 127-131.
- Fricke, Lioba: Gerichtliche Mediation in Strafvollzugssachen: Evaluation eines alternativen Modells von Konfliktbearbeitung als qualitative Rekonstruktion erlebter Wirkung. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 96, 2013, Heft 5, S. 371-381.
- Fromm, Ingo E.: Vergütung des Strafverteidigers für Bemühungen zur Schadenswiedergutmachung. In: Neue juristische Wochenschrift 66, 2013, 24, S. 1720-1722.
- Frommel, Monika: Opferschutz ohne Konzept. In: Strafverteidigervereinigungen (Hrsg.): Alternativen zur Freiheitstrafe. Dokumentation des 36. Strafverteidigertages vom 16.-18. März 2012. Berlin: Eigenverlag der Strafverteidigervereinigungen 2013, S. 91-114 (Schriftenreihe, Band 36).
- Fricke, Lioba: Gerichtliche Mediation in Strafvollzugssachen: Evaluation eines alternativen Modells von Konfliktbearbeitung als qualitative Rekonstruktion erlebter Wirkung. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 96 (2013), 5, S. 371-381.
- Früchtel, Frank: Muss Strafe sein? Gerechtigkeit geht auch anders! Eine Einführung in Restorative Social Work. Sozialmagazin 36, 2011, 1, S. 34-42.
- Funken, Timo: Gerichtliche Mediation in Strafvollzugssachen: Eine wertende sozialwissenschaftliche Betrachtung aus der Sicht eines Inhaftierten. In: Informationsdienst Straffälligenhilfe 19, 2011, 3, S. 37-40.
- Gage-Lindner, Nancy: Verantwortung des Gesundheitssektors für Opfer von Gewalt: für eine Änderung von § 294a SGB V. In: Streit 32 (2014), S. 107-108.
- Gahlen, Margarete von: „Parallel Justice“ für Opfer von Straftaten: ein Verfahren mit „Opfervermutung“ außerhalb des Strafrechts. In: Strafverteidiger 33 (2013), S. 171-178.
- Gal, Tali: Child Victims and Restorative Justice: a Needs-Rights Model. New York: Oxford University Press 2011, 240 Pp.
- Gal, Tali / Moyal, Shomron: Juvenile Victims in Restorative Justice: Findings from the Reintegrative Shaming Experiments. The British Journal of Criminology 51, 2011, 6, Pp. 1014-1034.
- Gappmayer, Wolfgang: Opferbegriff und juristische Prozessbegleitung in der StPO. Wien: Manz 2013, XXXIII, 149 S.
- Gavrielides, Theo / Artinopoulou, Vasso (Eds.): Reconstructing Restorative Justice Philosophy. Farnham, Surrey: Ashgate, 2013.
- Gavrielidis, Theo (Ed.): A Victim-Led Criminal Justice System: Addressing the Paradox. London: IARS Publications 2014.

- Gelber, Claudia: Opferbezogene Vollzugsgestaltung: Theoretische Perspektiven und Wege ihrer praktischen Umsetzung. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 335-348.
- Gelber, Claudia / Walter, Michael: Über Möglichkeiten einer opferbezogenen Vollzugsgestaltung. In: Forum Strafvollzug 61, 2012, 3, S. 171-174.
- Geraats, Martin: Doppelbestrafungsverbot und Sportverbandsgerichtsbarkeit: das Sportverbandsgerichtsverfahren als Täter-Opfer-Ausgleich. Hamburg: Kovac, 2013 (Schriftenreihe Strafrecht in Forschung und Praxis; 274).
- Giehring, Heinz: Die Belange der Opfer vorsätzlichen groben Justizunrechts und die Definition und Verfolgung von Rechtsbeugung. In: Zöller, Mark A. u.a. (Hrsg.): Gesamte Strafrechtswissenschaft in internationaler Dimension. Berlin: Duncker & Humblot 2013, S. 699-727.
- Giménez-Salinas, Esther / Salesch, Samantha / Toro, Lara: Spain [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 855-890.
- Ginter, Jaan: Estonia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 227-244.
- Giovanoglou, Sofia: Greece [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 323-358.
- Gläßer, Ulla / Schroeter, Kirsten (Hrsg.): Gerichtliche Mediation: Grundsatzfragen, Etablierungserfahrungen und Zukunftsperspektiven. Baden-Baden: Nomos 2011, 439 S.
- Görgen, Thomas: Zum Stand der internationalen viktimologischen Forschung. In: Barton, Stephan / Kölbl, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 89-109.
- Göttke, Delia: Die Frage der Finanzierung – ein Aufruf. In: TOA-Magazin, Nr.01, April 2014, S. 5-9.
- Gombots, Roland / Pelikan, Christa: Austria [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 13-44.

- Grafl, Christian: Die Sanktionspraxis in Österreich im Wandel der Zeit. In: Pilgermair, Walter (Hrsg.): Wandel in der Justiz. Wien: Verlag Österreich 2013, S. 177-195 (Speziell zur Diversion nach StPO, einschließlich Tatausgleich, s. S. 187ff.)
- Greve, Werner u.a.: Bewältigung krimineller Opfererfahrungen: Entwicklungsfolgen und Entwicklungsreaktion. In: Barton, Stephan /Kölbel, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 263-288.
- Grüner, Thomas: Der Täter-Opfer-Ausgleich. In: Schröder, Achim / Rademacher, Helmholt / Merkle, Angela (Hrsg.): Handbuch Konflikt- und Gewaltpädagogik: Verfahren für Schule und Jugendhilfe. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag 2011, S. 121-133.
- Guckelberger, Annette / Gard, Andre: Polizeiliche Wohnungsverweisung bei freiwilligem Verlassen der Wohnung durch das Opfer? In: Neue Juristische Wochenschrift 67 (2014), S. 2822-2828.
- Haas, Ute Ingrid: Das Kriminalitätsoffer. In: AK HochschullehrerInnen Kriminologie / Straffälligenhilfe in der Sozialen Arbeit (Hrsg.): Kriminologie und Soziale Arbeit. Ein Lehrbuch. Weinheim und Basel: Beltz Juventa 2014, S. 242-262.
- Haft, Fritjof / Schlieffen, Katharina von (Hrsg.): Handbuch Mediation - Verhandlungstechnik, Strategien, Einsatzgebiete. 2. Auflage. München: C. H. Beck 2009. - XXIII, 1350 S.
- Hagemann, Otmar: Exploring and Understanding Victim Empathy. In: Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course. Mönchengladbach 2014, S. 223-248 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Hagemann, Otmar: Restorative Justice: Der Weg zu Heilung und sozialem Frieden. In: Evangelische Stimmen: Forum für kirchliche Zeitfragen in Norddeutschland 2014, Heft 4, S. 40-45.
- Hagemann, Otmar / Lummer, Ricarda: Restorative Justice: auch das Unübersetzbare braucht klare Begriffe. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 45, S. 28-35.
- Hagenmaier, Martin: Heilende Gerechtigkeit: Restorative Justice Programm inspiriert von christlichen Vorstellungen und Gedanken. In: Evangelische Stimmen: Forum für kirchliche Zeitfragen in Norddeutschland 2014, Heft 3, S. 10-20.
- Hamel, Roman: Strafen als Sprechakt: die Bedeutung der Strafe für das Opfer. Berlin: Duncker & Humblot 2009 (Schriften zum Strafrecht, Band 208).
- Hansen, Hauke: Die Rückgewinnungshilfe: die Vermögensabschöpfung gemäß § 111 ff. StPO zugunsten der Geschädigten unter besonderer Berücksichtigung des Spannungsverhältnisses zwischen Strafprozess- und Insolvenzrecht in der Insolvenz des Täters. Baden-Baden: Nomos 2013.

Hartmann, Arthur: Die neue TOA-Statistik. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2010, 39, S. 20-23.

Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich als Präventionsmodell bei Nahraumgewalt gegen betagte Menschen? In: Landespräventionsrat NRW (Hrsg.): Gewalt und Vernachlässigung gegenüber alten Menschen: Entstehungsbedingungen und Wege wirksamer Prävention. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft 2010, S. 176-197.

Hartmann, Arthur: TOA im Strafvollzug: zwischen Anspruch und Wirklichkeit; Ergebnisse des MEREPS-Projektes. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 44, S. 26-33.

Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich – Aktuelle Perspektiven. In: Dölling, Dieter / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Täter – Taten – Opfer. Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2013, S. 252-268.

Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich im Strafvollzug: Ergebnisse des MEREPS-Projektes. In: Bewährungshilfe 60, 2013, 1, S. 39-55.

Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich in der Entwicklung. In: Kriminologie - Kriminalpolitik - Strafrecht: Festschrift für Hans-Jürgen Kerner zum 70. Geburtstag. Tübingen: Mohr Siebeck 2013, S. 591-603.

Hartmann, Arthur / Steengrefe, Felix: Das Mediationsgesetz und der Täter-Opfer-Ausgleich. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich, Nr. 43, 2012, S. 27-32.

Hartmann, Arthur / Haas, Marie / Steengrefe, Felix: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland: TOA neben dem TOA? Die ambivalente Entwicklung des TOA in Deutschland. In: TOA-Magazin 2013, Nr. 2, Dezember 2013, S. 9-15.

Hartmann, Arthur / Haas, Marie: The Victims' Directive and Restorative Justice in Germany. In: Gavrielidis, Theo (Ed.): A Victim-Led Criminal Justice System: Addressing the Paradox. London: IARS Publications 2014. Pp. 119-141.

Hartmann, Arthur / Haas, Marie / Eikens, Anke / Kerner, Hans-Jürgen: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland. Auswertung der bundesweiten Täter-Opfer-Ausgleichs-Statistik für die Jahrgänge 2011 und 2012. Bericht für das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014. IX und 194 Seiten. Die Online-Ausgabe ist als Elektronische Ressource kostenlos abrufbar unter: http://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/TOA_Deutschland_2011.pdf?__blob=publicationFile.

Haselbacher, Christine: "Widen the Circle!" "Ask the Family!" (Family Group Conference). St. Pölten: Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung 2012 (Präsentation, 11 Seiten).

Hausmann, Rüdiger: Der TOA analysiert durch die Transaktionsanalyse (TA). In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 9-14.

- Hayden, Carol / Gough, Dennis: Implementing restorative justice in children's residential care. Bristol: Policy Press 2010, 136 Pp. (Researching criminal justice series).
- Hayes, Hennessey: Agreements in Restorative Justice Conferences: Exploring the Implications of Agreements for Post-Conference Offending Behaviour. *British Journal of Criminology* 54, 2014, S. 109-127.
- Heinz, Wolfgang: Alte Menschen als Tatverdächtige und als Opfer. Ergebnisse einer Sonderauswertung der neuen Polizeilichen Kriminalstatistik. In: Baier, Dirk / Mößle, Thomas (Hrsg.): *Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag*. Baden-Baden: Nomos 2014, S. 239-259.
- Hellmann, Deborah F. / Bartsch, Tillmann: Berücksichtigung der Belange von Betroffenen sexuellen Missbrauchs im Opferentschädigungsgesetz: Gleiches Recht für alle? In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 97 (2014), S. 131-149.
- Hennig, Jonas: Mediation als rationaler Diskurs. Überpositive Legitimation der Mediation und Vergleich zum Gerichtsprozess am Maßstab der Alexyschen Diskurstheorie. Berlin: Duncker & Humblot 2014 (Schriften zur Rechtstheorie, Band 275).
- Hilgartner, Christian: Eltern im Täter-Opfer-Ausgleich. In: *Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich* 2013, Nr. 46, S. 11-16.
- Hillenstedt, Veronika / Hünken, Arend: Niedersachsen. In: *TOA-Magazin* Nr. 01, April 2014, S. 33-34 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].
- Höffler, Katrin: Prävention durch Wiedergutmachung: das Münchner Graffiti-Projekt. In: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* 21, 2010, 1, S. 33-44.
- Höynck, Theresia / Leuschner, Friedericke: Das Jugendgerichtsbarometer: Einblicke in die Rechtswirklichkeit des § 37 JGG sowie in die Nutzung ambulanter Maßnahmen durch die Justiz. In: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* 25, Heft 4, 2014, S. 364-371. [Befund zur Nutzung von TOA auf S. 367-368].
- Hofinger, Veronika / Neumann, Alexander: Legalbewährung nach Diversion und Bewährungshilfe. In: *Neue Kriminalpolitik* 22, 2010, 1, S. 32-34.
- Hofmann, Rainer: Opferhilfe in der polizeilichen Ausbildung. In: *Die Kriminalpolizei* 2010, Heft 3, S. 4-6.
- Hoppe, Ramona / Heubrock, Dietmar: Osteuropäische Stalking-Opfer in Deutschland: Kultureller Hintergrund, Viktimologie, Anzeigeverhalten und Lösungen. In: *Kriminalistik* 67 (2013), S. 676-679.
- Horrer, Kathrin: Restorative Justice im Strafrecht: Eine vergleichende Analyse von Konzeptionen des Konfliktausgleichs und deren Verwirklichung in Deutschland, Österreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, Australien und Belgien. Tübingen: TOBIAS-lib 2014. Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie, Band 26. Elektronische Ressource.

- Horstmeier, Gerrit: Das neue Mediationsgesetz: Einführung in das neue Mediationsgesetz für Mediatoren und Medianden. München: C. H. Beck 2013. 228 S.
- Hotta, Akiko: Täter-Opfer-Ausgleich bei häuslicher Gewalt. Frankfurt und Leipzig: Online-Ressource 2010, 112 S. <http://d-nb.info/1004215533>.
- Hoven, Elisa: Ideal und Wirklichkeit der Opferbeteiligung im Völkerstrafverfahren. In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik (ZIS) 9, 2014, Ausgabe 13, S. 679-703. [Elektronische Ressource].
- Hoyle, Carolyn (Ed.): Debating Restorative Justice. London: Taylor and Francis. 1. The rise of restorative justice. 2010, 308 Pp.; 2. Restorative practices on the international stage. 2010, 403 Pp.; 3. The promise of restorative justice. 2010, 499 Pp.; 4. Stumbling blocks on the road to a restorative jurisprudence. 2010, 512 Pp.
- Hoyle, Carolyn: Victims, Victimisation and Restorative Justice. In: Maguire, Mike / Morgan, Rod, Reiner, Robert (Eds.): The Oxford Handbook of Criminology. Oxford: Oxford University Press 2012.
- Hüncken, Arend: Standard-Tanker und TOA-Boote: Zur Veröffentlichung der Neuauflage der TOA-Standards. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 21, 2010, 3, S. 320-323.
- Isfen, Osman: Der „Repräsentant des Staates“ als Opfer der Straftat – strafschärfend, strafmildernd oder unrechts- und schuldneutral? Zugleich Anmerkung zu BGH HRRS 2014, Nr. 28. In: HRRS 15 (2014), H. 3, S. 88-92. Elektronische Ressource.
- Ittner, Heidi: Grundfragen der Mediation aus psychologischer Sicht. Umgang mit Machtungleichgewichten, Emotionen und erlebten Ungerechtigkeiten. In: Althammer, Christoph / Eisele, Jörg / Ittner, Heidi / Löhnig, Martin: Grundfragen und Grenzen der Mediation. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag 2012, S. 47-64.
- Jacob, Oliver: "Die Schere im Kopf": die Entwicklung der Fallzuweisungen beim TOA in Berlin JGG. Der Versuch einer Ursachenforschung. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2, 2011, 42, S. 10-15.
- Jacob, Oliver: Berlin. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 30-31 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].
- Jacobsson, Maritha / Wahlin, Lottie / Andersson, Tommy: Victim-offender mediation in Sweden: is the victim better off? In: International Review of Victimology 18, 2012, 3, Pp. 229-249.
- Jäger, Ralf: Kein Opfer einer Straftat darf vergessen werden. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 123-125.
- Jarosch, Boris: Betroffenenorientierung. Der Stand der Dinge aus meiner Sicht. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 22.

- Jervis, Bernard: Restoring Ordinary Relations. In: Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course. Mönchengladbach 2014, S. 275-294 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Jesionek, Udo: Modellversuch ATAT für Jugendliche. Das Linzer Modell (Oral)History – ein sehr persönlicher Bericht. In: Lederbauer, Christine (Hrsg.): Kriminalität, Gesellschaft und Recht. Linz: Trauner Verlag 2013, S. 79-88.
- Johnstone, Gerry: Restorative justice: ideas, values, debates. 2. ed. London u.a.: Routledge 2011.
- Kammerer, Corinna: Scheckbuchjournalismus im Medienstrafrecht: Zu den Auswirkungen eines Exklusivvertrages auf die Verfahrensbeteiligten, die strafzumessungsrechtlichen Gesichtspunkte und die Frage nach der Einführung gesetzlicher Regelungen zum Schutze der Opfer. Duisburg: WiKu Verlag für Wissenschaft und Kunst 2014.
- Karliczek, Kari-Maria: Möglichkeiten der Einflussnahme auf Viktimisierungsprozesse. Jugendliche Opfer von Jugendgewalt. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich Nr. 40, Dezember 2010, S. 27-37.
- Kaspar, Johannes / Weiler, Eva / Schlickum, Gunter: Der Täter-Opfer-Ausgleich: Recht – Methodik - Falldokumentation. München: C. H. Beck, 2014, 247 Seiten.
- Keenan, Marie / Zinsstag, Estelle: Restorative Justice and Sexual Offences: Can “Changing Lenses” be Appropriate in this Case Too? In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 97, 2014, S. 93-106.
- Kempfer, Jacqueline: Das Adhäsionsverfahren. Ein Dauerpatient der Strafrechtspflege und sein Verhältnis zum Täter-Opfer-Ausgleich. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2010, 39, S. 7-13.
- Kerner, Hans-Jürgen: „Wiedergutmachen“ und „Wiederherstellen“. Zur Stellung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Deutschland im übergreifenden Feld von Mediation und Restorative Justice. In: Dethloff, Nina u.a.: Freiwilligkeit, Zwang und Gerechtigkeit im Kontext der Mediation. Europäische und deutsche Perspektiven. Frankfurt a. M.: Wolfgang Metzner Verlag 2013, S. 87-108.
- Kerner, Hans-Jürgen: Establishing new minimum standards on the rights, support and protection of victims of crime (Directive 2012/29/EU): a promising step also for the further development of restorative justice initiatives and institutions in Europe. Restorative Justice: An International Journal 1 (2013), Issue 3, Pp. 430-437.
- Kerner, Hans-Jürgen / Eikens, Anke / Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland: Auswertung der bundesweiten Täter-Opfer-Ausgleichs-Statistik für die Jahrgänge 2006 bis 2009, mit einem Rückblick auf die Entwicklung seit 1993; Bericht für das Bundesministerium der Justiz. Mönchengladbach: Forum Verl. Godesberg 2011, 194 Seiten. Die Ausgabe ist als elektronische Ressource kostenlos abrufbar unter: http://www.bmju.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/TOA_Deutschland_2006_2009.pdf?__blob=publicationFile.

- Kerner, Hans-Jürgen / Eikens, Anke / Hartmann, Arthur: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland. Auswertung der bundesweiten Täter-Opfer-Ausgleichsstatistik für den Jahrgang 2010. Bericht für das Bundesministerium der Justiz. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2012, 134 Seiten. Die Ausgabe ist als elektronische Ressource kostenlos abrufbar unter:
http://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/TOA_Deutschland_2010.pdf?blob=publicationFile.
- Kerner, Hans-Jürgen / Weitekamp, Elmar G. M.: Depicting the development on victim-offender mediation. In: Vanfraechem, Inge / Aertsen, Ivo / Willemsens, Jolien (Eds.) Restorative Justice Realities. Empirical Research in a European Context. Den Haag: Eleven International Publishers 2010, Pp. 121-147.
- Kerner, Hans-Jürgen / Weitekamp, Elmar G. M.: Praxis des Täter-Opfer-Ausgleichs in Deutschland. Ergebnisse einer Erhebung zu Einrichtungen sowie zu Vermittlerinnen und Vermittlern. Berlin: Hrsg. Bundesministerium der Justiz 2013. (Reihe „recht“). 154 Seiten. Die Online-Ausgabe ist als Elektronische Ressource kostenlos abrufbar unter:
http://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/TOA_Deutschland_Praxisbericht.pdf?blob=publicationFile.
- Kersten, Anne: Wer ist wirklich Opfer? Entwicklung und Umsetzung der Opferhilfe in der Schweiz aus einer konstruktivistischen und geschlechtersensiblen Perspektive. Zürich: Seismo 2014
- Kersten, Joachim: "Restorative Justice": innovative Ansätze im Umgang mit Konflikten und Gewaltereignissen. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 23, 2012, 2, S. 168-175.
- Kersten, Joachim: Scham, Wut und Maskulinität: Was passiert, wenn Scham in Gewalt umgewandelt wird? In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2013, Nr. 46, S. 27-32.
- Kertai, Benjamin: Sicherheit, Risiko und Opferschutz: Anlässe der Strafgesetzgebung und Möglichkeiten wissenschaftlicher Einflussnahme. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang 2014.
- Kespe, Hans Christian: Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung: ein Beitrag zur Dogmatik von § 46a StGB unter besonderer Berücksichtigung steuerstrafrechtlicher Fragestellungen. Berlin: Duncker & Humblot 2011, 402 S.
- Khairi-Taraki, John: Strafe, Canetti und der TOA. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 19-22.
- Kikelis, Skirmantas / Sakalauskas, Gintautas: Lithuania [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 461-484.

- Kilchling, Michael: Entwicklungsperspektiven für den Täter-Opfer-Ausgleich nach der neuen EU-Opferrichtlinie: Recht auf TOA? In: TOA-Magazin Nr..02 / September 2014, S. 36-39.
- Kilchling, Michael: Ein Hoch auf Christa Pelikan! Kurzfassung der Laudatio bei der Verleihung des Restorative Justice Awards in Belfast. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 53-54.
- Kim, Boram: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland im Vergleich zu Südkorea. Hamburg: Kovač 2012, XVI und 280 S.
- Kirkwood, Steve: Restorative justice cases in Scotland: Factors related to participation, the restorative process, agreement rates and forms of reparation. In: European Journal of Criminology 7, 2010, 2, Pp. 107-122.
- Klengel, Jürgen Detlef W.: Der anwaltliche Zeugenbeistand im Strafverfahren. In: Neue Juristische Wochenschrift 64, 2011, 1/2, S. 23-28.
- Klocke, Gabriele: Entschuldigung und Entschuldigungsannahme im Täter-Opfer-Ausgleich: Eine soziolinguistische Untersuchung zu Gesprächsstrukturen und Spracheinstellungen. Frankfurt am Main: Peter Lang 2013, 383 S.
- Knepper, Paul / Doak, Jonathan / Shapland, Joanna (Eds.): Urban Crime Prevention, Surveillance, and Restorative Justice: Effects of Social Technologies. Boca Raton: CRC Press 2012, 248 Pp.
- Knust, Nandor: Strafrecht und Gacaca. Die Entwicklung eines pluralistischen Rechtsmodells am Beispiel des ruandischen Völkermords. Berlin: Duncker & Humblot 2013.
- Kölbel, Ralf: Opfergenugtuung oder rehabilitative Idee? Ringpublikationsprojekt „Präventionsorientierte Zurechnung?“ (Teil 5). In: Strafverteidiger 24, Heft 11, 2014, S. 698-705.
- Kölbel, Ralf / Bork, Lena: Sekundäre Viktimisierung als Legitimationsformel. Berlin: Duncker & Humblot 2012 (Schriften zum Strafrecht; 230)
- Königshofer, Michael (Red.): Österreich Corner. Mediation im Strafrecht. In: Info-dienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2010, 39, S. 42-45.
- Kohner-Kahler, Christian: Victim goes Superstar – eine kritische Lektüre des Opfers. Neue Kriminalpolitik 25 (2013), Heft 2, S. 166-183.
- Koval, Roman / Pylypiv, Nataliya: Ukraine [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 969-996.
- Krahé, Barbara: Soziale Reaktionen auf primäre Viktimisierung: Zum Einfluss stereotyper Urteilsmuster. In: Barton, Stephan /Kölbel, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 159-176.

- Krause, Manfred: Gerichtliche Mediation im Strafvollzug: Bericht über ein wissenschaftlich begleitetes Projekt an der JVA Tegel mit positivem Ergebnis. In: *Betrifft Justiz* 28, 2012, 110, S. 297-299.
- Kronberga, Ilona: Latvia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 439-460.
- Kury, Helmut / Kuhlmann, Annette: Is Punishment the Best Way to Reduce Crime – How Important are Alternatives. In: Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): *Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course*. Mönchengladbach 2014, S. 329-350 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Ladenburger, Petra: Strukturelle und praktische Defizite der institutionalisierten Opferhilfe in Deutschland. In: Barton, Stephan / Kölbl, Ralf (Hrsg.): *Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 289-299.
- Langfeldt, Thore: New perspectives in sex offender treatment: restorative justice, legal questions and humanistic traditions as challenges to therapy. Lengerich: Pabst 2010 (IATSO Kongressdokument Nr. 11).
- Lažetic-Bužarova, Gordana: Macedonia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 485-512.
- Lederer, Daniel: Opfererfahrungen im fortgeschrittenen Alter. KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) Österreich. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): *Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 259-267.
- Leube, Konrad: Beschneidung von männlichen Kindern und Opferentschädigung. In: *ZFSH/SGB*, 52, 2013, 2, S. 81-86.
- Leuschner, Friederike / Schwanengel, Colin (Hrsg.): *Hilfen für Opfer von Straftaten: Ein Überblick über die deutsche Opferhilfandschaft*. Wiesbaden: Kriminologische Zentralstelle 2014 (Online-Ressource).
- Levad, Amy: *Restorative justice: theories and practices of moral imagination*. El Paso: LFB Scholarly Publishers 2012, 300 Pp.
- Lingelbach, Sonja: Rheinland-Pfalz. In: *TOA-Magazin* Nr. 01, April 2014, S. 34-36 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?]
- Lippelt, Ira / Schütte, Daniela: Innenansichten und Wirkungsforschung zum Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendstrafrecht: die Zufriedenheit von Opfern und Tätern mit "ihrer"

- Mediation der Jugend- und Konflikthilfe der Landeshauptstadt Hannover. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft 2010 110 S.
- Löhnig, Martin: Über schariatische „Friedensrichter“, „Schülergerichte“ und die Strukturmerkmale des Rechtsstaates. In: Althammer, Christoph / Eisele, Jörg / Ittner, Heidi / Löhnig, Martin: Grundfragen und Grenzen der Mediation. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag 2012, S. 65-76.
- London, Ross: Crime, punishment and restorative justice: from the margins to the mainstream. Boulder, CO et al.: First Forum Press 2011, 378 Pp.
- Lüth, Mirka: Eindrücke von der Abschlusskonferenz zum EU-Projekt 'Restorative Justice at Post-Sentencing Level; Supporting and Protecting Victims'. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 51-52.
- Lummer, Ricarda (Hrsg.): Restorative justice - a victim perspective and issues of cooperation. Kiel: Schleswig-Holsteinischer Verband für Soziale Strafrechtspflege; Straffälligen- und Opferhilfe e.V. u.a. 2012, 231 S. (Schriftenreihe "Soziale Strafrechtspflege"; 2).
- Lummer, Ricarda (Hrsg.): Restorative justice - a European and Schleswig-Holsteinian perspective = Restorative justice. Kiel: Schleswig-Holsteinischer Verband für Soziale Strafrechtspflege; Straffälligen- und Opferhilfe e.V. u.a. 2011, 246 S.
- Lundgaard, Jenny Maria: Norway [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 603-622.
- Luras, Krisztina: It's not always black or white: An explorative study on the psychology of reconciliation, based on South-African experiences. Saarbrücken: LAP LAMBERT Academic Publishing 2013. Online-Resource.
- Lurf, Elisabeth: Opferschutz im Strafverfahren auf internationaler und nationaler Ebene. Wien [u.a.]: NWV, Neuer Wiss. Verlag 2012, 257 S. (Internationale Maßnahmen zum Opferschutz im Strafverfahren und ihre Umsetzung in Österreich unter besonderer Berücksichtigung minderjähriger Opfer sexuellen Missbrauchs).
- Lutz, Tilman: Wiedergutmachung statt Strafe? – Restorative Justice und Täter-Opfer-Ausgleich. In: Dollinger, Bernd / Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2010, S. 405-413.
- März, Olaf: Waffen(-besitz) und Waffenkriminalität m Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheitsanspruch: Waffen und Waffenbesitz aus der Sicht der Legalwaffenbesitzer, der Opfer, der Justiz und des Strafrechts. In: Der Kriminalist 45 (2014), S. 28-34.
- Magsam, Dieter: Die Opfer in völkerstrafrechtlichen Prozessen in Deutschland. In: Völkerstrafrechtspolitik. Berlin: Springer 2014, S. 181-189.

- Maiwald, Manfred: Viktimodogmatik und das Prinzip der Zumutbarkeit – am Beispiel der §§ 177 Abs. 1 Nr. 3 und 240 StGB. In: Heger, Martin / Kelker, Brigitte / Schramm, Edward (Hrsg.). Festschrift für Kristian Kühl zum 70. Geburtstag. München: C. H. Beck 2014, S. 539-552.
- Mann, Roger: Berichterstattung über Ermittlungsverfahren in Online-Archiven. In: Strafverteidigung im Wirtschaftsleben. Köln: Heymann 2014, S. 185-193.
- Matthiesen, Nora: Wiedergutmachung für Opfer internationaler bewaffneter Konflikte: die Rechtsposition des Individuums bei Verletzungen des humanitären Völkerrechts. Münster u.a.: Lit, 2012 (Völkerrecht und Internationale Beziehungen; 5).
- Manozzi, Grazia: Victim-Offender Mediation in Areas Characterized by High Levels of Organized Crime. In: European Journal of Criminology 10, 2, 2013, Pp. 187-205.
- Marklund, Linda: Sweden [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 891-908.
- Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014.
- Maruna, Shadd: Lessons for justice reinvestment from restorative justice and the justice model experience: Some tips for an 8-year-old prodigy. In: Criminology & public policy 10, 2011, 3, Pp. 661-669.
- Marx, Ansgar: Das Prinzip der Freiwilligkeit der Mediation: empirische Daten und notwendige Kurskorrekturen. In: Zeitschrift für Konfliktmanagement 13, 2010, 5, S. 132-136.
- Mayenburg, David von: Die Bemessung des Inkommensurablen: Wege zur Bestimmung des Ersatzes immaterieller Schäden am Beispiel des Schmerzensgelds. Berlin: Duncker & Humblot 2012 (Schriften zum Bürgerlichen Recht; 422).
- McGuirk, Noel: An Evaluation of Restorative Justice in the Youth Justice Framework: Integration or Accommodation within Criminal Justice Policy. Saarbrücken: LAP LAMBERT Academic Publishing 2013. Online-Ressource.
- Mears, Daniel P.: The Role of Information in Changing Offender Behavior, Criminal Justice System Actions, and Policy Maker Decisions. Policy Essay. In: Criminology and Public Policy 13, 2014, Pp. 441-449.
- Meier, Bernd-Dieter: Neues aus Europa? Die Opferschutzrichtlinie der EU. In: Mark A. Zöller u.a. (Hrsg.): Festschrift für Jürgen Wolter. Berlin: Duncker & Humblot 2013, S. 1387-1400.
- Meier, Bernd-Dieter: Schadenswiedergutmachung als Nebenstrafe. In: Neubacher, Frank / Kubink, Michael (Hrsg.): Kriminologie – Jugendkriminalrecht – Strafvollzug. Gedächtnisschrift für Michael Walter, Berlin: Duncker & Humblot, 2014, S. 743 – 758.

- Miles, Helen / Raynor, Peter: Reintegrative Justice in Practice: The Informal Management of Crime in an Island Community. Farnham: Ashgate Publishing Ltd. 2014. Online-Ressource (244 p).
- Miller, Susan L.: After the crime: the power of restorative justice; dialogues between victims and violent offenders. New York, NY et al.: New York University Press 2011, 267 Pp.
- Milles, Heike: Täter-Opfer-Ausgleich. Strafrechtliche Grundlagen und praktische Umsetzung nach den Prinzipien der Mediation. München: GRIN Verlag 2014 (Online-Ressource).
- Milos, Karin: Conferencing-Verfahren: von einer, die auszog, Restorative Justice Conferencing zu erkunden und Family Group Conferencing entdeckte. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2011, 42, S. 31-35.
- Mitsch, Wolfgang: Verspätete Pflichterfüllung, Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung bei § 142 StGB. In: Geisler, Claudius u.a. (Hrsg.): Festschrift für Klaus Geppert zum 70. Geburtstag am 10. März 2011. Berlin: Walter de Gruyter 2011, S. 337-356.
- Myers, David / Aertsen, Ivo (Eds.): Regulating restorative justice: a comparative study of legislative provision in European countries. Frankfurt am Main: Verlag. für Polizeiwissenschaft 2012, 548 S. (Studies in criminology and forensic sciences, Vol. 2).
- Neuner, Jörg: Das Schmerzensgeld:. In: Juristische Schulung 53, 2013, 7, S. 577-585.
- Niemz, Susanne: Urteilsabsprachen und Opferinteressen – in Verfahren mit Nebenklagebeteiligung. Baden-Baden: Nomos 2011. (Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern, Band 49).
- Niemz, Susanne: Opfer und Robenträger im Strafrechtssystem: Über die Erwartungen betroffener Laien und die Strukturzwänge der Professionellen. In: Dölling, Dieter / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Täter – Taten – Opfer. Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2013, S. 269-289.
- Niewiadomski, Józef: Denkkzettel: Opfer und Täter zugleich. Ambivalenz des Alltags und die Zeichen der Zeit. In: Zeitschrift für katholische Theologie 136, 2014, Heft 1/2, S. 82-86.
- Oeming, Manfred: Mediation im Kontext biblischer Rechtsordnungen. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich Nr. 40, Dezember 2010, S. 20-23.
- O'Mahony, David: Criminal justice reform in a transitional context: Restorative youth conferencing in Northern Ireland. In: International Criminal Law Review 12, 2012, 3, Pp. 549-571.
- O'Mahony, David / Doak, Jonathan: Restorative justice and criminal justice: theory, law and practice. Oxford: Hart 2013, 288 Pp.
- O'Mahony, David: Northern Ireland [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters

- in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 567-602.
- Outlaw, Maureen C.: Realizing the Promise of Restitution. Editorial Introduction. In: *Criminology and Public Policy* 13, 2014, Pp. 401-404.
- Pagée, Rob van / Lieshout, Jan van / Wolthuis, Annemieke: Most things look better when arranged in a circle: family group conferencing empowers societal developments in the Netherlands. In: Zinsstag, Estelle (Ed.) *Conferencing and restorative justice*. Oxford: OUP 2012, Pp. 217-230.
- Palmer, Nicola (Ed.): *Critical perspectives in transitional justice*. Cambridge et al.: Intersentia 2012, 502 Pp. (Series on Transitional Justice, Vol. 8).
- Park, Tido: Der Zeugenbeistand im Strafverfahren. In: *Festschrift für Friedrich Dencker zum 70. Geburtstag*. Tübingen: Mohr Siebeck. 2012, S. 232-248.
- Parmentier, Stephan / Weitekamp, Elmar G. M.: Dealing with war crimes in Bosnia: retributive and restorative options through the eyes of the population. In: Crawford, Adam (Ed.): *International and Comparative Criminal Justice and Urban Governance. Convergence and Divergence in Global, National, and Local Settings*. Cambridge, UK: Cambridge University Press 2011, Pp. 140-167.
- Păroșanu, Andrea: Romania [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): *Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 576-704.
- Pelikan, Christa: Der (österreichische) Außergerichtliche Tatausgleich (ATA) bei Gewaltstraftaten in Paarbeziehungen: Replikation einer empirischen Studie nach 10 Jahren, oder: Die Männer werden nicht besser, aber die Frauen werden stärker - stimmt das noch so? In: *Streit: feministische Rechtszeitschrift* 28 (2010), 1, S. 17-24.
- Pelikan, Christa: Restorative Justice – (m)ein Weg: von der Konfliktregelung in Jugendstrafsachen zum RJ-Verfahren bei Gewaltstraftaten in Paarbeziehungen und zur RJ in interkulturellen Konflikten. In: *Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich* 2012, 43, S. RJ-19 - RJ-26.
- Penner, Swetlana: Was passiert mit Tätern und Opfern während des Ausgleichsgeschehens? Mögliche Gedanken von TOA-Beteiligten im Dialog. In: *Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich* Nr. 45, Dezember 2012, S. 15-19.
- Pereira, Sónia Sousa: Restorative Justice: neue Impulse durch Gefühle. In: *Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich* 2012, 45, S. RJ-35 - RJ-42.
- Perrier, Camille: *La médiation en droit pénal suisse: étude de la législation suisse relative à la médiation pénale à la lumière des droits français, allemand et belge*. Bâle: Helbing Lichtenhahn 2011, 395 Pp.

- Peter, Frank K.: Der Strafverteidiger als Opferanwalt – Systembruch oder: Wer kann und soll Opfer fachgerecht vertreten? Ein Plädoyer für eine fachgerechte Opfervertretung und die Einführung eines Fachanwalts für Opferrechte. In: Strafverteidiger-Forum. Bonn: Dt. Anwaltverlag 2013, 5, S. 199-203.
- Peter, Frank K.: Verbesserung der Stellung des Opfers im Strafverfahren: unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Rechte des Beschuldigten. Hamburg: Kovač 2014.
- Petzold, Frauke: Eindrücke von der Konferenz „Beyond Crime: Pathways to Desistance, Social Justice and Peacebuilding“ in Belfast. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 35-36.
- Pfeiffer, Christian: Parallel Justice – warum brauchen wir eine Stärkung des Opfers in der Gesellschaft? In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 179-205.
- Picotti, Lorenzo / Flor, Roberto / Mattevi, Elena / Salvadori, Ivan: Italy [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 405-438.
- Pielsticker, Susanne: 46a StGB - Revisionsfalle oder sinnvolle Bereicherung des Sanktionenrechts? Berlin: Duncker & Humblot 2011, 197 S.
- Pilmancek, Christian: Logistische Entwicklung der Prozessbegleitung. In: Lederbauer, Christine (Hrsg.): Kriminalität, Gesellschaft und Recht. Linz: Trauner Verlag 2013, S. 233-246.
- Pisal, Ramona: DJB-Stellungnahme zur Reform der Strafvorschriften des Menschenhandels, Verbesserung des Schutzes der Opfer von Menschenhandel und Regulierung der Prostitution. In: Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes 17 (2104), S. 189-190.
- Pitsela, Angelika: Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendkriminalrecht in Griechenland. In: Baier, Dirk / Mößle, Thomas (Hrsg.): Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos 2014, S. 359-377.
- Podszun, Christoph: 15. Forum für Täter-Opfer-Ausgleich in Trier, 21-23. Mai 2014. Ein ausschließlich subjektiver Bericht. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 27-28.
- Pollähne, Helmut: „Opfer“ im Blickpunkt – „Täter“ im toten Winkel? In: Pollähne, Helmut / Rode, Irmgard (Hrsg.): Opfer im Blickpunkt – Angeklagte im Abseits? Probleme und Chancen zunehmender Opferorientierung auf die Verletzten in Prozess, Therapie und Vollzug. Berlin u.a.: Lit Verlag 2012, S. 5-19.
- Pollähne, Helmut / Rode, Irmgard (Hrsg.): Opfer im Blickpunkt – Angeklagte im Abseits? Probleme und Chancen zunehmender Opferorientierung auf die Verletzten in Prozess, Therapie und Vollzug. Berlin u. a. Lit Verlag 2012.

- Poumarède, Jacques: La conciliation, la mal-aimée des juges. In: Cahiers de la justice. Revue trimestrielle de l'Ecole nationale de la magistrature n° 1 (2013), Pp. 127-141.
- Proeve, Michael / Tudor, Steven: Remorse. Psychological and Jurisprudential Perspectives. Farnham, Surrey, UK: Ashgate Publishing 2010.
- Ptacek, James (Ed.): Restorative justice and violence against women. Oxford et al.: Oxford University Press 2010, 292 Pp. (Interpersonal Violence Series).
- Rabe, Heike: Entschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz und der gesetzlichen Unfallversicherung: Betroffenen von Ausbeutung und Gewalt zu Ihrem Recht verhelfen; eine Handreichung für Beratungsstellen. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2013.
- Rademacher, Helmut: Mediationsverfahren und Täter-Opfer-Ausgleich. In: Melzer, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen. Bad Heilbrunn, Verlag Julius Klinkhardt 2014, S. 506-509.
- Rademacker, Olaf: Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten. In: Knickrehm, Sabine (Hrsg.): Gesamtes Soziales Entschädigungsrecht –Handkommentar. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 698 ff.
- Reichel, Florian: Der Tatausgleich im österreichischen Jugendstrafrecht – Ein Modell für Deutschland? Herzogenrath: Shaker Verlag 2013.
- Richter, Christian: Beispiel eines TOA nach häuslicher Gewalt. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 17-18.
- Richter, Natalie: Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung im Rahmen von § 46a StGB. Eine Problemanalyse unter besonderer Berücksichtigung der höchstgerichtlichen Rechtsprechung seit 1995. Berlin: Duncker & Humblot 2014, 453 S. (Schriften zum Strafrecht, Band 266).
- Riekenbrauk, Klaus: Häuser des Jugendrechts – Neue Orte auch für den Täter-Opfer-Ausgleich? In: TOA-Magazin: Die Fachzeitschrift zum Täter-Opfer-Ausgleich 2014, Heft 3, S. 42-47.
- Riniker, Jelena: Opferrechte des Tatzeugen: die Problematik des Opferbegriffs nach OHG und die strafrechtliche Qualifikation der Verletzung der psychischen Integrität. Zürich: Dike 2011.
- Rössner, Dieter: Was bringt Mediation im Strafrecht? In: Bewährungshilfe 56, 2009, 3, S. 259-267.
- Rössner, Dieter: Voraussetzungen des TOA nach § 46a Nr. 1 StGB und der Nachweis im Strafverfahren. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich Nr. 45, Dezember 2012, S. 13-14.
- Rössner, Dieter: Gesetzliche Rahmenbedingungen des Täter-Opfer-Ausgleichs im Strafvollzug – ein Vorschlag. In: TOA-Magazin, Nr. 1, September 2013, S. 9-11.

- Rössner, Dieter: Der kommunikative Prozess im Täter-Opfer-Ausgleich. (Das TOA-Servicebüro im Gespräch mit Prof. Dr. Dieter Rössner). In: TOA-Magazin 2013, Nr. 2, Dezember 2013, S. 38-39.
- Rössner, Dieter: § 10 S. 3 Nr. 7 JGG: Macht der TOA als Erziehungsmaßregel Sinn? In: TOA-Magazin, Nr.01 / April 2014, S. 11- 12.
- Rössner, Dieter: Täter-Opfer-Ausgleich und Strafaussetzung zur Bewährung. Gute Chancen für den TOA bei der Bewährung. In: TOA-Magazin Nr. 03 / November 2014, S. 41-42.
- Rodrigues, Anabela Miranda / Cruz Santos, Claudia: Portugal [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 653-666.
- Rohe, Mathias: Paralleljustiz? – Chancen und Gefahren außergerichtlicher Streitbeilegung in Deutschland. In: TOA-Magazin 2013, Nr. 2, Dezember 2013, S. 34-37.
- Rose, Frank: Der Täter-Opfer-Ausgleich in Jugendstrafsachen: fachlich hoch gelobt, in Zeiten leerer Kassen in Schleswig-Holstein aber zu teuer? In: Zeitschrift für soziale Strafrechtspflege 19, 2013, 49, S. 49-54.
- Rossner, Meredith: Emotions and interaction Ritual: a micro analysis of restorative justice. In: The British Journal of Criminology 51, 2011, 1, Pp. 95-119.
- Rossner, Meredith: Just Emotions: Rituals of Restorative Justice. Oxford: Oxford University Press 2014.
- Rottleuthner, Hubertus: Mediation im Schatten des Strafrechts: auch eine Auseinandersetzung mit Joachim Wagners Buch "Richter ohne Gesetz". In: Kritische Justiz 45, 2012, 4, S. 444-459.
- Ruback, R. Barry / Gladfelter, Andrew S. / Lantz, Brendan: Paying Restitution: Experimental Analysis of the Effect of Information and Rationale. In: Criminology and Public Policy 13, 2014, Pp.405-436.
- Sarnoff, Susan: Restitution: Exploring Disparities and Potentials. Policy Essay. In: Criminology and Public Policy 13, 2014, Pp. 437-440.
- Sautner, Lyane: Opferinteressen und Strafrechtstheorien: zugleich ein Beitrag zum restaurativen Umgang mit Straftaten. Innsbruck; Wien; Bozen: Studienverlag 2010, 443 S. (Viktimologie und Opferrechte; 6).
- Schädler, Wolfram: Zum Verhältnis von Opferhilfe und Täter-Opfer-Ausgleich in der sozialen Strafrechtspflege. Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich (2011), 41, S. 18-21.
- Schädler, Wolfram: Opferschutz in der deutschen straf- und prozessrechtlichen Gesetzgebung und deren Umsetzung in die Judikatur. In: Barton, Stephan /Kölbel, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem

- Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 51-65.
- Schädler, Wolfram: Das Mediationsgesetz – eine Hilfe oder ein Dorn im TOA-Auge? In: TOA-Magazin 2013, Nr. 2, Dezember 2013, S. 17-18.
- Schäfer, Christa D.: Konflikte und Konfliktbearbeitung. Zwischen Pädagogik und Mediation. Verlag Bloogbooks 2012 (Vertrieb über Partner wie z.B. Libri oder Amazon).
- Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course. Mönchengladbach 2014 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Schindler, Charlotte: "In der Strafanstalt Saxerriet hat Wiedergutmachung eine lange Tradition". In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 43, S. 14-17.
- Schlechter, Hansjörg: Alles Soziale Arbeit? Für jedes Problem ein Experte / eine Expertin? „Conferencing“, eine (alte) neue Methode soziale Probleme und Konflikte Jugendlicher zu lösen. In: Lederbauer, Christine (Hrsg.): Kriminalität, Gesellschaft und Recht. Linz: Trauner Verlag 2013, S. 261-278.
- Schlepper, Christina: Die Renaissance des repressiven Strafrechts. In: Zeitschrift für Rechtssoziologie 34 (2014), S. 165-182.
- Schlupp-Hauck, Wolfgang: Baden-Württemberg. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 27-28 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?]
- Schlupp-Hauck, Wolfgang u.a.: Erster Sachbericht: Projekt Täter-Opfer-Ausgleich im baden-württembergischen Justizvollzug. Berichtszeitraum Februar 2013 bis Februar 2014. Stuttgart: März 2014, 16 Seiten. Abrufbar unter <http://www.toa-bw.de/justizvollzug>.
- Schmidt, Anja: Strafe und Versöhnung: eine moral- und rechtsphilosophische Analyse von Strafe und Täter-Opfer-Ausgleich als Formen unserer Praxis. Berlin: Duncker & Humblot 2012, 271 S.
- Schmidt, Stephanie Ilse: Mediationsverfahren und Täter-Opfer-Ausgleich. Aktuelle Entwicklungen in Deutschland. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2010, 39, S. 37-41.
- Schmidt, Veronika: Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland: Entwicklung und aktueller Stand. München: GRIN Verlag 2012 (Online-Ressource).
- Schöch, Heinz: Die „unterbelichtete“ Schadenswiedergutmachung gemäß § 46a StGB. In: Festschrift für Ruth Rissing-van Saan zum 65. Geburtstag. Berlin u.a.: de Gruyter, 2011, S. 639-655.
- Schöch, Heinz: Opferperspektive und Jugendstrafrecht. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 23, 2012, 3, S. 246-255.

- Schöch, Heinz: Schadenswiedergutmachung im Strafrecht. In: Weißer Ring (Hrsg.): Moderne Opferentschädigung. Betrachtungen aus interdisziplinärer Perspektive. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 115-139.
- Schöch, Heinz: Opferschutz im Strafverfahren. In: Dölling, Dieter / Jehle, Jörg-Martin (Hrsg.): Täter – Taten – Opfer. Grundlagenfragen und aktuelle Probleme der Kriminalität und ihrer Kontrolle. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2013, S. 217-233.
- Schöch, Heinz: Neue Perspektiven für eine opferbezogene Vollzugsgestaltung. In: Baier, Dirk / Mößle, Thomas (Hrsg.): Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos 2014a, S. 607-620.
- Schöch, Heinz: „Parallel Justice“ für Kriminalitätsoffer in Deutschland. In: Baier, Dirk / Mößle, Thomas (Hrsg.): Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos 2014b, S. 565-577.
- Schönwald, Wolfgang / Zielasko, Michael: Polizei muss sich auf alte Täter und Opfer einstellen: Experten lehnen eigenes Altersstrafrecht ab. In: Deutsche Polizei 2013, H. 11, S. 16-20.
- Schonewille, Manon / Schonewille, Fred: The Variegated Landscape of Mediation. A Comparative Study of Mediation Regulation and Practices in Europe and the World. The Hague: Eleven International Publishing 2014. 648 Pp.
- Schroll, Hans Valentin: Diversion im Lichte der Rechtsprechung. In: Lederbauer, Christine (Hrsg.): Kriminalität, Gesellschaft und Recht. Linz: Trauner Verlag 2013, S. 303-324.
- Schroth, Klaus: Die Rechte des Opfers im Strafprozess. 2., neu bearbeitete Auflage, Heidelberg u.a.: C. F. Müller 2011, 396 S.
- Schubert, Claudia: Die Wiedergutmachung immaterieller Schäden im Privatrecht. Tübingen: Mohr Siebeck 2013 (Jus privatum; 171).
- Schütz, Jürg Gian: Mediation ante Portas! Gesetzlich geregelte Mediation in der Schweiz. In: Zeitschrift für Konfliktmanagement 13, 2010, 2, S. 44-47.
- Schwarz, Torsten: Die Mitverantwortung des Opfers beim Betrug. Berlin: Duncker & Humblot 2013.
- Senghaus, Paul (Hrsg.): Mediation und Polizei. Rothenburg/Oberlausitz: Eigenverlag der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) 2010. 186 S.
- Sereda, Halyna G.: Die Prinzipien von Restorative Justice. In: De Vries, Tina (Hrsg.): Mediation als Verfahren konsensualer Streitbeilegung: Die deutsche, polnische und ukrainische Perspektive. Berlin u.a.: Lang 2012, S. 141-153.
- Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung (Redaktion): Restorative Justice - Der Versuch, das Unübersetzbare in Worte zu fassen, Köln: DBH Eigenverlag 2013 (Materialien Bd. 71).

- Sessar, Klaus: Zum Problem von Aussöhnung und Sühne am Beispiel von Täter-Opfer-Ausgleich und Nebenklage im Jugendstrafverfahren, in: Cornel, Heinz u. a. (Hrsg.): Resozialisierung. Handbuch. 3. Auflage. Baden-Baden: Nomos 2009, S. 561-575.
- Shapland, Joanna / Robinson, Gwen / Sorsby, Angela: Restorative justice in practice: evaluating what works for victims and offenders. London et al.: Routledge 2011, 227 Pp.
- Shapland, Joanna: Comparing conferencing and mediation: some evaluation results internationally. In: Zinsstag, Estelle (Ed.): Conferencing and restorative justice. Oxford: Oxford University Press 2012, Pp. 47-64.
- Shechory Bitton, Mally: Victim-Offender-Mediation in Germany. An Analysis of three Consecutive Years of the VOM-Statistics. In: Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course. Mönchengladbach 2014, S. 433-454 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Shoham, Shelomoh Giyora (Ed.): International handbook of victimology. Boca Raton et al.: CRC Press 2010, 706 Pp.
- Sieber, Ulrich: Einführung: Begriff, Entwicklung und Ziele des Europäischen Strafrechts. In: Sieber, Ulrich / Satzger, Helmut / Heintschel-Heinegg, Bernd (Hrsg.): Europäisches Strafrecht. 2. Auflage. Baden-Baden: Nomos 2014, S. 31-101.
- Sijerčić-Čolić, Hajrija: Bosnia-Herzegovina [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 89-116.
- Škulić, Milan: Montenegro [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 513-534.
- Škulić, Milan: Serbia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 783-808.
- Škvain, Petr: Czech Republic [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 161-182.
- Sokullu-Akinci, Fusun: Turkey [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 941-968.

- Smull, Elizabeth / Wachtel, Joshua / Wachtel, Ted: Family power: engaging and collaborating with families. Bethlehem, PA: International Institute for Restorative Practices 2012, 153 Pp.
- Spangenberg, Brigitte / Spangenberg, Ernst: Sprachbilder und Metaphern in der Mediation. Frankfurt am Main: Wolfgang Metzner Verlag 2013, 200 S.
- Spindler, Charlotte: Wiederherstellung des Rechtsfriedens: Wiedergutmachung in der Strafanstalt Saxerriet. In: Info-Bulletin, Informationen zum Straf- und Maßnahmenvollzug (Bern) 36, 2011, 1, S. 12-15.
- Staiger, Ines: Restorative Justice and Victims of Terrorism. In: R. Letschert, I. Staiger und A. Pemberton (Eds.): Assisting Victims of Terrorism – Towards a European Standard of Justice. Dordrecht: Springer 2010, Pp. 267-337.
- Stang, Kirsten / Sachsse, Ulrich: Trauma und Justiz: juristische Grundlagen für Psychotherapeuten – psychotherapeutische Grundlagen für Juristen. 2. Auflage. Stuttgart: Schattauer 2014.
- Stangl, Wolfgang: Die Leitungskompetenz im Ermittlungsverfahren und die Wahrung von Prozessrechten von Beschuldigten und Opfern. In: Lederbauer, Christine (Hrsg.): Kriminalität, Gesellschaft und Recht. Linz: Trauner Verlag 2013, S. 347-356.
- Stanislawski, N. / Philipp, K.-P. / Bockholdt, B.: Untersuchungsstelle für Gewaltopfer am Institut für Rechtsmedizin der Universitätsmedizin Greifswald. In: Rechtsmedizin 24, 2014, S. 258-262.
- Steffen, Marc: Der Täter-Opfer-Ausgleich und die Wiedergutmachung: historische Bezüge und moderne Ausgestaltung. Aachen: Shaker, 2005.
- Steffen, Wiebke: Polizeiliches Verhalten bei Opfern von Sexualstraftaten am Beispiel der Opfer von Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen. In: Barton, Stephan / Kölbl, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 141-158.
- Steffen, Wiebke: Gutachten für den 18. Deutschen Präventionstag: Mehr Prävention – weniger Opfer. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 51-121.
- Steger, Ruth: Situative Konflikte im Tatausgleich – aus der Perspektive der Opfer. Saarbrücken: AV Akademikerverlag 2011 (Online-Ressource).
- Steinhilber, Birgit: TOA im "Haus des Jugendrechts": Beschreibung des Modellprojektes in Frankfurt am Main-Höchst. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2011, 42, S. 18-21.
- Steinhilber, Birgit: Hessen. In: TOA-Magazin Nr. 01, April 2014, S. 32-33 [Teil der „Berichte aus den Bundesländern“ zu der Redaktionsfrage: „Wie sieht es mit dem Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich bundesweit aktuell aus“?].

- Stibbe, Gabriela: Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) im Vollzug: heilsame Kommunikationsprozesse zwischen Opfern und Tätern ermöglichen. In: Evangelische Stimmen: Forum für kirchliche Zeitfragen in Norddeutschland 2014, Heft 3, S. 36-39.
- Strang, Heather / Sherman, Lawrence W.: Experimental criminology and restorative justice: principles of developing and testing innovations in crime policy. In: Gadd, David / Karstedt, Susanne / Messner, Steven F. (Eds.): The Sage handbook of criminological research methods. London: Sage Publishers 2012, Pp. 395-409.
- Streng, Franz: Einstellungen zum Täter-Opfer-Ausgleich: Hintergründe und Veränderungen in Zeiten zunehmender Punitivität. In: Boers, Klaus u.a. (Hrsg.): Kriminologie – Kriminalpolitik – Strafrecht. Festschrift für Hans-Jürgen Kerner zum 70. Geburtstag. Tübingen: Mohr-Siebeck 2013, S. 499-515.
- Stückler, Andreas: Die Feminisierung des Opfers als diskursive Strategie im Kampf um Opferrechte. In: Zeitschrift für Rechtssoziologie 34 (2014), S. 183-203.
- Sünker, Heinz / Berner, Knut (Hrsg.): Vergeltung ohne Ende? Über Strafe und ihre Alternativen im 21. Jahrhundert. Lahnstein: Verlag Neue Praxis 2012. IX und 280 Seiten.
- Sweeney, James A.: Restorative justice and transitional justice at the ECHR. In: International Criminal Law Review 12. 2012, 3, Pp. 313-337.
- Taubner, Svenja: Entsteht Einsicht im Täter-Opfer-Ausgleich? eine empirische Studie am Beispiel adoleszenter Gewaltstraftäter. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 91, 2008, 4, S. 281-294.
- TM: Personenvorstellung. Idealismus und Frustration, Interview mit Sonja Lingelbach. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 23-26.
- Treibel, Angelika: Kriminologischer Beitrag: Schwerstmögliche Kommunikation oder Win-Win-Dialog? Das Gespräch zwischen Opfer und Täter. In: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 7, 2013, S. 141-143.
- Trenczek, Thomas: TOA im Jugend- und Strafrecht – Sichtbegrenzungen und Auswege aus der Finanzierungsfalle. In: TOA Infodienst, Dezember 2010, S. 6-12.
- Trenczek, Thomas: Justice as Fairness – Gerechtigkeit durch Fairness. In: Spektrum der Mediation, Ausgabe 43, 2011, S. 54-58.
- Trenczek, Thomas: Entwicklung und Situation der Mediation in Australien: Qualität oder Quantität? In: Zeitschrift für Konfliktmanagement 15, 2012, 5, S. 165-169.
- Trenczek, Thomas: Beyond Restorative Justice to Restorative Practice. In: Cornwell, D. et al. (Eds.): Civilizing Criminal Justice. Hook, Hampshire: Waterside Press 2013, Pp. 409-428.
- Trenczek, Thomas: Restorative Justice in Neuseeland: Conferencing im Rahmen des strafrechtlichen Verfahrens zwischen Tradition und Moderne. In: Neue Kriminalpolitik 25, 2013, 3, S. 268-287.

- Trenczek, Thomas: Restorative Justice in der Praxis: Täter-Opfer-Ausgleich und Mediation in Deutschland. In: TOA-Magazin 2013, Nr. 2, Dezember 2013, S. 22-30.
- Trenczek, Thomas: Restorative Justice in der Praxis. Täter-Opfer-Ausgleich und Mediation in der Praxis. In: Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung (Redaktion): Restorative Justice - Der Versuch, das Unübersetzbare in Worte zu fassen, Köln: DBH Eigenverlag 2013 (Materialien Bd. 71), S. 92-106..
- Trenczek, Thomas: Vermittlung in strafrechtlich relevanten Konflikten. In: Trenczek, Thomas / Beming, Detlev / Lenz, Christa (Hrsg.): Mediation und Konfliktmanagement. Handbuch. Baden-Baden: Nomos 2013, S. 582-588.
- Trenczek, Thomas: Restorative Justice, TOA und Mediation. Grundlagen, Praxisprobleme und Perspektiven. In: Baier, Dirk / Mößle, Thomas (Hrsg.): Kriminologie ist Gesellschaftswissenschaft. Festschrift für Christian Pfeiffer zum 70. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos 2014, S. 605-623.
- Trenczek, Thomas: Restorative Justice – (strafrechtliche) Konflikte und ihre Regelung. In: AK HochschullehrerInnen Kriminologie / Straffälligenhilfe in der Sozialen Arbeit (Hrsg.): Kriminologie und Soziale Arbeit. Ein Lehrbuch. Weinheim und Basel: Beltz Juventa 2014, S. 193-210.
- Trenczek, Thomas / Beming, Detlev / Lenz, Christa (Hrsg.): Mediation und Konfliktmanagement. Handbuch. Baden-Baden: Nomos 2013.
- Trenczek, Thomas / Loode, Serge: Mediation „made in Germany“ – a quality product. In: Australian Dispute Resolution Journal 23, 2012, Pp. 61-70.
- Trüg, Gerson: Die Position des Opfers im Völkerstrafverfahren vor dem IStGH: ein Beitrag zu einer opferbezogenen verfahrenstheoretischen Bestandsaufnahme. In: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 125 (2013), S. 34-85.
- Tzannetis, Aristomenis: Von der „tätigen Reue“ zum „Täter-Opfer-Ausgleich“: Zielsetzungen und dogmatische Grundlagen des Schadenswiedergutmachungssystems im neuen griechischen Strafrecht. In: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik 7, 2012, 4, S. 132-151 (Online-Zeitschrift).
- Tsui, Judith: Breaking Free of the Prison Paradigm: Integrating Restorative Justice Techniques into Chicago's Juvenile Justice System. In: The Journal of Criminal Law and Criminology 104, 2014, No 3, S. 636-666.
- Umbreit, Mark S. / Armour, Marilyn Peterson: Restorative justice dialogue: an essential guide for research and practice. New York: Springer 2010, 339 Pp.
- Unterreitmeier, Johannes: Die Restitution von Schmach und Schmerzen: über die gemeinsamen historischen Wurzeln von Schmerzensgeld und Geldentschädigung. In: Juristenzeitung 68, 2013, 9, S. 425-433.
- Uotila, Erika / Sambou, Saija: Victim-offender mediation in cases of intimate relationship violence - ideals, attitudes, and practices in Finland. In: Journal of Scandinavian Studies in Criminology and Crime Prevention, 11 (2010), 2, Pp. 189-207.

- Van Drie, Diane / Van Groningen, Sanneke / Weijers, Ido: The Netherlands Škulić, Milan: Serbia [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 535-566.
- Vanfraechem, Inge / Aertsen, Ivo / Willemsens, Jolien (Eds.) Restorative Justice Realities. Empirical Research in a European Context. The Hague: Eleven International Publishers 2010, 283 Pp.
- Van Hüllen, Hellgard: Victim Support Europe – schnelle Hilfe im internationalen Kontext. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 325-333.
- Van Ness, Daniel W. / Heetderks-Strong, Karen: Restoring justice: an Introduction to Restorative Justice. 5th Edition. Cincinnati: Anderson 2014
- Van Wormer, Katherine S.: Restorative justice today: practical applications. Los Angeles u.a.: SAGE 2013, 255 Pp.
- Vázquez-Portomene Seijas, Fernando: Vorgehensweisen und Vermittlungsstandards zur Bearbeitung von TOA-Fällen bei häuslicher Gewalt in Deutschland und Österreich: ein Modell für Europa? In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 95, 2012, 6, S. 413-448.
- Viehmann, Horst: Täter-Opfer-Ausgleich: ein Beitrag zur Friedfertigkeit? In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2011, 41, S. RJ 25- RJ 29.
- Villmow, Bernhard / Savinsky, Alescha Lara: Staatliche Opferentschädigung nach der Jahrtausendwende: statistische Daten, methodische Probleme und einige Anmerkungen zur gegenwärtigen Praxis des OEG. In: Zöller, Mark u.a. (Hrsg.): Gesamte Strafrechtswissenschaft in internationaler Dimension. Festschrift für Jürgen Wolter. Berlin: Duncker & Humblot 2013, S. 1243-1270.
- Villmow, Bernhard / Savinsky, Alescha Lara: Probleme bei der staatlichen Opferentschädigung nach dem OEG. In: Bewährungshilfe 61, Heft 2, 2014, S. 201-214.
- Vogt, Melanie: Gerichtliche Mediation in Strafvollzugssachen: ein effektives Mittel zur Lösung von Problemen? In: Forum Strafvollzug 58, 2009, 6, S. 330-333.
- Volbert, Renate: Geschädigte im Strafverfahren: Positive Effekte oder sekundäre Viktimisierung. In: Barton, Stephan / Kölbl, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012 a, S. 197-212.
- Volbert, Renate: Sekundäre Viktimisierung: Alte Klagen – neue Erkenntnisse? In: Pollähne, Helmut / Rode, Irmgard (Hrsg.): Opfer im Blickpunkt – Angeklagte im Abseits? Probleme und Chancen zunehmender Opferorientierung auf die Verletzten in Prozess, Therapie und Vollzug. Berlin u.a.: Lit Verlag 2012 b, S. 149-163.

- Vollmer-Schubert, Brigitte: Blick einer Gleichstellungsbeauftragten. TOA und häusliche Gewalt. In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 16-17.
- Wachtel, Ted: Dreaming of a New Reality: How Restorative Practices Reduce Crime and Violence, Improve Relationships and Strengthen Civil Society. Bethlehem et al.: International Institute for Restorative Practices 2013.
- Wagner, Gerhard: Angehörigenschmerzensgeld. In: Bruns, Alexander u.a. (Hrsg.): Festschrift für Rolf Stürner zum 70. Geburtstag. Tübingen: Mohr Siebeck 2013, S. 231-253.
- Waller, Irvin: Rights for victims of crime: rebalancing justice. Lanham et al.: Rowman & Littlefield 2011, 211 Pp.
- Waller, Irvin: A Bill of Rights for Victims. In: Schäfer, Peter / Weitekamp, Elmar (Eds.): Establishing Victimology. Festschrift for Prof. Dr. Gerd Ferdinand Kirchhoff. 30th Anniversary of Dubrovnik Victimology Course. Mönchengladbach 2014, S. 477-490 (Schriften des Fachbereiches Sozialwesen der Hochschule Niederrhein, Band 59).
- Walter, Michael: Abschlussbericht zum Forschungsprojekt über den Täter-Opfer-Ausgleich aus der Sicht von Rechtsanwälten: Ergebnisse schriftlicher Befragungen und mündlicher Interviews von beim Landgericht Köln zugelassenen Anwälten. Köln: Selbstverlag Institut für Kriminologie 1998. 98 S.
- Walter, Michael: Mediation im strafrechtlichen Bereich: der Täter-Opfer-Ausgleich. Paragraph 14 in: Henssler, Martin u.a. (Hrsg.): Mediation in der Anwaltspraxis. Bonn 2000, S. 471 – 494.
- Walter, Steffen: Das Therapeutische Zyklusmodell: emotionale Einsicht im Täter-Opfer-Ausgleich? In: Recht & Psychiatrie 27, 2009, 2, S. 86-93.
- Wegener-Tieben, Susanne: Das Opfertelefon des Weißen Ring. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 283-290.
- Weichbrodt, Korinna: Das Konsensprinzip strafprozessualer Absprachen: Zugleich ein Beitrag zur Reformdiskussion unter besonderer Berücksichtigung der italienischen Regelung einvernehmlicher Verfahrensbeendigung. Berlin: Duncker & Humblot 2011, 456 S.
- Weigel, Sacha (Hrsg.): Theorie und Praxis der Transaktionsanalyse in der Mediation. Baden-Baden: Nomos 2014, 664 Seiten.
- Weigend, Thomas: Internationale Entwicklungen bei der Stellung des Verletzten im Strafverfahren. In: Barton, Stephan / Kölbl, Ralf (Hrsg.): Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland. Baden-Baden: Nomos 2012, S. 29-50.

- Weigend, Thomas: Echte Verfahrensrechte für angebliche Opfer? In: Neubacher, Frank / Kubink, Michael (Hrsg.): Kriminologie – Jugendkriminalrecht – Strafvollzug. Gedächtnisschrift für Michael Walter. Berlin: Duncker & Humblot 2014, S. 243-256.
- Weiner, Bernhard / Haas, Ute-Ingrid (Hrsg): Opferrechte bei Stalking, Gewalt- und Sexualverbrechen: Rechte wahrnehmen, Hilfe finden. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag 2009 (dtv; 50664: Beck-Rechtsberater: Ratgeber).
- Weißer Ring (Hrsg.): Ängste des Opfers nach der Straftat: Dokumentation des 22. Mainzer Opferforums 2011. Baden-Baden: Nomos 2012 (Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern; 50).
- Weißer Ring (Hrsg.): Moderne Opferentschädigung: Betrachtungen aus interdisziplinärer Perspektive; Dokumentation des 21. Mainzer Opferforums 2010. Baden-Baden: Nomos 2012, 196 S. (Mainzer Schriften zur Situation von Kriminalitätsoffern; 48).
- Weitekamp, Elmar G. M. / Parmentier, Stephan: On the road to reconciliation: the attempt to develop a theoretical model which applies restorative justice mechanisms in post-conflict societies. In: Plywaczewski, Emil (Hrsg.): Aktuelle Probleme des Strafrechts und der Kriminologie. Band 5. Warszawa: LEX (Wolters Kluwer Polska) 2012, S. 795-804.
- Wertz, Steffie: Verzeihen und Reue im Täter-Opfer-Ausgleich. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2010, 40, S. 13-16.
- Wessing, Jürgen: Der Zeugenbeistand. München: C. H. Beck 2013 (Strafverteidigerpraxis; 12).
- Wiersma, Eric: „Beyond Crime: Pathways to Desistance, Social Justice and Peacebuilding“. Bericht von der 8. Konferenz des European Forum for Restorative Justice vom 11.-14. Juni 2014 in Belfast. In: TOA-Magazin Nr. 03/ November 2014, S. 33-34.
- Winter, Frank: Täter-Opfer-Ausgleich - Wohin wird die Reise gehen? Zur Auswertung der Täter-Opfer-Ausgleichsstatistik. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe 16, 2005, 2, S. 199-203.
- Winter, Frank / Dziomba, Frauke: Alternativen zur strafrechtlichen Sanktion im Bremer *Kriseninterventionsteam Stalking*. Konzept, Setting, Fallbeispiele. In: Bruns, Georg / Winter, Frank (Hrsg.). Stalking – Zwischen Liebeswahn und Strafrecht. Gießen 2014, S. 151-176.
- Winter, Frank / Matt, Eduard: Restorative Justice und Täter-Opfer-Ausgleich in Deutschland: zwischen lästiger Pflicht und sozialintegrativem Potential. In: Neue Kriminalpolitik 24, 2012, 2, S. 73-80.
- Wopperer, Anna: Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung im Jugendstrafrecht. Hamburg: Kovac 2013 (Schriftenreihe Strafrecht in Forschung und Praxis; 281).
- Wright, Martin: Gerechtigkeit wiederherstellen: die Ansicht von einer Insel in Europa. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich 2012, 44, S. RJ-27 - RJ-34.

- Wulf, Rüdiger: Ein Modellprojekt aus Baden-Württemberg und Entwicklung von Standards. In: TOA-Magazin, Nr. 01, September 2013, S. 19-23.
- Zalewski, Wojciech: Poland [Country Report]. In: Dünkel, Frieder / Grzywa-Holten, Joanna / Horsfield, Philip (Eds.): Restorative Justice and Mediation in Penal Matters in Europe. A Stock-Taking of Legal Issues, Implementation Strategies and Outcomes in 36 European Countries. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2015, Pp. 623-652.
- Zanolini, Veio: Der Friedensrichter als Wegbereiter der Mediation in Erwachsenenstrafsachen. In: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht 129, 2011, 1, S. 79-108.
- Zehr, Howard: Fairsöhnt: Restaurative Gerechtigkeit; Wie Opfer und Täter heil werden können. Schwarzenfeld: Neufeld 2010, 93 S.
- Ziercke, Jörg: Zukunft der Opferhilfe. In: Marks, Erich / Steffen, Wiebke (Hrsg.): Mehr Prävention – Weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages 2013. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg 2014, S. 131-134.
- Zinsstag, Estelle (Ed.): Conferencing and restorative justice: international practices and perspectives. Oxford: Oxford University Press 2012, 247 Pp.
- Zupke, Annett: Die Magie des Kreises. Das Restorative Justice Programm in einem Hochsicherheitsgefängnis in den USA öffnet die Augen und Herzen von über 50 Menschen. In: Infodienst_Rundbrief zum Täter-Opfer-Ausgleich Nr. 46, März 2013, S. 47-52.

Teil III: Dokumente der Europäischen Union, des Europarates und der Vereinten Nationen

III-1: RICHTLINIE 2012/29/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 25. Oktober 2012 über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI

[Veröffentlicht am 14.11.2012. Quelle: Amtsblatt der Europäischen Union L 315/ S. 57-73 DE]

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 82 Absatz 2, auf Vorschlag der Europäischen Kommission, nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente, nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses¹, nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen², gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren³, **in Erwägung nachstehender Gründe:**

(1) Die Union hat sich zum Ziel gesetzt, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu erhalten und weiterzuentwickeln; Eckpfeiler dieses Raums ist der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Strafsachen.

(2) Die Union misst dem Schutz von Opfern von Straftaten und der Einführung von Mindeststandards diesbezüglich große Bedeutung bei, und zu diesem Zweck hat der Rat den Rahmenbeschluss 2001/220/JI vom 15. März 2001 über die Stellung von Opfern im Strafverfahren⁴ erlassen. Im Stockholmer Programm — Ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger⁵, das der Europäische Rat auf seiner Tagung vom 10. und 11. Dezember 2009 angenommen hat, wurden die Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert zu prüfen, wie die Rechtsvorschriften und die praktischen Unterstützungsmaßnahmen für den Opferschutz verbessert werden können vorrangig durch besondere Betreuung, Unterstützung und Anerkennung aller Opfer, einschließlich der Opfer des Terrorismus.

(3) Artikel 82 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sieht die Festlegung von in den Mitgliedstaaten anwendbaren Mindestvorschriften zur Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Urteile und Entscheidungen und der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen mit grenzüberschreitender Dimension vor, insbesondere in Bezug auf die Rechte der Opfer von Straftaten.

(4) In seiner Entschließung vom 10. Juni 2011 über einen Fahrplan zur Stärkung der Rechte und des Schutzes von Opfern, insbesondere in Strafverfahren (Budapest-Fahrplan)⁶, stellte

¹ ABl. C 43 vom 15.2.2012, S. 39.

² ABl. C 113 vom 18.4.2012, S. 56.

³ Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 12. September 2012 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 4. Oktober 2012.

⁴ ABl. L 82 vom 22.3.2001, S. 1.

⁵ ABl. C 115 vom 4.5.2010, S. 1.

⁶ ABl. C 187 vom 28.6.2011, S. 1.

der Rat fest, dass auf Unionsebene Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die Rechte, die Unterstützung und den Schutz der Opfer von Straftaten zu stärken.

Zu diesem Zweck und entsprechend dieser EntschlieÙung sollen mit dieser Richtlinie die in dem Rahmenbeschluss 2001/220/JI dargelegten Grundsätze überarbeitet und ergänzt werden, und wesentliche Schritte hin zu einem höheren Niveau des Opferschutzes in der gesamten Union, insbesondere im Rahmen von Strafverfahren, ergriffen werden.

(5) In seiner EntschlieÙung vom 26. November 2009 zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen⁷ forderte das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten auf, ihre einzelstaatlichen Gesetze und Maßnahmen zur Bekämpfung aller Formen von Gewalt gegen Frauen zu verbessern und Schritte gegen die Ursachen der Gewalt gegen Frauen zu ergreifen, nicht zuletzt mittels vorbeugender Maßnahmen; die Union wurde aufgefordert, das Recht auf Beistand und Unterstützung für alle Opfer von Gewalt zu gewährleisten.

(6) In seiner EntschlieÙung vom 5. April 2011 zu den Prioritäten und Grundzügen einer neuen EU-Politik zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen⁸ hat das Europäische Parlament eine Strategie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sowie zur Bekämpfung von Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen als Grundlage zukünftiger strafrechtlicher Instrumente gegen geschlechtsbezogene Gewalt vorgeschlagen, die einen Rahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen (Politik, Vorbeugung, Schutz, Strafverfolgung, Vorsorge und Partnerschaft) umfasst, der mit einem Aktionsplan der Union verfolgt werden soll.

Zu den internationalen Rechtsvorschriften in diesem Bereich zählen das am 18. Dezember 1979 angenommene Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), die Empfehlungen und Beschlüsse des CEDAW-Ausschusses und das am 7. April 2011 angenommene Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

(7) Mit der Richtlinie 2011/99/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Europäische Schutzanordnung⁹ wird ein Mechanismus zur gegenseitigen Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Strafsachen durch die Mitgliedstaaten eingeführt. Mit der Richtlinie 2011/93/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornographie¹⁰ und der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer¹¹ wird unter anderem auf die spezifischen Bedürfnisse dieser besonderen Kategorien von Opfern des Menschenhandels sowie des sexuellen Missbrauchs und der sexueller Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie eingegangen.

(8) Im Rahmenbeschluss 2002/475/JI des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung¹² wird anerkannt, dass der Terrorismus einen der schwersten Verstöße gegen die Grundsätze darstellt, auf denen die Union beruht, einschließlich des Grundsatzes der Demo-

⁷ ABl. C 285E vom 21.10.2010, S. 53.

⁸ ABl. C 296E vom 2.10.2012, S. 26.

⁹ ABl. L 338 vom 21.12.2011, S. 2.

¹⁰ ABl. L 335 vom 17.12.2011, S. 1.

¹¹ ABl. L 101 vom 15.4.2011, S. 1.

¹² ABl. L 164 vom 22.6.2002, S. 3.

kratie, und es wird unterstrichen, dass er unter anderem eine Bedrohung für die freie Ausübung der Menschenrechte darstellt.

(9) Eine Straftat stellt ein Unrecht gegenüber der Gesellschaft und eine Verletzung der individuellen Rechte des Opfers dar. Die Opfer von Straftaten sollten als solche anerkannt und respektvoll, einfühlsam und professionell behandelt werden, ohne irgendeine Diskriminierung etwa aus Gründen der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters, des Geschlechts, des Ausdrucks der Geschlechtlichkeit, der Geschlechtsidentität, der sexuellen Ausrichtung, des Aufenthaltsstatus oder der Gesundheit.

Bei allen Kontakten mit zuständigen Behörden, die im Rahmen des Strafverfahrens tätig werden, und mit Diensten, die in Kontakt mit Opfern von Straftaten kommen, wie Opferhilfsdiensten oder Wiedergutmachungsdiensten, sollte der persönlichen Situation und den unmittelbaren Bedürfnissen, dem Alter, dem Geschlecht, einer möglichen Behinderung und der Reife der Opfer von Straftaten Rechnung getragen und seine körperliche, geistige und moralische Integrität geachtet werden.

Die Opfer von Straftaten sollten vor sekundärer und wiederholter Viktimisierung, vor Einschüchterung und vor Vergeltung geschützt werden, die nötige Unterstützung zur Bewältigung der Tatfolgen und ausreichenden Zugang zum Recht erhalten.

(10) Diese Richtlinie hat nicht die Bedingungen für den Aufenthalt von Opfern von Straftaten im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zum Gegenstand. Die Mitgliedstaaten sollten die notwendigen Maßnahmen ergreifen um sicherzustellen, dass die Rechte gemäß dieser Richtlinie nicht vom Aufenthaltsstatus des Opfers in ihrem Hoheitsgebiet oder von der Staatsbürgerschaft oder der Nationalität des Opfers abhängig gemacht werden. Die Anzeige einer Straftat und das Auftreten in Strafprozessen verleihen keine Rechte in Bezug auf den Aufenthaltsstatus des Opfers.

(11) Mit dieser Richtlinie werden Mindestvorschriften festgelegt. Die Mitgliedstaaten können die in dieser Richtlinie festgelegten Rechte ausweiten, um ein höheres Maß an Schutz vorzusehen.

(12) Die in dieser Richtlinie festgelegten Rechte berühren nicht die Rechte des Straftäters. Der Begriff „Straftäter“ bezieht sich auf eine Person, die wegen einer Straftat verurteilt wurde. Für die Zwecke dieser Richtlinie bezieht er sich jedoch auch auf eine verdächtige oder angeklagte Person, bevor ein Schuldeingeständnis oder eine Verurteilung erfolgt ist, und berührt nicht die Unschuldsvermutung.

(13) Diese Richtlinie findet auf Straftaten, die in der Union begangen wurden, und auf Strafverfahren, die in der Union geführt werden, Anwendung. Für die Opfer von in Drittländern begangenen Straftaten begründet sie Rechte im Zusammenhang mit den Strafverfahren, die in der Union geführt werden. Anzeigen, die bei zuständigen Behörden außerhalb der Union, wie etwa Botschaften, erstattet wurden, führen nicht zu einer Anwendung der in dieser Richtlinie vorgesehenen Verpflichtungen.

(14) Bei der Anwendung dieser Richtlinie muss das Wohl des Kindes entsprechend der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und dem am 20. November 1989 ange-

nommenen Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes eine vorrangige Erwägung sein. Opfer im Kindesalter sollten alle in dieser Richtlinie festgelegten Rechte genießen und sollten als die vollen Inhaber dieser Rechte behandelt werden; sie sollten diese Rechte in einer Weise wahrnehmen dürfen, die ihrer Fähigkeit, sich selbst eine Meinung zu bilden, Rechnung trägt.

(15) Bei der Anwendung dieser Richtlinie sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Opfer mit Behinderungen in gleicher Weise wie andere in den Genuss aller in dieser Richtlinie festgelegten Rechte kommen können; dazu zählt auch, dass die Zugänglichkeit von Gebäuden, in denen Strafverfahren verhandelt werden, und der Zugang zu Informationen erleichtert wird.

(16) Opfer von Terrorismus sind das Ziel von Angriffen gewesen, die letztendlich der Gesellschaft schaden sollten. Aufgrund der besonderen Art der Straftat, die gegen sie begangen wurde, bedürfen sie deshalb möglicherweise besonderer Betreuung, Unterstützung und Schutz. Opfer von Terrorismus stehen mitunter deutlich im Mittelpunkt der Öffentlichkeit und bedürfen oft der gesellschaftlichen Anerkennung und der respektvollen Behandlung durch die Gesellschaft. Die Mitgliedstaaten sollten daher den Bedürfnissen von Opfern von Terrorismus besonders Rechnung tragen und ihre Würde und Sicherheit zu schützen suchen.

(17) Gewalt, die sich gegen eine Person aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Geschlechtsidentität oder ihres Ausdrucks der Geschlechtlichkeit richtet, oder die Personen eines bestimmten Geschlechts überproportional stark betrifft, gilt als geschlechtsbezogene Gewalt. Sie kann zu physischen, sexuellen, seelischen oder psychischen Schäden oder zu wirtschaftlichen Verlusten des Opfers führen.

Geschlechtsbezogene Gewalt gilt als eine Form der Diskriminierung und als eine Verletzung der Grundrechte des Opfers und schließt Gewalt in engen Beziehungen, sexuelle Gewalt (einschließlich Vergewaltigung, sexuelle Übergriffe und sexuelle Belästigung), Menschenhandel, Sklaverei und andere schädliche Praktiken wie Zwangsehen, Verstümmelung weiblicher Geschlechtsorgane und sogenannte „Ehrenverbrechen“ ein. Weibliche Opfer geschlechtsbezogener Gewalt und ihre Kinder brauchen oft besondere Unterstützung und besonderen Schutz wegen des bei dieser Art der Gewalt bestehenden hohen Risikos von sekundärer und wiederholter Viktimisierung, Einschüchterung und Vergeltung.

(18) Wenn Gewalt in einer engen Beziehung ausgeübt wird, so geht diese Gewalt von einer Person aus, die der gegenwärtige oder ehemalige Ehepartner oder Lebenspartner oder ein anderes Familienmitglied des Opfers ist, ungeachtet des Umstands, ob der Täter mit dem Opfer in einer häuslichen Gemeinschaft gelebt hat oder nicht. Solche Gewalt kann physischer, sexueller, psychischer oder wirtschaftlicher Art sein und zu körperlichen, mentalen oder seelischen Schäden oder zu wirtschaftlichen Verlusten führen.

Gewalt in engen Beziehungen ist ein ernstes und häufig verborgenes soziales Problem, das ein systematisches psychologisches und physisches Trauma mit ernsthaften Folgen verursachen kann, weil der Täter eine Person ist, der das Opfer trauen können sollte. Opfer von Gewalt in engen Beziehungen bedürfen daher möglicherweise besonderer Schutzmaßnahmen. Frauen sind überproportional von dieser Art von Gewalt betroffen, und die Situation kann noch schlimmer sein, wenn die Frau wirtschaftlich, sozial oder in Bezug auf ihr Aufenthaltsrecht von dem Täter abhängig ist.

(19) Eine Person sollte unabhängig davon, ob der Täter ermittelt, gefasst, verfolgt oder verurteilt wurde und unabhängig davon, ob ein Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem Täter und der betroffenen Person besteht, als Opfer betrachtet werden.

Auch die Familienangehörigen der Opfer können durch die Straftat einen Schaden erleiden. Insbesondere können Familienangehörige einer Person, deren Tod direkte Folge einer Straftat ist, durch die Straftat einen Schaden erleiden. Daher sollten die Schutzmaßnahmen dieser Richtlinie auch diesen Familienangehörigen, die indirekte Opfer der Straftat sind, zugutekommen. Allerdings sollten die Mitgliedstaaten Verfahren einrichten können, um die Zahl der Familienangehörigen, denen die in dieser Richtlinie festgelegten Rechte zugutekommen können, zu begrenzen.

Bei Kindern sollte das Kind oder der Träger des elterlichen Sorgerechts — es sei denn, letzteres dient nicht dem Wohle des Kindes — die in dieser Richtlinie festgelegten Rechte im Namen des Kindes wahrnehmen dürfen. Diese Richtlinie lässt einzelstaatliche Verwaltungsverfahren, die zur Bestätigung der Opfereigenschaft einer Person erforderlich sind, unberührt.

(20) Die Stellung von Opfern in der Strafrechtsordnung und die Frage, ob sie aktiv am Strafverfahren teilnehmen können, sind im Einklang mit der jeweiligen nationalen Rechtsordnung von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich und richten sich nach einem oder mehreren der folgenden Kriterien: ob in der nationalen Rechtsordnung die Rechtsstellung als Partei im Strafverfahren vorgesehen ist; danach, ob das Opfer gesetzlich zur aktiven Teilnahme am Strafverfahren — z. B. als Zeuge — verpflichtet ist oder dazu aufgefordert wird; und/oder danach, ob das Opfer nach einzelstaatlichem Recht einen Rechtsanspruch auf aktive Teilnahme am Strafverfahren hat und diesen Anspruch auch wahrnehmen will, wenn in der nationalen Rechtsordnung eine Rechtsstellung des Opfers als Partei im Strafverfahren nicht vorgesehen ist. Die Mitgliedstaaten sollten festlegen, welche dieser Kriterien einschlägig sind, um den Anwendungsbereich der in dieser Richtlinie festgelegten Rechte zu bestimmen, wenn Bezugnahmen auf die Stellung des Opfers in der einschlägigen Strafrechtsordnung vorhanden sind.

(21) Die zuständigen Behörden, Opferhilfsdienste und Wiedergutmachungsdienste sollten Informationen und Ratschläge so weit wie möglich auf verschiedenen Kommunikationswegen und auf eine Weise erteilen, die das Opfer verstehen kann. Diese Informationen und Ratschläge sollten in einfacher und verständlicher Sprache erteilt werden. Ebenso sollte sichergestellt werden, dass sich das Opfer im Verfahren verständlich machen kann. Dabei sind die Kenntnisse des Opfers der Sprache, in der Informationen erteilt werden, sein Alter, seine Reife, seine intellektuellen und emotionalen Fähigkeiten, seine Lese- und Schreibfähigkeit und eine etwaige geistige oder körperliche Behinderung zu berücksichtigen. Besonders berücksichtigt werden sollten Verständnis- oder Verständigungsprobleme, die aus einer Behinderung resultieren können, beispielsweise Hör- oder Sprachprobleme. Darüber hinaus sollte auf Kommunikationsschwierigkeiten des Opfers in Strafverfahren Rücksicht genommen werden.

(22) Für die Zwecke dieser Richtlinie sollte davon ausgegangen werden, dass die Erstattung einer Anzeige in den Rahmen des Strafverfahrens fällt. Dies sollte auch für Situationen gelten, in denen Behörden infolge einer von einem Opfer erlittenen Straftat von Amts wegen ein Strafverfahren einleiten.

(23) Informationen über die Erstattung von Ausgaben sollten ab der ersten Kontaktaufnahme mit einer zuständigen Behörde beispielsweise in einer Broschüre, in der die grundlegenden Voraussetzungen für die Erstattung von Ausgaben aufgeführt sind, erteilt werden. Die Mitgliedstaaten sollten in dieser frühen Phase des Strafverfahrens nicht entscheiden müssen, ob das betreffende Opfer die Voraussetzungen für eine Ausgabenerstattung erfüllt.

(24) Opfer sollten von der Polizei eine schriftliche Bestätigung ihrer Anzeige mit den grundlegenden Angaben zu der Straftat wie der Art der Straftat, der Tatzeit und dem Tatort und den durch die Straftat verursachten Schaden erhalten, wenn sie eine Straftat anzeigen. Diese Bestätigung sollte ein Aktenzeichen und den Zeitpunkt und den Ort der Anzeigeerstattung enthalten, damit sie als Nachweis der Anzeigeerstattung beispielsweise in Bezug auf einen Versicherungsanspruch dienen kann.

(25) Unbeschadet der Vorschriften über die Verjährungsfristen sollte eine Verzögerung bei der Anzeige einer Straftat wegen der Angst vor Vergeltung, Erniedrigung oder Stigmatisierung nicht dazu führen, dass die Anzeige des Opfers nicht entgegengenommen wird.

(26) Die Opfer sollten so genau informiert werden, dass sichergestellt ist, dass sie eine respektvolle Behandlung erfahren und in Kenntnis der Sachlage über ihre Beteiligung am Verfahren entscheiden können. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Unterrichtung des Opfers über den Stand des Verfahrens. Dies gilt auch für Informationen, die es dem Opfer ermöglichen zu entscheiden, ob es die Überprüfung der Entscheidung, auf eine Strafverfolgung zu verzichten, beantragen soll. Sofern nicht anders bestimmt, sollte es möglich sein, die Informationen dem Opfer mündlich oder schriftlich — auch auf elektronischem Weg — zu erteilen.

(27) Informationen für das Opfer sollten an die letzte bekannte Postanschrift oder anhand der elektronischen Kontaktangaben, die das Opfer der zuständigen Behörde mitgeteilt hat, übermittelt werden. In Ausnahmefällen, beispielsweise aufgrund der hohen Zahl der Opfer in einem Fall, sollte es möglich sein, die Informationen über die Presse, eine offizielle Website der zuständigen Behörde oder einen vergleichbaren Kommunikationsweg bereitzustellen.

(28) Die Mitgliedstaaten sollten nicht verpflichtet sein, Informationen in Fällen bereitzustellen, in denen eine Offenlegung dieser Informationen die ordnungsgemäße Behandlung eines Falls beeinträchtigen oder einem bestimmten Fall oder einer bestimmten Person Schaden könnte, oder wenn sie der Ansicht sind, dass dies ihren wesentlichen Sicherheitsinteressen widersprechen würde.

(29) Die zuständigen Behörden sollten sicherstellen, dass die Opfer aktualisierte Kontaktangaben für die ihren Fall betreffenden Mitteilungen erhalten, es sei denn, dass das Opfer den Wunsch geäußert hat, derartige Informationen nicht zu erhalten.

(30) Die Bezugnahme auf eine „Entscheidung“ im Zusammenhang mit dem Recht auf Information und auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen sollte lediglich als eine Bezugnahme auf den Schuldspruch oder eine anderweitige Beendigung des Strafverfahrens gelten. Die Gründe für diese Entscheidung sollten dem Opfer entweder durch eine Ausfertigung des Schriftstücks, in dem die Entscheidung wiedergegeben ist, oder durch eine kurze Zusammenfassung der Gründe mitgeteilt werden.

(31) Das Recht auf Mitteilung des Zeitpunkts und des Orts der Verhandlung, die aufgrund der Anzeige einer Straftat, die das Opfer erlitten hat, stattfindet, sollte auch für die Mitteilung

des Zeitpunkts und des Orts einer Sitzung im Zusammenhang mit einem Rechtsbehelf gegen das in dem Fall ergangene Urteil gelten.

(32) Die Opfer sollten zumindest in den Fällen, in denen für sie eine Gefahr oder ein festgestelltes Risiko einer Schädigung bestehen kann, auf Antrag über die Freilassung oder die Flucht des Täters in Kenntnis gesetzt werden, es sei denn, dass festgestellt wird, dass die Inkenntnissetzung das Risiko einer Schädigung des Straftäters birgt. Wird festgestellt, dass die Inkenntnissetzung das Risiko einer Schädigung des Straftäters birgt, so sollte die zuständige Behörde allen anderen Risiken Rechnung tragen, wenn sie über geeignete Maßnahmen entscheidet.

Bei der Bezugnahme auf ein „festgestelltes Risiko einer Schädigung der Opfer“ sollten Faktoren wie die Art und die Schwere der Straftat und das Risiko der Vergeltung zugrunde gelegt werden. Sie sollte daher nicht in Situationen zum Tragen kommen, in denen geringfügige Straftaten begangen wurden und daher nur ein geringes Risiko besteht, dass das Opfer eine Schädigung erfährt.

(33) Opfer sollten über ein etwaiges Recht, gegen eine Entscheidung über die Freilassung des Täters Rechtsbehelf einzulegen, unterrichtet werden, wenn nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften ein solches Recht besteht.

(34) Dem Recht kann nur dann Geltung verschafft werden, wenn Opfer die Umstände der Tat genau erklären und eine Aussage machen können, die die zuständigen Behörden verstehen können.

Gleichermaßen wichtig ist es zu gewährleisten, dass die Opfer respektvoll behandelt werden und ihre Rechte wahrnehmen können. Daher sollten während der Vernehmung des Opfers und um ihm die aktive Teilnahme am Gerichtsverfahren entsprechend der Stellung des Opfers in der jeweiligen Strafrechtsordnung zu ermöglichen, stets kostenlose Dolmetschdienste zur Verfügung stehen.

In anderen Stadien des Strafverfahrens kann der Bedarf einer Dolmetschleistung und Übersetzung von spezifischen Aspekten, der Stellung des Opfers in der jeweiligen Strafrechtsordnung und seiner Verfahrensbeteiligung sowie von besonderen Rechten des Opfers abhängen. Daher muss in diesen Fällen für eine Dolmetschleistung und Übersetzung nur soweit gesorgt werden, wie das Opfer für die Wahrnehmung seiner Rechte darauf angewiesen ist.

(35) Das Opfer sollte das Recht haben, eine Entscheidung, mit der die Dolmetschleistung oder Übersetzung für unnötig befunden wird, gemäß den in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen Verfahren anzufechten. Durch dieses Recht werden die Mitgliedstaaten nicht dazu verpflichtet, einen gesonderten Mechanismus oder ein gesondertes Beschwerdeverfahren einzurichten, mit dem solche Entscheidungen angefochten werden können, und sollten die Strafverfahren nicht ungebührlich verlängert werden. Eine interne Überprüfung der Entscheidung gemäß den bestehenden einzelstaatlichen Verfahren würde ausreichen.

(36) Der Umstand, dass ein Opfer eine weniger stark verbreitete Sprache spricht, sollte an sich keine Begründung für eine Entscheidung sein, dass eine Dolmetschleistung oder Übersetzung das Strafverfahren ungebührlich verlängern würde.

(37) Von dem Zeitpunkt an, zu dem die zuständigen Behörden Kenntnis von dem Opfer haben, während des Strafverfahrens wie auch für einen angemessenen Zeitraum nach dem Verfahren sollte dem Opfer im Einklang mit seinen Bedürfnissen und den in dieser Richtlinie festgelegten Rechten Unterstützung gewährt werden. Die Unterstützung sollte auf verschiedene Art und Weise ohne unnötige Formalitäten geleistet werden und in hinreichender geografischer Verteilung im ganzen Mitgliedstaat zur Verfügung stehen, so dass alle Opfer darauf zurückgreifen können. Opfer, die aufgrund der Schwere der Straftat eine beträchtliche Schädigung erlitten haben, könnten spezialisierte Unterstützungsdienste benötigen.

(38) Personen, die besonders schutzbedürftig sind oder die sich in Situationen befinden, in denen sie einem besonders hohen Risiko einer Schädigung ausgesetzt sind, wie beispielsweise Personen, die wiederholter Gewalt in engen Beziehungen ausgesetzt sind, Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt oder Personen, die Opfer anderer Arten von Straftaten in einem Mitgliedstaat werden, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen oder in dem sie nicht ihren Wohnsitz haben, sollte spezialisierte Unterstützung und rechtlicher Schutz gewährt werden.

Spezialisierte Unterstützungsdienste sollten auf einem integrierten und gezielten Ansatz beruhen, bei dem insbesondere den besonderen Bedürfnissen der Opfer, der Schwere der aufgrund der Straftat erlittenen Schädigung sowie dem Verhältnis zwischen Opfern, Tätern, Kindern und ihrem weiteren sozialen Umfeld Rechnung getragen wird.

Eine Hauptaufgabe dieser Dienste und ihres Personals, die eine wichtige Rolle dabei spielen, das Opfer bei der Erholung und der Überwindung von einer etwaigen Schädigung oder einem etwaigen Trauma infolge der Straftat zu unterstützen, sollte darin bestehen, Opfer über die in dieser Richtlinie festgelegten Rechte zu informieren, damit Opfer in einer verständnisvollen Umgebung, in der sie würdevoll, respektvoll und einfühlsam behandelt werden, Entscheidungen treffen können.

Zu der Unterstützung, die solche spezialisierten Unterstützungsdienste bieten sollten, könnten unter anderem Obdach und sichere Unterbringung, sofortige medizinische Hilfe, die Veranlassung einer ärztlichen und gerichtsmedizinischen Untersuchung im Hinblick auf die Beweiserhebung in Fällen der Vergewaltigung oder sexueller Übergriffe, kurz- und langfristige psychologische Betreuung, Traumabehandlung, Rechtsberatung, anwaltliche Unterstützung und spezifische Dienste für Kinder, die direkt oder indirekt Opfer sind, gehören.

(39) Opferunterstützungsdienste sind nicht verpflichtet, selbst umfassende spezialisierte Fachkompetenz zur Verfügung zu stellen. Opferunterstützungsdienste sollten erforderlichenfalls Opfern dabei helfen, vorhandene professionelle Hilfe beispielsweise durch Psychologen in Anspruch zu nehmen.

(40) Zwar sollte die Leistung der Unterstützung nicht davon abhängig sein, ob das Opfer die Straftat bei einer zuständigen Behörde, wie der Polizei, angezeigt hat, doch sind diese Behörden oft am besten in der Lage, die Opfer über die Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Die Mitgliedstaaten sollten daher angemessene Voraussetzungen dafür schaffen, dass Opfer an Opferunterstützungsdienste vermittelt werden können, unter anderem durch die Gewährleistung, dass die datenschutzrechtlichen Bestimmungen eingehalten werden können und auch tatsächlich eingehalten werden. Wiederholte Vermittlungen sollten vermieden werden.

(41) Das Recht des Opfers auf rechtliches Gehör sollte als gewahrt gelten, wenn das Opfer schriftliche Erklärungen oder Erläuterungen abgeben darf.

(42) Das Recht von Opfern im Kindesalter, in Strafverfahren gehört zu werden, sollte nicht allein deshalb ausgeschlossen werden, weil das Opfer ein Kind ist, und auch nicht aufgrund des Alters des Opfers.

(43) Das Recht, eine Entscheidung über den Verzicht auf eine Strafverfolgung überprüfen zu lassen, sollte dahingehend verstanden werden, dass dies Entscheidungen betrifft, die von Staatsanwälten und Untersuchungsrichtern oder von Strafverfolgungsbehörden wie Polizeibediensteten erlassen wurden, nicht aber gerichtliche Entscheidungen.

Die Überprüfung einer Entscheidung über den Verzicht auf eine Strafverfolgung sollte von einer anderen Person oder Behörde vorgenommen werden als derjenigen, die die Entscheidung getroffen hatte, es sei denn, dass die ursprüngliche Entscheidung, auf eine Strafverfolgung zu verzichten, von der obersten Strafverfolgungsbehörde getroffen wurde, deren Entscheidung keiner Überprüfung unterzogen werden darf; in diesem Fall kann die Überprüfung von derselben Behörde vorgenommen werden.

Das Recht, eine Entscheidung über den Verzicht auf eine Strafverfolgung überprüfen zu lassen, betrifft nicht Sonderverfahren wie Verfahren gegen Parlaments- oder Regierungsmitglieder im Zusammenhang mit der Ausübung ihres Amtes.

(44) Eine Entscheidung über die Beendigung eines Strafverfahrens sollte auch die Fälle abdecken, in denen ein Staatsanwalt entscheidet, die Anklage zurückzuziehen oder das Verfahren einzustellen.

(45) Eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft, die zu einer außergerichtlichen Regelung und damit zu einer Beendigung des Strafverfahrens führt, schließt ein Opfer nur dann von dem Recht auf Überprüfung der Entscheidung der Staatsanwaltschaft, auf eine Strafverfolgung zu verzichten, aus, wenn mit der Regelung eine Verwarnung oder eine Verpflichtung einhergeht.

(46) Wiedergutmachungsdienste, darunter die Mediation zwischen Straftäter und Opfer, Familienkonferenzen und Schlichtungskreise, können für das Opfer sehr hilfreich sein, doch bedarf es Schutzmaßnahmen zur Vermeidung einer sekundären oder wiederholten Viktimisierung, Einschüchterung oder Vergeltung.

Bei solchen Verfahren sollten daher die Interessen und Bedürfnisse des Opfers in den Mittelpunkt gestellt, eine Schädigung des Opfers wiedergutmacht und eine weitere Schädigung vermieden werden.

Faktoren wie die Art und Schwere der Straftat, der Grad der verursachten Traumatisierung, die wiederholte Verletzung der körperlichen, sexuellen oder psychischen Unversehrtheit des Opfers, ungleiches Kräfteverhältnis sowie Alter, Reife oder geistige Fähigkeiten des Opfers, die seine Fähigkeit zu einer Entscheidung in Kenntnis der Sachlage begrenzen oder vermindern oder ein für das Opfer positives Ergebnis verhindern könnten, sollten bei der Wahl des Wiedergutmachungsdienstes und bei der Durchführung eines Wiedergutmachungsverfahrens in Betracht gezogen werden.

Wiedergutmachungsverfahren sollten grundsätzlich vertraulich sein, soweit von den Betroffenen nicht anders vereinbart und soweit nicht nach einzelstaatlichem Recht wegen eines überwiegenden öffentlichen Interesses anders erforderlich. Es kann als im öffentlichen Interesse erforderlich angesehen werden, bestimmte Umstände wie Drohungen oder sonstige Formen der Gewalt, zu denen es während des Verfahrens kommt, bekanntzumachen.

(47) Opfern sollten durch die Teilnahme am Strafverfahren keine Kosten entstehen. Die Mitgliedstaaten sollten nur die notwendigen Kosten der Opfer erstatten müssen, die durch deren Teilnahme am Strafverfahren entstehen, nicht aber die Rechtsanwaltskosten der Opfer. Die Mitgliedstaaten sollten im einzelstaatlichen Recht Bedingungen für die Kostenerstattung vorschreiben können, wie etwa Fristen für die Beantragung der Erstattung, Standardsätze für Aufenthalts- und Reisekosten und tägliche Höchstbeträge für den Ersatz des Verdienstausfalls. Der Anspruch auf Kostenerstattung in einem Strafverfahren sollte nicht in einem Fall entstehen, in denen ein Opfer eine Aussage zu einer Straftat macht. Eine Pflicht zur Kostenerstattung sollte nur insoweit bestehen, als das Opfer verpflichtet ist oder von den zuständigen Behörden aufgefordert wird, anwesend zu sein und aktiv an dem Strafverfahren teilzunehmen.

(48) Im Rahmen von Strafverfahren beschlagnahmte Vermögenswerte, die für eine Rückgabe in Frage kommen, sollten dem Opfer der Straftat so schnell wie möglich zurückgegeben werden, vorbehaltlich außergewöhnlicher Umstände wie im Rahmen einer Streitigkeit hinsichtlich des Eigentums oder wenn der Besitz oder der Vermögenswert an sich nicht rechtmäßig ist. Das Recht auf Rückgabe der Vermögenswerte sollte ihre rechtmäßige Einbehaltung für die Zwecke eines anderen Gerichtsverfahrens unberührt lassen.

(49) Das Recht auf eine Entscheidung über Entschädigung durch den Straftäter und das einschlägige anwendbare Verfahren sollten auch für Opfer gelten, die in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem die Straftat begangen wurde, ansässig sind.

(50) Die in dieser Richtlinie festgelegte Verpflichtung zur Übermittlung von Anzeigen sollte die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zur Verfahrenseinleitung nicht beeinträchtigen und lässt die im Rahmenbeschluss 2009/948/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren¹³ festgelegten Vorschriften zu Konflikten bei der Wahrnehmung der Gerichtszuständigkeit unberührt.

(51) Hat das Opfer das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, in dem die Straftat begangen wurde, verlassen, so sollte dieser Mitgliedstaat nicht mehr verpflichtet sein, ihm Hilfe, Unterstützung und Schutz zu gewähren, es sei denn, dies steht in unmittelbarem Zusammenhang mit Strafverfahren, die der Mitgliedstaat aufgrund der betreffenden Straftat durchführt, wie es bei besonderen Schutzmaßnahmen während des Gerichtsverfahrens der Fall wäre. Der Mitgliedstaat, in dem das Opfer seinen Wohnsitz hat, sollte in einem Umfang Hilfe, Unterstützung und Schutz gewähren, der der Erholungsbedürftigkeit des Opfers gerecht wird.

(52) Es sollten Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit und Würde der Opfer und ihrer Familienangehörigen vor sekundärer und wiederholter Viktimisierung, vor Einschüchterung und vor Vergeltung, wie einstweilige Verfügungen oder Schutz- und Verbotsanordnungen, zur Verfügung stehen.

(53) Das Risiko einer sekundären und wiederholten Viktimisierung, der Einschüchterung und der Vergeltung entweder durch den Straftäter oder infolge der Teilnahme am Strafverfahren

¹³ ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 42.

sollte begrenzt werden, indem Verfahren auf koordinierte und respektvolle Weise so durchgeführt werden, dass die Opfer Vertrauen in die Behörden fassen können.

Die Interaktion mit den zuständigen Behörden sollte dem Opfer so leicht wie möglich gemacht und unnötige Interaktion sollte vermieden werden, beispielsweise indem Vernehmungen auf Video aufgezeichnet werden und die Verwendung dieser Aufzeichnungen im Gerichtsverfahren zugelassen wird.

Den Angehörigen der Rechtsberufe sollte ein möglichst breites Spektrum an Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, um dem Opfer seelische Belastungen im Gerichtsverfahren insbesondere infolge von Sichtkontakt mit dem Täter, seiner Familie, Personen seines Umfelds oder dem Publikum zu ersparen.

Hierzu sollten die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, insbesondere hinsichtlich Gerichtsgebäuden und Polizeistationen realisierbare und praktische Maßnahmen einzuführen, durch denen den Einrichtungen ermöglicht wird, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, wie getrennte Eingänge und Wartezonen, für Opfer. Außerdem sollten die Mitgliedstaaten nach Möglichkeit Strafverfahren so planen, dass Kontakte zwischen Opfern und ihren Familienangehörigen und Tätern vermieden werden, indem beispielsweise Opfer und Täter zu unterschiedlichen Zeiten zu Vernehmungen einbestellt werden.

(54) Der Schutz der Privatsphäre des Opfers kann ein wichtiges Mittel zur Vermeidung von sekundärer und wiederholter Viktimisierung, Einschüchterung und Vergeltung sein und durch eine Vielfalt von Maßnahmen erreicht werden, unter anderem durch die Nichtbekanntgabe oder die nur begrenzte Bekanntgabe von Informationen zur Identität und zum Aufenthalt des Opfers.

Ein solcher Schutz ist bei Opfern im Kindesalter besonders wichtig und schließt die Geheimhaltung des Namens des Kindes ein. Es kann jedoch auch Fälle geben, in denen es ausnahmsweise zum Nutzen des Kindes wäre, wenn Informationen bekanntgegeben oder sogar einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, zum Beispiel im Falle einer Kindesentführung.

Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre und des Rechts der Opfer und ihrer Familienangehörigen am eigenen Bild sollten stets mit dem Recht auf ein faires Verfahren und der Freiheit zur Meinungsäußerung im Einklang stehen, wie sie in den Artikeln 6 und 10 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkannt sind.

(55) Bestimmte Opfer sind während des Strafverfahrens in besonderem Maße in Gefahr einer sekundären und wiederholten Viktimisierung, einer Einschüchterung und Vergeltung durch den Täter ausgesetzt zu sein. Eine solche Gefährdung ergibt sich möglicherweise aus den persönlichen Merkmalen des Opfers sowie dem Wesen oder der Art oder den Umständen der Straftat. Eine solche Gefährdung kann nur anhand individueller Begutachtungen, die möglichst frühzeitig vorgenommen werden sollte, wirksam festgestellt werden. Solche Begutachtungen sollten bei allen Opfern vorgenommen werden, um festzustellen, ob eine Gefährdung hinsichtlich einer sekundären und wiederholten Viktimisierung, Einschüchterung und Vergeltung vorliegt und welche besonderen Schutzmaßnahmen erforderlich sind.

(56) Individuelle Begutachtungen sollten die persönlichen Merkmale des Opfers berücksichtigen, wie Alter, Geschlecht, Geschlechtsidentität, Ausdruck der Geschlechtlichkeit, ethnische Zugehörigkeit, Rasse, Religion, sexuelle Ausrichtung, Gesundheitszustand, Behinde-

rungen, Aufenthaltsstatus, Kommunikationsschwierigkeiten, Beziehung zu dem oder Abhängigkeit vom Täter und vorherige Konfrontation mit einer Straftat.

Sie sollten auch das Wesen oder die Art und die Umstände der Straftat berücksichtigen, etwa ob es sich um Hassverbrechen, in diskriminierender Absicht begangene Verbrechen, sexuelle Gewalt, Gewalt in engen Beziehungen handelt, ob der Täter die Kontrolle hatte, ob der Wohnort des Opfers in einer von hoher Kriminalität gekennzeichneten oder von Banden dominierten Gegend liegt oder ob das Herkunftsland des Opfers nicht der Mitgliedstaat ist, in dem die Straftat begangen wurde.

(57) Opfer von Menschenhandel, Terrorismus, organisierter Kriminalität, Gewalt in engen Beziehungen, sexueller Gewalt oder Ausbeutung, geschlechtsbezogener Gewalt oder Hassverbrechen und Opfer mit Behinderungen und Opfer im Kindesalter sind in hohem Maße einer sekundären und wiederholten Viktimisierung, Einschüchterung und Vergeltung ausgesetzt. Die Frage, ob bei solchen Opfern die Gefahr einer solchen Viktimisierung, Einschüchterung und Vergeltung besteht, sollte besonders sorgfältig begutachtet werden, und es sollte die hohe Wahrscheinlichkeit vorausgesetzt werden, dass solche Opfer besonderer Schutzmaßnahmen bedürfen.

(58) Opfer, deren besonderer Bedarf an Schutz vor sekundärer und wiederholter Viktimisierung, vor Einschüchterung und vor Vergeltung festgestellt wurde, sollten während des Strafverfahrens durch angemessene Maßnahmen geschützt werden. Die genaue Art solcher Maßnahmen sollte durch die individuelle Begutachtung und unter Berücksichtigung der Wünsche des Opfers festgelegt werden. Der Umfang solcher Maßnahmen sollte unbeschadet der Verteidigungsrechte und im Einklang mit den Regelungen über den gerichtlichen Ermessensspielraum festgelegt werden. Die Bedenken und Befürchtungen des Opfers, was das Verfahren anbelangt, sollten bei der Feststellung, ob besondere Maßnahmen für das Opfer erforderlich sind, von zentraler Bedeutung sein.

(59) Aufgrund unmittelbarer operativer Erfordernisse und Zwänge kann es unter Umständen nicht möglich sein, dass die Vernehmungen des Opfers durchgängig von demselben Polizeibediensteten durchgeführt werden; solche operativen Zwänge sind zum Beispiel Krankheit, Mutterschutz oder Elternurlaub. Zudem kann es zum Beispiel aufgrund von Renovierungsarbeiten möglich sein, dass keine Räumlichkeiten vorhanden sind, die speziell für die Vernehmung von Opfern ausgelegt wären. Liegen solche operativen oder praktischen Zwänge vor, kann es in Einzelfällen unmöglich sein, die aufgrund einer individuellen Begutachtung für nötig befundene besondere Maßnahme anzubieten.

(60) Muss nach dieser Richtlinie ein Vormund oder Vertreter für ein Kind bestellt werden, so kann eine natürliche oder eine juristische Person, eine Einrichtung oder eine Behörde diese Funktion(en) übernehmen.

(61) An Strafverfahren beteiligte Amtsträger, die voraussichtlich mit den Opfern in persönlichen Kontakt kommen, sollten Zugang zu angemessenen einführenden Schulungen und Weiterbildungen in einem ihrem Kontakt zu Opfern angemessenen Umfang erhalten und daran teilnehmen können, damit sie in der Lage sind, die Opfer und ihre Bedürfnisse zu erkennen und auf respektvolle, einfühlsame, professionelle und diskriminierungsfreie Weise mit ihnen umzugehen.

Personen, die voraussichtlich an der individuellen Begutachtung beteiligt sind, um die besonderen Schutzbedürfnisse von Opfern zu ermitteln und ihren Bedarf an besonderen

Schutzmaßnahmen festzulegen, sollten besonders darin ausgebildet werden, wie eine solche Begutachtung vorzunehmen ist.

Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass solche Schulungsmaßnahmen für Polizeidienste und Gerichtsbedienstete verfügbar sind. Auch für Anwälte, Staatsanwälte und Richter sowie für Angehörige der Rechtsberufe, die Opferunterstützung oder Wiedergutmachungsdienste leisten, sollten Schulungen gefördert werden.

Dies sollte auch Schulungen zu besonderen Opferunterstützungsdiensten umfassen, auf die Opfer hingewiesen werden sollten, sowie eine Fachausbildung, wenn ihre Tätigkeit sich auf Opfer mit besonderen Bedürfnissen erstreckt, sowie gegebenenfalls eine geeignete spezielle psychologische Schulung. Gegebenenfalls sollten die Schulungsmaßnahmen geschlechtersensibel sein. Die Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten im Hinblick auf Schulungen ergreifen, sollten im Einklang mit dem Budapest-Fahrplan durch Leitlinien, Empfehlungen und den Austausch bewährter Praktiken ergänzt werden.

(62) Die Mitgliedstaaten sollten Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter anerkannte und aktive nichtstaatliche Organisationen, die sich Verbrechenopfern annehmen, fördern und insbesondere bei der Konzipierung strategischer Initiativen, Informations- und Sensibilisierungskampagnen, Forschungs- und Bildungsprogrammen und Schulungsmaßnahmen sowie bei der Überwachung und Bewertung der Folgen von Maßnahmen zur Unterstützung und zum Schutz von Verbrechenopfern eng mit ihnen zusammenarbeiten.

Damit Opfer von Straftaten in ausreichender Weise Hilfe, Unterstützung und Schutz erhalten, sollten die öffentlichen Dienste koordiniert arbeiten und auf allen Verwaltungsebenen — auf Unionsebene wie auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene — einbezogen werden.

Opfer sollten dabei unterstützt werden, die zuständigen Behörden zu finden und mit ihnen Kontakt aufzunehmen, um wiederholte Verweisungen zu vermeiden. Die Mitgliedstaaten sollten die Einrichtung „zentraler Anlaufstellen“ prüfen, die auf die zahlreichen Bedürfnisse der an einem Strafverfahren beteiligten Opfer eingehen, zu denen auch das Bedürfnis nach Information, Hilfe, Unterstützung, Schutz und Entschädigung zählt.

(63) Um die Opfer zur Anzeige von Straftaten zu ermutigen, die Anzeige zu erleichtern und den Opfern die Möglichkeit zu geben, den Kreislauf wiederholter Viktimisierung zu unterbrechen, ist es unbedingt notwendig, dass den Opfern verlässliche Unterstützungsdienste zur Verfügung stehen und dass die zuständigen Behörden in der Lage sind, auf die Anzeigen der Opfer in einer respektvollen, einfühlsamen, professionellen und diskriminierungsfreien Art und Weise zu reagieren.

Hierdurch könnte das Vertrauen von Opfern in die Strafrechtsordnungen der Mitgliedstaaten erhöht und die Zahl der nicht angezeigten Straftaten verringert werden. Angehörige der Rechtsberufe, bei denen Opfer voraussichtlich Straftaten anzeigen, sollten angemessen geschult werden, damit die Anzeige von Straftaten erleichtert wird; ferner sollten Maßnahmen ergriffen werden, durch die Dritte in die Lage versetzt werden, Anzeige zu erstatten, was auch unter Mitwirkung von Organisationen der Zivilgesellschaft erfolgen kann. Es sollte die Möglichkeit bestehen, Kommunikationstechnologien wie E-Mail, Videoaufzeichnungen oder elektronische Formulare für die Anzeigeerstattung zu nutzen.

(64) Eine systematische und angemessene statistische Datenerhebung wird als wesentlicher Bestandteil einer wirksamen Politikgestaltung auf dem Gebiet der in dieser Richtlinie festge-

legten Rechte anerkannt. Um die Bewertung der Anwendung dieser Richtlinie zu erleichtern, sollten die Mitgliedstaaten der Kommission relevante statistische Daten über die Anwendung einzelstaatlicher Verfahren in Bezug auf Opfer von Straftaten übermitteln, wozu zumindest die Zahl und die Art der angezeigten Straftaten und, soweit diese Daten bekannt und verfügbar sind, die Zahl, das Alter und das Geschlecht der Opfer gehören sollten.

Relevante statistische Daten können Daten sein, die von den Justiz- und Strafverfolgungsbehörden erfasst werden, und soweit möglich administrative Daten, die von Gesundheits- und Sozialfürsorgediensten, von öffentlichen sowie nichtstaatlichen Opferunterstützungsdiensten oder Wiedergutmachungsdiensten sowie von anderen Organisationen, die sich Opfern von Straftaten annehmen, zusammengestellt werden.

Justizielle Daten können Informationen über angezeigte Straftaten, die Zahl der Fälle, in denen ermittelt wird, sowie die Zahl der strafrechtlich verfolgten und abgeurteilten Personen umfassen. Administrative Daten zu den bereitgestellten Diensten können soweit möglich Daten umfassen, aus denen hervorgeht, wie die Opfer die von staatlichen Stellen und von öffentlichen und privaten Unterstützungsorganisationen angebotenen Dienste nutzen, wie etwa die Zahl der durch die Polizei erfolgten Vermittlungen an Opferunterstützungsdienste und die Zahl der Opfer, die Unterstützung oder Wiedergutmachung beantragen und erhalten bzw. nicht erhalten.

(65) Diese Richtlinie soll die Bestimmungen des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI ändern und ausweiten. Da es sich um sehr zahlreiche und wesentliche Änderungen handelt, sollte dieser Rahmenbeschluss aus Gründen der Klarheit für diejenigen Mitgliedstaaten, die sich an der Annahme dieser Richtlinie beteiligen, vollständig ersetzt werden.

(66) Diese Richtlinie steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt wurden. Sie soll insbesondere das Recht auf Achtung der Würde des Menschen, das Recht auf Leben, körperliche und geistige Unversehrtheit, das Recht auf Freiheit und Sicherheit, das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, das Eigentumsrecht, den Grundsatz der Nichtdiskriminierung, die Gleichheit von Frauen und Männern, die Rechte des Kindes, älterer Menschen und von Menschen mit Behinderung und das Recht auf ein faires Verfahren stärken.

(67) Da das Ziel dieser Richtlinie, nämlich die Festlegung von Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann und daher wegen seiner Bedeutung und der möglichen Auswirkungen besser auf Unionsebene zu verwirklichen ist, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Richtlinie nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.

(68) Die bei der Durchführung dieser Richtlinie zu verarbeitenden personenbezogenen Daten sollten gemäß dem Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates vom 27. November 2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden¹⁴, und gemäß den Grundsätzen des Übereinkommens des Europarates vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten, das alle Mitgliedstaaten ratifiziert haben, geschützt werden.

¹⁴ ABl. L 350 vom 30.12.2008, S. 60.

(69) Diese Richtlinie lässt die weiterreichenden Bestimmungen in anderen Rechtsakten der Union unberührt, die gezielter die Bedürfnisse besonderer Gruppen von Opfern, wie den Opfern des Menschenhandels und den Opfern des sexuellen Kindesmissbrauchs, der sexuellen Ausbeutung und von Kinderpornografie, behandeln.

(70) Gemäß Artikel 3 des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 21 über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands hinsichtlich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts haben diese Mitgliedstaaten mitgeteilt, dass sie sich an der Annahme und Anwendung dieser Richtlinie beteiligen möchten.

(71) Gemäß den Artikeln 1 und 2 des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 22 über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Richtlinie und ist daher weder durch diese Richtlinie gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet.

(72) Der Europäische Datenschutzbeauftragte hat am 17. Oktober 2011 eine Stellungnahme¹⁵ gestützt auf Artikel 41 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr¹⁶) abgegeben —

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

KAPITEL 1

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Ziele

(1) Ziel dieser Richtlinie ist es sicherzustellen, dass Opfer von Straftaten angemessene Informationen, angemessene Unterstützung und angemessenen Schutz erhalten und sich am Strafverfahren beteiligen können. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Opfer anerkannt werden und bei allen Kontakten mit Opferunterstützungs- und Wiedergutmachungsdiensten oder zuständigen Behörden, die im Rahmen des Strafverfahrens tätig werden, eine respektvolle, einfühlsame, individuelle, professionelle und diskriminierungsfreie Behandlung erfahren.

Die in dieser Richtlinie festgelegten Rechte gelten für die Opfer ohne Diskriminierung, auch in Bezug auf ihren Aufenthaltsstatus.

(2) Handelt es sich bei dem Opfer um ein Kind, so stellen die Mitgliedstaaten im Rahmen der Anwendung dieser Richtlinie sicher, dass das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt gestellt und individuell geprüft wird. Es muss eine kindgerechte Vorgehensweise befolgt werden, wobei dem Alter des Kindes, seiner Reife sowie seinen Ansichten, Bedürfnissen und Sorgen gebührend Rechnung zu tragen ist. Das Kind und gegebenenfalls der Träger des elterlichen Sorgerechts oder der andere rechtliche Vertreter müssen über alle Maßnahmen oder Rechte informiert werden, die besonders auf das Kind ausgerichtet sind.

¹⁵ ABl. C 35 vom 9.2.2012, S. 10.

¹⁶ ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

1. Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck

a) „Opfer“

i) eine natürliche Person, die eine körperliche, geistige oder seelische Schädigung oder einen wirtschaftlichen Verlust, der direkte Folge einer Straftat war, erlitten hat;

ii) Familienangehörige einer Person, deren Tod eine direkte Folge einer Straftat ist, und die durch den Tod dieser Person eine Schädigung erlitten haben;

b) „Familienangehörige“

den Ehepartner des Opfers, die Person, die mit dem Opfer stabil und dauerhaft in einer festen intimen Lebensgemeinschaft zusammenlebt und mit ihm einen gemeinsamen Haushalt führt, sowie die Angehörigen in direkter Linie, die Geschwister und die Unterhaltsberechtigten des Opfers;

c) „Kind“

eine Person, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat;

d) „Wiedergutmachung“

ein Verfahren, das Opfer und Täter, falls sie sich aus freien Stücken dafür entscheiden, in die Lage versetzt, sich mit Hilfe eines unparteiischen Dritten aktiv an einer Regelung der Folgen einer Straftat zu beteiligen.

2. Die Mitgliedstaaten können **Verfahren einführen**,

a) um die Zahl der Familienangehörigen, denen die in dieser Richtlinie festgelegten Rechte zugutekommen können, unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls zu begrenzen, und

b) um im Zusammenhang mit Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii zu bestimmen, welche Familienangehörigen in Bezug auf die Ausübung der in dieser Richtlinie festgelegten Rechte Vorrang haben.

KAPITEL 2

INFORMATION UND UNTERSTÜTZUNG

Artikel 3

Recht, zu verstehen und verstanden zu werden

(1) Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um die Opfer dahin gehend zu unterstützen, dass diese von der ersten Kontaktaufnahme an und bei allen notwendigen weiteren

Kontakten mit einer zuständigen Behörde im Zusammenhang mit einem Strafverfahren verstehen und auch selbst verstanden werden, einschließlich was die von dieser Behörde erteilten Informationen anbelangt.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die mündliche und schriftliche Kommunikation mit Opfern in einfacher und verständlicher Sprache geführt wird. Bei dieser Kommunikation wird den persönlichen Merkmalen des Opfers — einschließlich Behinderungen, die seine Fähigkeit, zu verstehen oder verstanden zu werden, beeinträchtigen können — Rechnung getragen.

(3) Sofern dies nicht den Interessen des Opfers zuwiderläuft oder den Lauf des Verfahrens beeinträchtigt, gestatten die Mitgliedstaaten, dass das Opfer sich bei der ersten Kontaktaufnahme mit einer zuständigen Behörde von einer Person seiner Wahl begleiten lässt, wenn das Opfer aufgrund der Auswirkungen der Straftat Hilfe benötigt, um zu verstehen oder verstanden zu werden.

Artikel 4

Recht auf Information bei der ersten Kontaktaufnahme mit einer zuständigen Behörde

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Opfern ab der ersten Kontaktaufnahme mit einer zuständigen Behörde unverzüglich die nachstehend aufgeführten Informationen zur Verfügung gestellt werden, damit sie die in dieser Richtlinie festgelegten Rechte wahrnehmen können:

- a) die Art der Unterstützung, die das Opfer erhalten kann, und von wem es diese erhalten kann, einschließlich gegebenenfalls grundlegende Informationen über den Zugang zu medizinischer Unterstützung, zu spezialisierter Unterstützung, einschließlich psychologische Betreuung, und zu einer alternativen Unterbringung;
- b) die Verfahren zur Erstattung von Anzeigen hinsichtlich einer Straftat und die Stellung des Opfers in diesen Verfahren;
- c) Informationen darüber, wie und unter welchen Voraussetzungen das Opfer Schutz erhalten kann, einschließlich Schutzmaßnahmen;
- d) Informationen darüber, wie und unter welchen Voraussetzungen das Opfer Rechtsbeistand, Prozesskostenhilfe oder sonstigen Beistand erhalten kann;
- e) Informationen darüber, wie und unter welchen Voraussetzungen das Opfer eine Entschädigung erhalten kann;
- f) Informationen darüber, wie und unter welchen Voraussetzungen das Opfer Anspruch auf Dolmetschleistung und Übersetzung hat;
- g) falls das Opfer in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem die Straftat begangen wurde, wohnhaft ist, besondere Maßnahmen, Verfahren oder Vorkehrungen, die zum Schutz der Interessen des Opfers in dem Mitgliedstaat, in dem die erste Kontaktaufnahme mit der zuständigen Behörde erfolgt, getroffen werden können;

- h) verfügbare Beschwerdeverfahren für den Fall, dass die zuständige Behörde, die im Rahmen des Strafverfahrens tätig wird, die Rechte des Opfers verletzt;
- i) Kontaktangaben für den Fall betreffende Mitteilungen;
- j) verfügbare Wiedergutmachungsdienste;
- k) Informationen darüber, wie und unter welchen Voraussetzungen dem Opfer Ausgaben, die ihm infolge der Teilnahme am Strafverfahren entstehen, erstattet werden können.

(2) Die in Absatz 1 genannten Informationen können entsprechend den konkreten Bedürfnissen und den persönlichen Umständen des Opfers und je nach Wesen oder Art der Straftat unterschiedlich umfangreich bzw. detailliert ausfallen. Weitere Einzelheiten können entsprechend den Bedürfnissen des Opfers und je nachdem, wie relevant diese Einzelheiten für das jeweilige Stadium des Strafverfahrens sind, auch in späteren Stadien zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 5

Rechte der Opfer bei der Anzeige einer Straftat

- (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Opfer eine schriftliche Bestätigung ihrer förmlichen Anzeige bei der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats mit Angabe der grundlegenden Elemente bezüglich der betreffenden Straftat erhalten.
- (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Opfer, die eine Straftat anzeigen wollen und die die Sprache der zuständigen Behörde nicht verstehen oder sprechen, in die Lage versetzt werden, die Anzeige in einer Sprache zu machen, die sie verstehen, oder dabei die erforderliche Hilfe bei der Verständigung erhalten.
- (3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Opfer, die die Sprache der zuständigen Behörde nicht verstehen oder sprechen, auf Antrag kostenlos eine Übersetzung der in Absatz 1 genannten schriftlichen Bestätigung ihrer Anzeige in eine Sprache, die sie verstehen, erhalten.

Artikel 6

Recht der Opfer auf Informationen zu ihrem Fall

- (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Opfer unverzüglich über ihr Recht aufgeklärt werden, folgende Informationen über das Strafverfahren zu erhalten, das auf die Anzeige einer von ihnen erlittenen Straftat hin eingeleitet wurde, und dass sie diese Informationen auf Antrag erhalten:
 - a) Informationen über jedwede Entscheidung, auf Ermittlungen zu verzichten oder diese einzustellen oder den Täter nicht strafrechtlich zu verfolgen;
 - b) Informationen über den Zeitpunkt und den Ort der Hauptverhandlung sowie der Art der gegen den Täter erhobenen Beschuldigungen.
- (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Opfer im Einklang mit ihrer Stellung in der betreffenden Strafrechtsordnung unverzüglich über ihr Recht aufgeklärt werden, folgende Informa-

tionen über das Strafverfahren zu erhalten, das auf die Anzeige einer von ihnen erlittenen Straftat hin eingeleitet wurde, und dass sie diese Informationen auf Antrag erhalten:

- a) Informationen über jedwede rechtskräftige Entscheidung in einem Prozess;
- b) Informationen, die es dem Opfer ermöglichen, sich über den Fortgang des Strafverfahrens zu informieren, außer in Ausnahmefällen, wenn die Mitteilung der ordentlichen Verhandlung der Sache schaden könnte.

(3) Die gemäß Absatz 1 Buchstabe a und Absatz 2 Buchstabe a erteilten Informationen müssen die Begründung oder eine kurze Zusammenfassung der Begründung für die betreffende Entscheidung umfassen, außer im Falle einer von Geschworenen getroffenen Entscheidung oder im Falle einer Entscheidung, deren Begründung vertraulich ist, für die nach einzelstaatlichem Recht keine Begründung gegeben wird.

(4) Der Wunsch des Opfers, Informationen zu erhalten bzw. nicht zu erhalten, ist für die zuständige Behörde verbindlich, es sei denn, dass die Informationen wegen des Rechts des Opfers auf aktive Teilnahme am Strafverfahren erteilt werden müssen. Die Mitgliedstaaten gestatten dem Opfer, seinen Wunsch jederzeit zu ändern, und sie berücksichtigen eine solche Änderung.

(5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Opfer die Möglichkeit erhalten, sich unverzüglich von der Freilassung oder Flucht der Person, die wegen Straftaten gegen sie in Untersuchungshaft genommen wurde, strafrechtlich verfolgt wird oder verurteilt wurde, in Kenntnis setzen zu lassen. Ferner stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass Opfer über alle einschlägigen Maßnahmen informiert werden, die im Fall einer Freilassung oder Flucht des Täters zum Schutz des Opfers getroffen werden.

(6) Opfer erhalten auf Antrag die Informationen gemäß Absatz 5 zumindest in den Fällen, in denen für sie eine Gefahr besteht das Risiko einer Schädigung festgestellt wurde, es sei denn, dass festgestellt wird, dass die Mitteilung das Risiko einer Schädigung des Straftäters birgt.

Artikel 7

Recht auf Dolmetschleistung und Übersetzung

(1) Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass Opfer, die die Sprache des Strafverfahrens nicht verstehen oder sprechen, im Einklang mit ihrer Stellung in der betreffenden Strafrechtsordnung auf Antrag kostenlos eine Dolmetschleistung in Anspruch nehmen können, zumindest bei Vernehmungen oder Befragungen des Opfers durch Ermittlungs- und gerichtliche Behörden, einschließlich polizeilicher Vernehmungen, im Rahmen des Strafverfahrens, sowie für ihre aktive Teilnahme an allen Gerichtsverhandlungen und notwendigen Zwischenverhandlungen.

(2) Unbeschadet der Verteidigungsrechte und im Einklang mit dem jeweiligen gerichtlichen Ermessensspielraum können Kommunikationstechnologien wie Videokonferenzen, Telefon oder Internet verwendet werden, es sei denn, ein Dolmetscher wird vor Ort benötigt, damit das Opfer seine Rechte umfassend wahrnehmen oder das Verfahren verstehen kann.

(3) Die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass Opfer, die die Sprache des betreffenden Strafverfahrens nicht verstehen oder sprechen, im Einklang mit ihrer Stellung im Strafverfahren in der betreffenden Strafrechtsordnung auf Antrag kostenlos Übersetzungen der für die Ausübung ihrer Rechte im Rahmen des Strafverfahrens wesentlichen Informationen in eine Sprache, die sie verstehen, erhalten, soweit diese Informationen den Opfern zur Verfügung gestellt werden. Zu den Übersetzungen dieser Informationen gehören mindestens jedwede Entscheidung, mit der ein Strafverfahren beendet wird, das aufgrund einer von dem Opfer erlittenen Straftat eingeleitet wurde, und auf Antrag des Opfers die Begründung oder eine kurze Zusammenfassung der Begründung dieser Entscheidung, außer im Falle einer von Geschworenen getroffenen Entscheidung oder einer Entscheidung, deren Begründung vertraulich ist, für die nach einzelstaatlichem Recht keine Begründung gegeben wird.

(4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Opfer, die gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b Anspruch auf Informationen über den Zeitpunkt und den Ort der Hauptverhandlung haben und die die Sprache der zuständigen Behörde nicht verstehen, auf Antrag eine Übersetzung der Informationen erhalten, auf die sie Anspruch haben.

(5) Das Opfer kann unter Angabe von Gründen beantragen, dass ein Dokument als wesentlich betrachtet wird. Es ist nicht erforderlich, Passagen wesentlicher Dokumente zu übersetzen, die nicht dafür maßgeblich sind, dass das Opfer aktiv am Strafverfahren teilnehmen kann.

(6) Ungeachtet der Absätze 1 und 3 kann eine mündliche Übersetzung oder eine mündliche Zusammenfassung der wesentlichen Dokumente anstelle einer schriftlichen Übersetzung unter der Bedingung zur Verfügung gestellt werden, dass eine solche mündliche Übersetzung oder mündliche Zusammenfassung einem fairen Verfahren nicht entgegensteht.

(7) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde begutachtet, ob das Opfer Dolmetschleistung oder Übersetzung gemäß den Absätzen 1 und 3 benötigt. Das Opfer kann die Entscheidung, keine Dolmetschleistung oder Übersetzung bereitzustellen, anfechten. Die Verfahrensvorschriften für eine solche Anfechtung richten sich nach dem einzelstaatlichen Recht.

(8) Die Dolmetschleistung und Übersetzung sowie die Prüfung der Anfechtung einer Entscheidung, keine Dolmetschleistung oder Übersetzung nach diesem Artikel bereitzustellen, dürfen das Strafverfahren nicht ungebührlich verlängern.

Artikel 8

Recht auf Zugang zu Opferunterstützung

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Opfer ihrem Bedarf entsprechend vor, während sowie für einen angemessenen Zeitraum nach Abschluss des Strafverfahrens kostenlos Zugang zu Opferunterstützungsdiensten erhalten, die im Interesse der Opfer handeln und dem Grundsatz der Vertraulichkeit verpflichtet sind. Familienangehörige erhalten Zugang zu Opferunterstützungsdiensten entsprechend ihrem Bedarf und dem Ausmaß der Schädigung, die sie infolge der gegen das Opfer begangenen Straftat erlitten haben.

(2) Die Mitgliedstaaten erleichtern die Vermittlung der Opfer an Opferunterstützungsdienste durch die zuständige Behörde, bei der eine Straftat angezeigt wurde, und durch andere einschlägige Einrichtungen.

(3) Die Mitgliedstaaten ergreifen Maßnahmen, um neben den allgemeinen Opferunterstützungsdiensten oder als zu diesen gehörig kostenlose vertrauliche spezialisierte Unterstützungsdienste einzurichten, oder sie ermöglichen es, dass Organisationen zur Opferunterstützung auf bestehende spezialisierte Einrichtungen zurückgreifen können, die eine solche spezialisierte Unterstützung anbieten. Die Opfer erhalten Zugang zu solchen Diensten entsprechend ihrem spezifischen Bedarf; Familienangehörige erhalten Zugang entsprechend ihrem spezifischen Bedarf und dem Ausmaß der Schädigung, die sie infolge der gegen das Opfer begangenen Straftat erlitten haben.

(4) Opferunterstützungsdienste und spezialisierte Unterstützungsdienste können als öffentliche oder nichtstaatliche Organisationen auf haupt- oder ehrenamtlicher Grundlage eingerichtet werden.

(5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Zugang zu Opferunterstützungsdiensten nicht davon abhängig ist, ob ein Opfer eine Straftat einer zuständigen Behörde förmlich angezeigt hat.

Artikel 9

Unterstützung durch Opferunterstützungsdienste

(1) Opferunterstützungsdienste gemäß Artikel 8 Absatz 1 müssen mindestens folgende Dienste zur Verfügung stellen:

- a) Information über sowie Beratung und Unterstützung hinsichtlich der Rechte von Opfern, unter anderem über den Zugang zu nationalen Entschädigungsprogrammen für durch Straftaten verursachte Schädigungen, sowie über die Stellung des Opfers im Strafverfahren, einschließlich der Vorbereitung auf Teilnahme am Prozess;
- b) Information über bestehende einschlägige spezialisierte Unterstützungsdienste oder direkte Vermittlung an solche Dienste;
- c) emotionale und — sofern verfügbar — psychologische Unterstützung;
- d) Beratung zu finanziellen und praktischen Fragen im Zusammenhang mit einer Straftat;
- e) sofern nicht bereits durch sonstige öffentliche oder private Dienste abgedeckt, Beratung zum Risiko sowie zur Verhütung von sekundärer und wiederholter Viktimisierung, von Einschüchterung und von Vergeltung.

(2) Die Mitgliedstaaten fordern die Opferunterstützungsdienste auf, den Schwerpunkt besonders auf den spezifischen Bedarf von Opfern zu legen, die infolge der Schwere der Straftat eine beträchtliche Schädigung erlitten haben.

(3) Sofern nicht von sonstigen öffentlichen oder privaten Diensten abgedeckt, müssen die spezialisierten Unterstützungsdienste gemäß Artikel 8 Absatz 3 mindestens folgende Dienste aufbauen und zur Verfügung stellen:

- a) Unterkunft oder eine sonstige geeignete vorläufige Unterbringung für Opfer, die aufgrund des unmittelbaren Risikos von sekundärer und wiederholter Viktimisierung, Einschüchterung und Vergeltung einen sicheren Aufenthaltsort benötigen;

- b) gezielte und integrierte Unterstützung von Opfern mit besonderen Bedürfnissen, wie Opfern von sexueller Gewalt, Opfern von geschlechtsbezogener Gewalt und Opfern von Gewalt in engen Beziehungen, einschließlich Unterstützung bei der Verarbeitung traumatischer Erlebnisse und Beratungsdienste.

KAPITEL 3

TEILNAHME AM STRAFVERFAHREN

Artikel 10

Anspruch auf rechtliches Gehör

- (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Opfer im Strafverfahren gehört werden und Beweismittel beibringen können. Soll ein Opfer im Kindesalter gehört werden, so ist seinem Alter und seiner Reife Rechnung zu tragen.
- (2) Die Verfahrensvorschriften, nach denen die Opfer in den Strafverfahren gehört werden und Beweismittel beibringen können, richten sich nach dem einzelstaatlichen Recht.

Artikel 11

Rechte bei Verzicht auf Strafverfolgung

- (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Opfer im Einklang mit ihrer Stellung in der betreffenden Strafrechtsordnung das Recht auf Überprüfung einer Entscheidung über den Verzicht auf Strafverfolgung haben. Die Verfahrensvorschriften für diese Überprüfung richten sich nach dem einzelstaatlichen Recht.
- (2) Wird die Stellung des Opfers in der betreffenden Strafrechtsordnung im Einklang mit dem einzelstaatlichen Recht erst bestimmt, nachdem eine Entscheidung über die Strafverfolgung des Täters ergangen ist, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass zumindest die Opfer schwerer Straftaten Anspruch auf die Überprüfung einer Entscheidung über den Verzicht auf Strafverfolgung haben. Die Verfahrensvorschriften für diese Überprüfung richten sich nach dem einzelstaatlichen Recht.
- (3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Opfer unverzüglich über ihr Recht in Kenntnis gesetzt werden, die nötigen Informationen zu erhalten, und dass sie diese Informationen auf Antrag erhalten, um entscheiden zu können, ob sie die Überprüfung einer Entscheidung über den Verzicht auf Strafverfolgung beantragen sollen.
- (4) Wird die Entscheidung, auf eine Strafverfolgung zu verzichten, von der obersten Strafverfolgungsbehörde getroffen, deren Entscheidung nach einzelstaatlichem Recht keiner Überprüfung unterzogen werden darf, so kann die Überprüfung von derselben Behörde vorgenommen werden.
- (5) Die Absätze 1, 3 und 4 finden keine Anwendung auf eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft über den Verzicht auf Strafverfolgung, wenn diese Entscheidung einen außergerichtlichen Vergleich zur Folge hat, soweit das einzelstaatliche Recht eine solche Möglichkeit vorsieht.

Artikel 12

Recht auf Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit Wiedergutmachungsdiensten

(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen Maßnahmen zum Schutz der Opfer vor sekundärer und wiederholter Viktimisierung, vor Einschüchterung und vor Vergeltung, die anzuwenden sind, wenn Wiedergutmachungsdienste zur Verfügung gestellt werden. Mit diesen Maßnahmen wird sichergestellt, dass die Opfer, die sich für die Teilnahme an einem Wiedergutmachungsverfahren entscheiden, Zugang zu sicheren und fachgerechten Wiedergutmachungsdiensten haben; dieser Zugang unterliegt folgenden Bedingungen:

- a) Wiedergutmachungsdienste kommen nur zur Anwendung, wenn dies im Interesse des Opfers ist, vorbehaltlich etwaiger Sicherheitsbedenken und auf der Grundlage der freien und in Kenntnis der Sachlage erteilten Einwilligung des Opfers; die jederzeit widerrufen werden kann;
- b) vor Erklärung seiner Bereitschaft zur Teilnahme an dem Wiedergutmachungsverfahren wird das Opfer umfassend und unparteiisch über das Ausgleichsverfahren und dessen möglichen Ausgang sowie über die Verfahren zur Überwachung der Einhaltung einer Vereinbarung informiert;
- c) der Straftäter hat den zugrunde liegenden Sachverhalt im Wesentlichen zugegeben;
- d) eine Vereinbarung ist freiwillig und kann in weiteren Strafverfahren berücksichtigt werden;
- e) nicht öffentlich geführte Gespräche im Rahmen des Wiedergutmachungsverfahrens sind vertraulich und dürfen auch später nicht bekanntgegeben werden, es sei denn, die Betroffenen stimmen der Bekanntgabe zu oder diese ist wegen eines überwiegenden öffentlichen Interesses nach einzelstaatlichem Recht erforderlich.

(2) Die Mitgliedstaaten unterstützen die Vermittlung an Wiedergutmachungsdienste, wenn dies sachdienlich ist, indem sie unter anderem Verfahren oder Leitlinien betreffend die Voraussetzungen für die Vermittlung an solche Dienste festlegen.

Artikel 13

Anspruch auf Prozesskostenhilfe

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Opfer Prozesskostenhilfe erhalten, wenn sie als Parteien im Strafverfahren auftreten. Die Bedingungen oder Verfahrensvorschriften, nach denen Opfer Prozesskostenhilfe erhalten, richten sich nach dem einzelstaatlichen Recht.

Artikel 14

Anspruch auf Kostenerstattung

Die Mitgliedstaaten bieten Opfern, die am Strafverfahren teilnehmen, die Möglichkeit, sich Ausgaben, die ihnen aufgrund ihrer aktiven Teilnahme am Strafverfahren entstanden sind, im Einklang mit ihrer Stellung in der betreffenden Strafrechtsordnung erstatten zu lassen. Die

Bedingungen oder Verfahrensvorschriften, nach denen die Opfer gegebenenfalls eine Erstattung erhalten können, richten sich nach dem einzelstaatlichen Recht.

Artikel 15

Recht auf Rückgabe von Vermögenswerten

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die im Rahmen des Strafverfahrens beschlagnahmten Vermögenswerte, die für eine Rückgabe in Frage kommen, den Opfern aufgrund einer entsprechenden Entscheidung einer zuständigen Behörde unverzüglich zurückgegeben werden, es sei denn, die Vermögenswerte werden zum Zwecke des Strafverfahrens benötigt. Die Bedingungen oder Verfahrensvorschriften, nach denen die betreffenden Vermögenswerte den Opfern zurückgegeben werden, richten sich nach dem einzelstaatlichen Recht.

Artikel 16

Recht auf Entscheidung über Entschädigung durch den Straftäter im Rahmen des Strafverfahrens

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Opfer einer Straftat das Recht haben, im Rahmen des Strafverfahrens innerhalb einer angemessenen Frist eine Entscheidung über die Entschädigung durch den Straftäter zu erwirken, es sei denn, dass diese Entscheidung nach einzelstaatlichem Recht im Rahmen eines anderen gerichtlichen Verfahrens ergehen muss.

(2) Die Mitgliedstaaten unterstützen Maßnahmen, um die angemessene Entschädigung der Opfer durch die Straftäter zu fördern.

Artikel 17

Rechte der Opfer mit Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre zuständigen Behörden imstande sind, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, damit so wenig Schwierigkeiten wie möglich auftreten, wenn das Opfer seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat als dem Mitgliedstaat hat, in dem die Straftat begangen wurde, insbesondere in Bezug auf den Ablauf des Verfahrens. Dazu müssen die Behörden des Mitgliedstaats, in dem die Straftat begangen wurde, insbesondere in der Lage sein,

a) die Aussage des Opfers unmittelbar nach der Anzeige der Straftat bei der zuständigen Behörde aufzunehmen;

b) bei der Vernehmung von Opfern mit Wohnsitz im Ausland möglichst umfassend von den Bestimmungen über Video- und Telefonkonferenzen, die in dem Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen¹⁷ festgelegt sind, Gebrauch zu machen.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat als dem ihres Wohnsitzes Opfer einer Straftat wurden, Anzeige bei den Behörden ihres Wohnsitzmitgliedstaats erstatten können, wenn sie in dem Mitgliedstaat, in dem die Straftat verübt

¹⁷ ABl. C 197 vom 12.7.2000, S. 3 c.

wurde, dazu nicht in der Lage sind, oder wenn sie die Anzeige im Falle einer nach dem einzelstaatlichen Recht jenes Mitgliedstaats als schwer eingestuftes Straftat nicht dort erstatten möchten.

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständige Behörde, bei der das Opfer die Anzeige erstattet, diese unverzüglich der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, in dem die Straftat verübt wurde, übermittelt, wenn der Mitgliedstaat, in dem die Anzeige erstattet wurde, seine Zuständigkeit, das Verfahren einzuleiten, noch nicht ausgeübt hat.

KAPITEL 4

SCHUTZ DER OPFER UND ANERKENNUNG VON OPFERN MIT BESONDEREN SCHUTZBEDÜRFNISSEN

Artikel 18

Schutzanspruch

Unbeschadet der Verteidigungsrechte stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass Maßnahmen zum Schutz der Opfer und ihrer Familienangehörigen vor sekundärer und wiederholter Viktimisierung, vor Einschüchterung und vor Vergeltung, insbesondere vor der Gefahr einer emotionalen oder psychologischen Schädigung, und zum Schutz der Würde der Opfer bei der Vernehmung oder bei Zeugenaussagen zur Verfügung stehen.

Erforderlichenfalls umfassen die Maßnahmen auch Verfahren, die im einzelstaatlichen Recht im Hinblick auf den physischen Schutz der Opfer und ihrer Familienangehörigen vorgesehen sind.

Artikel 19

Recht des Opfers auf Vermeidung des Zusammentreffens mit dem Straftäter

(1) Die Mitgliedstaaten schaffen die notwendigen Voraussetzungen dafür, dass in Gebäuden, in denen das Strafverfahren verhandelt wird, das Zusammentreffen der Opfer und erforderlichenfalls ihrer Familienangehörigen mit dem Täter vermieden werden kann, es sei denn, dass das Strafverfahren ein solches Zusammentreffen erfordert.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass neue Gerichtsräumlichkeiten über gesonderte Wartebereiche für Opfer verfügen.

Artikel 20

Recht auf Schutz der Opfer während der strafrechtlichen Ermittlungen

Unbeschadet der Verteidigungsrechte und im Einklang mit dem jeweiligen gerichtlichen Ermessensspielraum stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass während der strafrechtlichen Ermittlungen

- a) Opfer unverzüglich nach Anzeige der Straftat bei der zuständigen Behörde vernommen werden;

- b) sich die Anzahl der Vernehmungen der Opfer auf ein Mindestmaß beschränken und Vernehmungen nur dann erfolgen, wenn sie für die Zwecke der strafrechtlichen Ermittlungen unbedingt erforderlich sind;
- c) Opfer von ihrem rechtlichen Vertreter und einer Person ihrer Wahl begleitet werden können, es sei denn, dass eine begründete gegenteilige Entscheidung getroffen wurde;
- d) medizinische Untersuchungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden und nur durchgeführt werden, wenn sie für die Zwecke der strafrechtlichen Ermittlungen unbedingt erforderlich sind.

Artikel 21

Recht auf Schutz der Privatsphäre

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die zuständigen Behörden während des Strafverfahrens geeignete Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre — einschließlich der bei der individuellen Begutachtung des Opfers gemäß Artikel 22 berücksichtigten persönlichen Merkmale — und des Rechts der Opfer und ihrer Familienangehörigen am eigenen Bild treffen können.

Ferner stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die zuständigen Behörden sämtliche rechtlich zulässigen Maßnahmen zur Verhinderung der öffentlichen Verbreitung aller Informationen, die zur Identifizierung eines Opfers im Kindesalter führen könnte, treffen können.

(2) Zum Schutz der Privatsphäre, der persönlichen Integrität und der personenbezogenen Daten der Opfer fördern die Mitgliedstaaten unter Achtung der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit sowie der Freiheit der Medien und ihrer Pluralität, dass die Medien Selbstkontrollmaßnahmen treffen.

Artikel 22

Individuelle Begutachtung der Opfer zur Ermittlung besonderer Schutzbedürfnisse

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Opfer nach Maßgabe der einzelstaatlichen Verfahren frühzeitig einer individuellen Begutachtung unterzogen werden, damit besondere Schutzbedürfnisse ermittelt werden und festgestellt wird, ob und inwieweit ihnen Sondermaßnahmen im Rahmen des Strafverfahrens gemäß Artikel 23 und Artikel 24 infolge ihrer besonderen Gefährdung hinsichtlich sekundärer und wiederholter Viktimisierung, Einschüchterung und Vergeltung zugutekommen würden.

(2) Bei der individuellen Begutachtung wird insbesondere Folgendes berücksichtigt:

- a) die persönlichen Merkmale des Opfers;
- b) die Art oder das Wesen der Straftat sowie
- c) die Umstände der Straftat.

(3) Im Rahmen der individuellen Begutachtung erhalten folgende Opfer besondere Aufmerksamkeit:

- Opfer, die infolge der Schwere der Straftat eine beträchtliche Schädigung erlitten haben;
- Opfer, die Hasskriminalität und von in diskriminierender Absicht begangenen Straftaten erlitten haben, die insbesondere im Zusammenhang mit ihren persönlichen Merkmalen stehen könnten;
- Opfer, die aufgrund ihrer Beziehung zum und Abhängigkeit vom Täter besonders gefährdet sind.

Dabei sind Opfer von Terrorismus, organisierter Kriminalität, Menschenhandel, geschlechtsbezogener Gewalt, Gewalt in engen Beziehungen, sexueller Gewalt oder Ausbeutung oder Hassverbrechen sowie Opfer mit Behinderungen gebührend zu berücksichtigen.

(4) Für die Zwecke dieser Richtlinie gelten Opfer im Kindesalter als Opfer mit besonderen Schutzbedürfnissen, da bei ihnen die Gefahr der sekundären und wiederholten Viktimisierung, der Einschüchterung und der Vergeltung besteht. Um festzustellen, ob und inwieweit ihnen Sondermaßnahmen gemäß den Artikeln 23 und 24 zugutekommen würden, werden Opfer im Kindesalter einer individuellen Begutachtung gemäß Absatz 1 des vorliegenden Artikels unterzogen.

(5) Die individuelle Begutachtung kann je nach Schwere der Tat und Ausmaß der erkennbaren Schädigung des Opfers mehr oder weniger umfassend sein.

(6) Die Opfer werden eng in die individuelle Begutachtung einbezogen; dabei werden ihre Wünsche berücksichtigt, unter anderem auch der Wunsch, nicht in den Genuss von Sondermaßnahmen gemäß den Artikeln 23 und 24 zu kommen.

(7) Tritt eine wesentliche Änderung bei den Elementen ein, die der individuellen Begutachtung zugrunde liegen, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die individuelle Begutachtung im Zuge des Strafverfahrens aktualisiert wird.

Artikel 23

Schutzanspruch der Opfer mit besonderen Schutzbedürfnissen während des Strafverfahrens

(1) Unbeschadet der Verteidigungsrechte und im Einklang mit dem jeweiligen gerichtlichen Ermessensspielraum stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass Opfer mit besonderen Schutzbedürfnissen, zu deren Gunsten Sondermaßnahmen infolge einer individuellen Begutachtung gemäß Artikel 22 Absatz 1 ergriffen werden, in den Genuss der in den Absätzen 2 und 3 des vorliegenden Artikels vorgesehenen Maßnahmen kommen können. Von der Durchführung einer infolge der individuellen Begutachtung vorgesehenen Sondermaßnahme wird abgesehen, wenn operative oder praktische Zwänge die Durchführung unmöglich machen oder wenn die dringende Notwendigkeit einer Vernehmung des Opfers besteht und ein anderes Vorgehen das Opfer oder eine andere Person schädigen bzw. den Gang des Verfahrens beeinträchtigen könnte.

(2) Opfern, deren besondere Schutzbedürfnisse gemäß Artikel 22 Absatz 1 ermittelt wurden, stehen während der strafrechtlichen Ermittlungen folgende Maßnahmen zur Verfügung:

- a) Das Opfer wird in Räumlichkeiten vernommen, die für diesen Zweck ausgelegt sind oder diesem Zweck angepasst wurden;

b) die Vernehmung des Opfers wird von für diesen Zweck ausgebildeten Fachkräften oder unter deren Mitwirkung durchgeführt;

c) sämtliche Vernehmungen des Opfers werden von denselben Personen durchgeführt, es sei denn, dies ist nicht im Sinne einer geordneten Rechtspflege;

d) Opfer sexueller Gewalt, geschlechtsbezogener Gewalt oder von Gewalt in engen Beziehungen werden von einer Person des gleichen Geschlechts wie das Opfer vernommen, wenn das Opfer dies wünscht und der Gang des Strafverfahrens dadurch nicht beeinträchtigt wird, es sei denn, die Vernehmung erfolgt durch einen Staatsanwalt oder einen Richter.

(3) Opfern, deren besondere Schutzbedürfnisse gemäß Artikel 22 Absatz 1 ermittelt wurden, stehen während der Gerichtsverhandlung folgende Maßnahmen zur Verfügung:

a) Maßnahmen zur Verhinderung des Blickkontakts zwischen Opfern und Tätern — auch während der Aussage der Opfer — mit Hilfe geeigneter Mittel, unter anderem durch die Verwendung von Kommunikationstechnologie;

b) Maßnahmen zur Gewährleistung, dass das Opfer insbesondere mit Hilfe geeigneter Kommunikationstechnologie vernommen werden kann, ohne im Gerichtssaal anwesend zu sein;

c) Maßnahmen zur Vermeidung einer unnötigen Befragung zum Privatleben des Opfers, wenn dies nicht im Zusammenhang mit der Straftat steht, und

d) Maßnahmen zur Ermöglichung des Ausschlusses der Öffentlichkeit während der Verhandlung.

Artikel 24

Schutzanspruch von Opfern im Kindesalter während des Strafverfahrens

(1) Ist das Opfer ein Kind, so stellen die Mitgliedstaaten zusätzlich zu den in Artikel 23 vorgesehenen Maßnahmen sicher, dass

a) sämtliche Vernehmungen des Opfers im Kindesalter in strafrechtlichen Ermittlungen audiovisuell aufgezeichnet werden können und die Aufzeichnung als Beweismittel in Strafverfahren verwendet werden kann;

b) die zuständigen Behörden bei strafrechtlichen Ermittlungen und Verfahren im Einklang mit der Stellung des Opfers in der betreffenden Strafrechtsordnung für Opfer im Kindesalter einen besonderen Vertreter bestellen, wenn die Träger des elterlichen Sorgerechts nach Maßgabe des einzelstaatlichen Rechts das Opfer im Kindesalter aufgrund eines Interessenkonflikts zwischen ihnen und dem Opfer im Kindesalter nicht vertreten dürfen oder wenn es sich um ein unbegleitetes oder von seiner Familie getrenntes Opfer im Kindesalter handelt;

c) das Opfer im Kindesalter — wenn es das Recht auf einen Rechtsanwalt hat — in Verfahren, in denen es einen Interessenkonflikt zwischen dem Opfer im Kindesalter und den

Trägern des elterlichen Sorgerechts gibt oder geben könnte, das Recht auf rechtlichen Rat und rechtliche Vertretung in seinem eigenen Namen hat.

Die Verfahrensvorschriften für die audiovisuellen Aufzeichnungen gemäß Unterabsatz 1 Buchstabe a und für deren Verwendung richten sich nach dem einzelstaatlichen Recht.

(2) Konnte das Alter eines Opfers nicht festgestellt werden und gibt es Grund zu der Annahme, dass es sich bei dem Opfer um ein Kind handelt, so gilt das Opfer für die Zwecke dieser Richtlinie als Kind.

KAPITEL 5

SONSTIGE BESTIMMUNGEN

Artikel 25

Schulung der betroffenen Berufsgruppen

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Amtsträger die voraussichtlich mit Opfern in Kontakt kommen, wie Polizeibedienstete und Gerichtsbedienstete, eine für ihren Kontakt mit den Opfern angemessene allgemeine wie auch spezielle Schulung erhalten, um bei ihnen das Bewusstsein für die Bedürfnisse der Opfer zu erhöhen und sie in die Lage zu versetzen, einen unvoreingenommenen, respektvollen und professionellen Umgang mit den Opfern zu pflegen.

(2) Unbeschadet der Unabhängigkeit der Justiz und der Unterschiede in der Organisation der Justiz innerhalb der Union verlangen die Mitgliedstaaten, dass diejenigen, die für die Weiterbildung von an Strafverfahren beteiligten Richtern und Staatsanwälten zuständig sind, allgemeine wie auch spezielle Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung stellen, um bei Richtern und Staatsanwälten das Bewusstsein für die Bedürfnisse der Opfer zu verbessern.

(3) Unter gebührender Achtung der Unabhängigkeit der Rechtsberufe empfehlen die Mitgliedstaaten, dass diejenigen, die für die Weiterbildung von Rechtsanwälten zuständig sind, allgemeine wie auch spezielle Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung stellen, um das Bewusstsein der Rechtsanwälte für die Bedürfnisse der Opfer zu verbessern.

(4) Die Mitgliedstaaten fördern über ihre öffentlichen Stellen oder durch die Finanzierung von Organisationen zur Opferunterstützung Initiativen, die ermöglichen, dass diejenigen, die Opferunterstützung leisten oder Wiedergutmachungsdienste zur Verfügung stellen, eine ihrem Kontakt mit den Opfern angemessene Schulung erhalten und die beruflichen Verhaltensregeln beachten, mit denen sichergestellt wird, dass sie ihre Tätigkeit, unvoreingenommen, respektvoll, einfühlsam und professionell ausführen.

(5) Entsprechend den jeweiligen Aufgaben, der Art und Intensität des Kontakts mit den Opfern muss die Schulung darauf abzielen, die Angehörigen der Rechtsberufe in die Lage zu versetzen, die Opfer respektvoll, professionell und diskriminierungsfrei anzuerkennen und zu behandeln.

Artikel 26

Zusammenarbeit und Koordinierung von Diensten

(1) Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Maßnahmen zur Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten mit dem Ziel, die Wahrnehmung der in dieser Richtlinie und im einzelstaatlichen Recht festgelegten Rechte der Opfer durch diese Opfer zu verbessern. Mit dieser Zusammenarbeit werden mindestens die folgenden Ziele verfolgt:

- a) der Austausch bewährter Verfahren;
- b) eine einzelfallbezogene Konsultation sowie
- c) die Unterstützung europäischer Netze, die sich mit Fragen befassen, die für die Rechte der Opfer unmittelbar von Belang sind.

(2) Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Maßnahmen, auch über das Internet, die darauf abzielen, die in dieser Richtlinie dargelegten Rechte bekannt zu machen, das Risiko der Viktimisierung zu verringern und die negativen Auswirkungen von Straftaten und das Risiko der sekundären und wiederholten Viktimisierung, der Einschüchterung und der Vergeltung zu minimieren, insbesondere durch die Ausrichtung der Maßnahmen auf gefährdete Gruppen wie Kinder und Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt und von Gewalt in engen Beziehungen. Zu diesen Maßnahmen können Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen sowie Forschungs- und Bildungsprogramme gehören, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einschlägigen Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen Akteuren.

KAPITEL 6

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 27

Umsetzung

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie bis 16. November 2015 nachzukommen.

(2) Wenn die Mitgliedstaaten diese Vorschriften erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

Artikel 28

Bereitstellung von Daten und Statistiken

Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission spätestens bis zum 16. November 2017 und danach alle drei Jahre die verfügbaren Daten, aus denen hervorgeht, wie und in welchem Umfang die Opfer ihre in dieser Richtlinie festgelegten Rechte wahrgenommen haben.

Artikel 29

Bericht

Die Kommission übermittelt dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum 16. November 2017 einen Bericht, in dem sie bewertet, inwieweit die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen getroffen haben, um dieser Richtlinie nachzukommen, wobei sie auch die nach den Artikeln 8, 9 und 23 ergriffenen Maßnahmen beschreibt, und unterbreitet erforderlichenfalls Gesetzgebungsvorschläge.

Artikel 30

Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2001/220/JI

Der Rahmenbeschluss 2001/220/JI wird in Bezug auf die Mitgliedstaaten, die sich an der Annahme dieser Richtlinie beteiligen, unbeschadet der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit den Fristen für die Umsetzung in einzelstaatliches Recht durch diese Richtlinie ersetzt.

In Bezug auf die Mitgliedstaaten, die sich an der Annahme dieser Richtlinie beteiligen, gelten Verweise auf jenen Rahmenbeschluss als Verweise auf diese Richtlinie.

Artikel 31

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Artikel 32

Adressaten

Diese Richtlinie ist gemäß den Verträgen an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Straßburg am 25. Oktober 2012.

Im Namen des Europäischen Parlaments: Der Präsident, M. SCHULZ

Im Namen des Rates: Der Präsident, A. D. MAVROYIANNIS

Hinweis:

Die Bedeutung der Richtlinie für die deutsche Rechtspolitik u.a. wurde bis zum Redaktionsschluss dieses Bandes, soweit bekannt, in drei Fachbeiträgen erörtert, auf die zur Vertiefung hingewiesen wird:

Hartmann, Arthur / **Haas**, Marie: The Victims' Directive and Restorative Justice in Germany. In: Gavrielidis, Theo (Ed.): A Victim-Led Criminal Justice System: Addressing the Paradox. London: IARS Publications 2014. Pp. 119-141.

- Kilchling**, Michael: Entwicklungsperspektiven für den Täter-Opfer-Ausgleich nach der neuen EU-Opferrichtlinie: Recht auf TOA? In: TOA-Magazin 2014, No. 2, September, S. 36-39.
- Meier**, Bernd-Dieter: Neues aus Europa? Die Opferschutzrichtlinie der EU. In: Mark A. Zöller u.a. (Hrsg.): Festschrift für Jürgen Wolter. Berlin: Duncker & Humblot 2013, S. 1387-1400.

III-2: Council of Europe

COMMITTEE OF MINISTERS

Recommendation Rec(2006)8 of the Committee of Ministers to Member States on Assistance to Crime Victims

(Adopted by the Committee of Ministers on 14 June 2006 at the 967th meeting of the Ministers' Deputies)

The Committee of Ministers,

under the terms of Article 15.b of the Statute of the Council of Europe,

Aware of the fact that criminal victimisation is a daily phenomenon affecting the lives of citizens throughout Europe;

Having regard to Recommendation No. R (87) 21 on the assistance to victims and the prevention of victimisation, intended to complement the European Convention on the Compensation of Victims of Violent Crime (ETS No. 116, 1983) and Recommendation No. R (85) 11 on the position of the victim in the framework of criminal law and procedure;

Noting that, since the adoption of Recommendation No. R (87) 21, several recommendations have been adopted by the Committee of Ministers and significant developments have occurred in the field of assistance to victims including developments in national legislation and practice, a better understanding of the victims' needs and new research;

Bearing in mind the European Convention on the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms (ETS No. 5, 1950), the European Convention on the Compensation of Victims of Violent crimes (see above), the Council of Europe Convention on the Prevention of Terrorism (CETS No. 196, 2005) and the Council of Europe Convention on Action against trafficking in Human Beings (CETS No. 197, 2005);

Recalling the resolutions of the conferences of the European ministers of justice in 2003 and 2005, inviting the Committee of Ministers to adopt new rules concerning the support of victims of terrorist acts and their families;

Noting the work of the Committee of Experts on Terrorism (CODEXTER), with regard to victims of terrorism;

Having considered the Guidelines on human rights and the fight against terrorism adopted by the Committee of Ministers on 11 July 2002 and the Guidelines on the protection of victims of terrorist acts, adopted on 2 March 2005;

Taking account of the standards developed by the European Union and by the United Nations with regard to victims;

Noting with appreciation the achievements of non-governmental organisations in assisting victims;

Aware of the need for co-operation between states particularly to assist victims of terrorism and other forms of transnational crimes;

Aware of the need to prevent repeat victimisation, in particular for victims belonging to vulnerable groups;

Convinced that it is as much the responsibility of the state to ensure that victims are assisted as it is to deal with offenders,

Recommends that the governments of member states disseminate and be guided in their internal legislation and practice by the principles set out in the appendix to this recommendation which replaces Recommendation No. R (87) 21 on the assistance to victims and the prevention of victimisation.

Appendix to Recommendation Rec(2006)8

1. Definitions

For the purpose of this recommendation,

- 1.1. Victim means a natural person who has suffered harm, including physical or mental injury, emotional suffering or economic loss, caused by acts or omissions that are in violation of the criminal law of a member state. The term victim also includes, where appropriate, the immediate family or dependants of the direct victim.
- 1.2. Repeat victimisation means a situation when the same person suffers from more than one criminal incident over a specific period of time.
- 1.3. Secondary victimisation means the victimisation that occurs not as a direct result of the criminal act but through the response of institutions and individuals to the victim.

2. Principles

- 2.1. States should ensure the effective recognition of, and respect for, the rights of victims with regard to their human rights; they should, in particular, respect the security, dignity, private and family life of victims and recognise the negative effects of crime on victims.
- 2.2. States should ensure that the measures set forth in this recommendation are made available to victims without discrimination.
- 2.3. The granting of these services and measures should not depend on the identification, arrest, prosecution or conviction of the perpetrator of the criminal act.

3. Assistance

- 3.1. States should identify and support measures to alleviate the negative effects of crime and to undertake that victims are assisted in all aspects of their rehabilitation, in the community, at home and in the workplace.

- 3.2. The assistance available should include the provision of medical care, material support and psychological health services as well as social care and counselling. These services should be provided free of charge at least in the immediate aftermath of the crime.
- 3.3. Victims should be protected as far as possible from secondary victimisation.
- 3.4. States should ensure that victims who are particularly vulnerable, either through their personal characteristics or through the circumstances of the crime, can benefit from special measures best suited to their situation.
- 3.5. Wherever possible, the assistance should be provided in a language understood by the victim.

4. Role of the public services

- 4.1. States should identify and support measures to encourage respect and recognition of victims and understanding of the negative effects of crime amongst all personnel and organisations coming into contact with victims.

Criminal justice agencies

- 4.2. The police and other criminal justice agencies should identify the needs of victims to ensure that appropriate information, protection and support is made available.
- 4.3. In particular, states should facilitate the referral of victims by the police to assistance services so that the appropriate services may be offered.
- 4.4. Victims should be provided with explanations of decisions made with regard to their case and have the opportunity to provide relevant information to the criminal justice personnel responsible for making these decisions.
- 4.5. Legal advice should be made available where appropriate.

Agencies in the community

- 4.6. States should promote the provision of special measures for the support or protection of victims by organisations providing, for example, health services, social security, housing, education and employment.

Role of embassies and consulates

- 4.7. Embassies and consulates should provide their nationals who become victims of crime with appropriate information and assistance.

5. Victim support services

- 5.1. States should provide or promote dedicated services for the support of victims and encourage the work of non governmental organisations in assisting victims.

Minimum standards

5.2. Such services should:

- be easily accessible;
- provide victims with free emotional, social and material support before, during and after the investigation and legal proceedings;
- be fully competent to deal with the problems faced by the victims they serve;
- provide victims with information on their rights and on the services available;
- refer victims to other services when necessary;
- respect confidentiality when providing services.

Specialised centres

5.3. States are encouraged to support the setting up or the maintenance of specialised centres for victims of crimes such as sexual and domestic violence and to facilitate access to these centres.

5.4. States may also consider it necessary to encourage the establishment or maintenance of specialised centres for victims of crimes of mass victimisation, including terrorism.

National help lines

5.5. States are encouraged to set up or to support free national telephone help lines for victims.

Co-ordination of services for victims

5.6. States should take steps to ensure that the work of services offering assistance to victims is co-ordinated and that:

- a comprehensive range of services is available and accessible;
- standards of good practice for services offering help to victims are prepared and maintained;
- appropriate training is provided and co-ordinated;
- services are accessible to government for consultation on proposed policies and legislation.

This co-ordination could be provided by a single national organisation or by some other means.

6. Information

Provision of information

- 6.1. States should ensure that victims have access to information of relevance to their case and necessary for the protection of their interests and the exercise of their rights.
- 6.2. This information should be provided as soon as the victim comes into contact with law enforcement or criminal justice agencies or with social or health care services. It should be communicated orally as well as in writing, and as far as possible in a language understood by the victim.

Content of the information

- 6.3. All victims should be informed of the services or organisations which can provide support and the type and, where relevant, the costs of the support.
- 6.4. When an offence has been reported to law enforcement or criminal justice agencies, the information provided to the victim should also include as a minimum:
 - i. the procedures which will follow and the victims' role in these procedures;
 - ii. how and in what circumstances the victim can obtain protection;
 - iii. how and in what circumstances the victim can obtain compensation from the offender;
 - iv. the availability and, where relevant, the cost of:
 - legal advice,
 - legal aid, or
 - any other sort of advice;
 - v. how to apply for state compensation, if eligible;
 - vi. if the victim is resident in another state, any existing arrangements which will help to protect his or her interests.

Information on legal proceedings

- 6.5. States should ensure in an appropriate way that victims are kept informed and understand:
 - the outcome of their complaint;
 - relevant stages in the progress of criminal proceedings;
 - the verdict of the competent court and, where relevant, the sentence.

Victims should be given the opportunity to indicate that they do not wish to receive such information.

7. Right to effective access to other remedies

- 7.1. Victims may need to seek civil remedies to protect their rights following a crime. States should therefore take the necessary steps to ensure that victims have effective access to all civil remedies, and within a reasonable time, through:
- the right of access to competent courts; and
 - legal aid in appropriate cases.
- 7.2. States should institute procedures for victims to claim compensation from the offender in the context of criminal proceedings. Advice and support should also be provided to victims in making these claims and in enforcing any payments awarded.

8. State compensation

Beneficiaries

- 8.1. Compensation should be provided by the state for:
- victims of serious, intentional, violent crimes, including sexual violence;
 - the immediate family and dependants of victims who have died as a result of such crime.

Compensation scheme

- 8.2. States should adopt a compensation scheme for the victims of crimes committed on their territory, irrespective of the victim's nationality.
- 8.3. The compensation awarded to victims should be based on the principle of social solidarity.
- 8.4. The compensation should be granted without undue delay, at a fair and appropriate level.
- 8.5. Since many persons are victimised in European states other than their own, states are encouraged to co-operate to enable victims to claim compensation from the state in which the crime occurred by applying to a competent agency in their own country.

Damages requiring compensation

- 8.6. Compensation should be provided for treatment and rehabilitation for physical and psychological injuries.

- 8.7. States should consider compensation for loss of income, funeral expenses and loss of maintenance for dependants. States may also consider compensation for pain and suffering.
- 8.8. States may consider means to compensate damage resulting from crimes against property.

Subsidiarity

- 8.9. State compensation should be awarded to the extent that the damage is not covered by other sources such as the offender, insurance or state funded health and social provisions.

9. Insurance

- 9.1. States should evaluate the extent of cover available under public or private insurance schemes for the various categories of criminal victimisation. The aim should be to promote equal access to insurance for all residents.
- 9.2. States should encourage the principle that insurance be made available to as many people as possible. Insurance should be available to cover the person's belongings, as well as their physical integrity.
- 9.3. States are encouraged to promote the principle that insurance policies do not exclude damages caused by acts of terrorism unless other applicable provisions exist.

10. Protection

Protection of physical and psychological integrity

- 10.1. States should ensure, at all stages of the procedure, the protection of the victim's physical and psychological integrity. Particular protection may be necessary for victims who could be required to provide testimony.
- 10.2. Specific protection measures should be taken for victims at risk of intimidation, reprisals or repeat victimisation.
- 10.3. States should take the necessary measures to ensure that, at least in cases where there might be danger to the victims, when the person prosecuted or sentenced for an offence is released, a decision may be taken to notify the victims if necessary.
- 10.4. In so far as a state forwards on its own initiative the information referred to in paragraph 10.3, it should ensure that victims have the right to choose not to receive it, unless communication thereof is compulsory under the terms of the relevant criminal proceedings.

Protection against repeat victimisation

- 10.5. States should develop policies to identify and combat repeat victimisation. The prevention of repeat victimisation should be an essential element in all strategies for victim assistance and crime prevention.
- 10.6. All personnel in contact with victims should receive adequate training on the risks of repeat victimisation and on ways to reduce such risks.
- 10.7. Victims should be advised on the risk of repeat victimisation and of the means of reducing these risks as well as assistance in implementing the measures proposed.

Protection of privacy

- 10.8. States should take appropriate steps to avoid as far as possible impinging on the private and family life of victims as well as to protect the personal data of victims, in particular during the investigation and prosecution of the crime.
- 10.9. States should encourage the media to adopt and respect self regulation measures in order to protect victims' privacy and personal data.

11. Confidentiality

- 11.1. States should require all agencies, whether statutory or non-governmental, in contact with victims, to adopt clear standards by which they may only disclose to a third party information received from or relating to a victim under the condition that:
 - the victim has explicitly consented to such disclosure;
 - there is a legal requirement or authorisation to do so.
- 11.2. In these two cases of exception, clear rules should govern the disclosure procedures. Complaints procedures should be published for dealing with alleged breaches to the rules.

12. Selection and training of personnel

- 12.1. States should assist and support victim support services to:
 - develop appropriate standards for the selection of all paid and voluntary staff providing direct assistance to victims;
 - organise training and support for all paid and voluntary staff to ensure that such assistance is delivered according to professional standards.

Training

- 12.2. Training should as a minimum include:
 - awareness of the negative effects of crime on victims;

- skills and knowledge required to assist victims;
- awareness of the risk of causing secondary victimisation and the skills to prevent this.

Specialised training

- 12.3. Specialised training should be provided to all personnel working with child victims and victims of special categories of crime, for example, domestic or sexual violence, terrorism, crimes motivated by racial, religious or other prejudice, as well as to families of murder victims.

Training of personnel in other services

- 12.4. Member states should ensure that appropriate training is provided for:
- the police and personnel involved in the administration of justice;
 - the emergency services and others attending the scene of a major incident;
 - relevant staff in health, housing, social security, education and employment services.
- 12.5. Such personnel should be trained to a level which is appropriate to their contact with victims. Training should include, as a minimum:
- general awareness of the effects of crime on a victim's attitudes and behaviour, including verbal behaviour;
 - the risk of causing secondary victimisation and the skills required to minimise this risk;
 - the availability of services providing information and support specific to the needs of victims and the means of accessing these services.

13. Mediation

- 13.1. Taking into account the potential benefits of mediation for victims, statutory agencies should, when dealing with victims, consider, where appropriate and available, the possibilities offered for mediation between the victim and the offender, in conformity with Committee of Ministers' Recommendation R (99) 19 on mediation in criminal matters.
- 13.2. The interests of victims should be fully and carefully considered when deciding upon and during a mediation process. Due consideration should be given not only to the potential benefits but also to the potential risks for the victim.
- 13.3. Where mediation is envisaged, states should support the adoption of clear standards to protect the interests of victims. These should include the ability of the parties to give free consent, issues of confidentiality, access to independent advice,

the possibility to withdraw from the process at any stage and the competence of mediators.

14. Co-ordination and co-operation

- 14.1. Each state should develop and maintain co-ordinated strategies to promote and protect the rights and interests of victims.
- 14.2. To this end, each state should ensure, both nationally and locally, that:
 - all agencies involved in criminal justice, social provision and health care, in the statutory, private and voluntary sectors, work together to ensure a co-ordinated response to victims;
 - additional procedures are elaborated to deal with large scale victimisation situations, together with comprehensive implementation plans including the identification of lead agencies.

15. International co-operation

Preparation of states' responses

- 15.1. States should co-operate in preparing an efficient and co-ordinated response for transnational crimes. They should ensure that a comprehensive response is available to victims and that services co-operate in providing assistance.

Co-operation with the state of residence

- 15.2. In cases where the victim does not normally reside in the state where the crime occurred, that state and the state of residence should co-operate to provide protection to the victim and to assist the victim in reporting the crime as well as in the judicial process.

16. Raising public awareness of the effects of crime

- 16.1. States should contribute to raising public awareness of the needs of victims, encouraging understanding and recognition of the effects of crime in order to prevent secondary victimisation and to facilitate the rehabilitation of victims.
- 16.2. This should be achieved through government funding and publicity campaigns, using all available media.
- 16.3. The role of the non-governmental sector in focusing public attention on the situation of victims should be recognised, promoted and supported.

17. Research

- 17.1. States should promote, support, and, to the extent possible, fund or facilitate fundraising for victimological research, including comparative research by researchers from within or outside their own territory.

17.2 Research should include:

- criminal victimisation and its impact on victims;
- prevalence and risks of criminal victimisation including factors affecting risk;
- the effectiveness of legislative and other measures for the support and protection of victims of crime – both in criminal justice and in the community;
- the effectiveness of intervention by criminal justice agencies and victim services.

17.3 States should take into consideration the latest state of victimological research available in developing consistent and evidence-based policies towards victims.

17.4 States should encourage all governmental and non-governmental agencies dealing with victims of crime to share their expertise with other agencies and institutions nationally and internationally.

III-3

Council of Europe

Ministers' Deputies

CM Documents

CM(2006)61 Addendum revised 14 June 2006¹⁸

967 Meeting, 14 June 2006

10 Legal questions

10.3 European Committee on Crime Problems (CDPC) –

Explanatory Memorandum

to the Recommendation Rec(2006) on

Assistance to Crime Victims

Item prepared by the GR-J of 1.06.2006

INTRODUCTION

Background to Recommendation R(87)21 on assistance to victims and the prevention of victimisation

1. Statistics show that victimisation is a daily phenomenon in Europe. Threats of terrorism, as well as terrorist acts and other forms of transnational crimes, also call for improved forms of assistance to victims.
2. In 2003, following a study¹⁹ on the relevance of Recommendation No. R (87) 21, the Criminological Scientific Council (PC-CSC) concluded that a new recommendation should be developed on this topic that would update Recommendation No. R (87) 21.

¹⁸ This document has been classified restricted at the date of issue. It was declassified at the 967th meeting of the Ministers' Deputies (14 June 2006) (see CM/Del/Dec(2006)967/10.3b).

¹⁹ Document [PC-CSC \(2003\)1](#), "The relevance today of Recommendation R(87)21 on the assistance to victims", Helen Reeves, 16 January 2003.

3. Recommendation No. R (87) 21 was designed to complement the 1983 European Convention on the Compensation of Victims of Violent Crime (ETS No. 116) and Recommendation No. R (85) 11 on the position of the victim within the framework of criminal law and procedure.
4. Since the adoption of Recommendation No. R (87) 21 in 1987, there have been significant developments in the field of assistance to victims in Europe. Member states' legislation and practice have evolved, as documented in several related surveys.
5. In 1996, the Council of Europe' Committee of Ministers adopted Recommendation No. R (96) 8 on "crime policy in Europe in a time of change", which calls member states to have a coherent and rational crime policy directed towards, *inter alia*, the provision of assistance to victims. In addition, the Committee of Ministers has adopted several other Recommendations²⁰ which provide for assistance to particular categories of victims.
6. The United Nations²¹ and the European Union²² have elaborated several standards in the field of victims.

Victims of terrorism

7. Assistance to victims of terrorism has been considered a priority after the terrorist acts in New York in 2001, in Beslan (Russian Federation), in Madrid in 2004, and in London in 2005.
8. Within the Council of Europe, the work in the legal field has been involved to the Committee of Experts on Terrorism (CODEXTER), which has notably been involved in the elaboration of legal instruments to fight terrorism.
9. At their Conferences in 2003 and in 2005, the European Ministers of Justice invited the Committee of Ministers, where necessary, to adopt new rules concerning the im-

²⁰ Notably: Recommendation nr R(85)4 on violence in the family, R(97)13 concerning intimidation of witnesses and the rights of the defence, R(99)19 concerning mediation in penal matters, R (2000)11 on action against trafficking in human beings for the purposes of sexual exploitation, R(2001)16 on the protection of children from sexual exploitation, R(2002)05 on protection of women against violence, R(2005)09 on the protection of witnesses and collaborators of justice.

²¹ This includes the following UN Conventions: International Convention for the suppression of the financing of terrorism (1999), UN Convention against Transnational Organized Crime and its Protocol on the Trafficking in Human Beings (General Assembly resolution 55/25, 8 January 2001); UN Convention against corruption (General Assembly, 21 November 2003, A/RES/58/4), as well as the Declaration of Basic Principles of Justice for Victims of Crime and Abuse of Power (General Assembly resolution 40/34 of 29 November 1985), Implementation of the Declaration of Basic Principles of Justice for Victims and of Crime and Abuse of Power (Economic and Social Council resolution 1989/57), Plan of Action for the Implementation of the Declaration of Basic Principles of Justice for Victims of Crime and Abuse of Power (Economic and Social Council resolution 1998/21), Vienna Declaration on Crime and Justice: Meeting the Challenges of the Twenty-first Century (General Assembly resolution 55/59 - 2000), Guidelines on Justice Matters involving Child Victims and Witnesses of Crime (adopted by Economic and Social Council resolution 2005/20 of 22 July 2005), Basic principles and guidelines on the right to a remedy and reparation for victims of gross violations on international human rights law and serious violations of international humanitarian law (adopted by UN General Assembly on 10 November 2005, document A/RES/60/147).

²² In particular: the European Union Council Framework Decision of 15 March 2001 on the standing of victims in criminal proceedings, the European Union Council Directive 2004/80/EC of 29 April 2004 relating to compensation for victims of crime.

provement of, *inter alia*, the types of support offered to victims of terrorist acts and their families²³.

10. As a result of the CODEXTER's work, the Council of Europe's Convention on the Prevention of Terrorism (CETS No. 196) was opened for signature in May 2005. Article 13 of the Convention specifically deals with the protection of, compensation of, and assistance to victims of terrorism²⁴.

Terms of reference of the Group of Specialists on Assistance to Victims

11. The Committee of Ministers approved, on 15 December 2004, the terms of reference for a Group of specialists on assistance to victims and prevention of victimisation (PC-S-AV).
12. The Committee is called upon, under the authority of the CDPC, to elaborate a draft Recommendation (updating Recommendation No. R (87) 21) setting out, *inter alia*, appropriate standards and principles in this area, and notably taking into account the relevant Council of Europe Recommendations and Resolutions.

Work of the Group of Specialists on Assistance to Victims

13. The PC-S-AV held five meetings between January 2005 and March 2006. In accordance with its terms of reference, the PC-S-AV followed a twin-track approach: initially it was requested to give priority, in terms of time and content, to assistance to the victims of terrorism, on which it reported to both the CDPC and to the CODEXTER in June 2005, while keeping the CDDH informed, and only subsequently did it concentrate on the wider aspects of assistance to victims, on which it reported to the CDPC.
14. After having consulted the CODEXTER and kept the CDDH informed, the group adopted at its 5th meeting, 15-16 March 2006, the preliminary draft Recommendation and its explanatory memorandum, which were sent to the CDPC for approval.
15. The draft recommendation was approved by the CDPC on 07 April 2006 and adopted by the Committee of Ministers of the Council of Europe on ---.

GENERAL CONSIDERATIONS: AIMS OF THE RECOMMENDATION

16. The aims of the Recommendation are threefold.
17. The first aim is to update Recommendation R(87)21 on the assistance to victims, taking into account developments in the legislation and practice of the member States since 1987.
18. The second aim is to assist member States in the prevention of repeat victimisation, in particular for victims from vulnerable sections of society.

²³ Resolution No. 1 on Combating Terrorism of the 25th Conference of European Ministers of Justice, Sofia, 9-10 October 2003, Resolution no 3 on the Fight against Terrorism of the 26th Conference of European Ministers of Justice, Helsinki, 7-8 April 2005.

²⁴ Web site of the convention:
<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/QueVoulezVous.asp?NT=196&CM=1&DF=24/02/2006&CL=ENG>

19. The third aim is to provide member States with useful guidance in defining their legislation and practice on assistance to victims of terrorism.

COMMENTARY ON THE PROVISIONS OF THE RECOMMENDATION AND ITS APPENDIX.

Preamble

Victims of crime and victims of terrorism – paras. iv, v and vi.

20. From the outset, the Committee had to decide to what extent the new Recommendation should be devoted specifically to assistance to victims of terrorism as opposed to victims in general.
21. Although the crime of terrorism has been prioritised in some countries, the Committee was of the opinion that the needs of victims of terrorism were essentially the same of those of victims of other crimes.
22. It based its reflections on national legislation and practice of Member States. For this purpose, it requested the assistance of the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law, which produced a study entitled “Victims of Terrorism – Policies and Legislation in Europe – an overview on victim related assistance and support”.²⁵
23. The report shows that a few countries have specific assistance policies for victims of terrorism, such as France, Italy, Greece, Russian Federation, Spain, Turkey, United Kingdom (Northern Ireland). Most States have some assistance programmes which apply to victims in general and thus may apply also to victims of terrorism. Fewer States have implemented State compensation schemes for victims of crime in general or victims of terrorism in particular.
24. The Group took also into particular account the relevant Resolutions of European Justice Ministers, the Guidelines on Human Rights and the Fight Against Terrorism adopted by the Committee of Ministers in July 2002, the Guidelines on the Protection of Victims of Terrorist Acts adopted by the Committee of Ministers on 2 March 2005²⁶ and the work of the CODEXTER, including their country profiles on relevant legal and institutional capacities in the fight against terrorism²⁷.
25. On the basis of the materials provided to the Committee by the scientific expert from the Max Planck Institute, the Committee adopted a report on the assistance to victims of terrorism in June 2005, which was sent to the CODEXTER and to the CDPC,²⁸ which have given comments on it.

²⁵ “Victims of Terrorism – policies and legislation in Europe. An overview on victim related assistance and support”, by Hans-Joerg Albrecht and Michael Kilchling, Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law, May 2005 ([PC-S-AV \(2005\) 04](#)).

²⁶ The text of the guidelines are available on:
<http://www.coe.int/T/CM/system/WCDdoc.asp?Ref=CM/Del/Dec%282005%29917/4.2&Ver=0002&Sector=CM&Lang=en#>.

²⁷ The country profiles are available on the web site of the CODEXTER: www.coe.int/gmt.

²⁸ “Report on the assistance to victims of terrorism”, 21 June 2005, sent to the European Committee of Crime Problems (CDPC) and to the CODEXTER (Committee of Experts on Terrorism) – document [PC-S-AV \(2005\) 07](#).

26. In its discussions on the text of the new Recommendation on the assistance to victims in general, the Committee decided to discuss each Section successively and to include, where appropriate, provisions applying specifically to victims of terrorism.
27. Unless stated otherwise, the provisions included in the Recommendation should be understood as applying to all crime victims, including victims of terrorism.
28. This Explanatory Memorandum contains some examples of national practice. In addition, the report “Victims of Terrorism – policies and legislation in Europe”, as well as the country profiles gathered by the CODEXTER provide information about the main elements of national practices and legislation on the compensation of victims of terrorism. These elements may be considered by States when applying Art. 13 of the Council of Europe Convention on the Prevention of Terrorism (CETS No. 196)²⁹.

Scope of assistance to victims

29. Assistance to victims has been understood, for the purposes of this Recommendation, as including various measures which States are encouraged to adopt with the overall aim of alleviating the negative effects of crime on victims and helping the victim’s rehabilitation in the community.
30. Accordingly, in addition to support services offered to victims, the recommendation also deals with such matters as the provision of information to victims, victim protection, social measures, selection and training of staff working with victims, aspects of criminal and civil justice systems, compensation and mediation. Such a holistic approach to victim assistance reflects the ways in which the different actors and institutions in society should interact with victims.
31. The Recommendation provides detailed provisions on the various types of assistance to victims. The detailed character of the Recommendation is deliberate, and is intended to provide useful guidance for practitioners and public authorities in the development of practice and legislation. The standards set forth in the Recommendation should contribute to defining new aspirations in the field of assistance to victims.

Role of Non-Governmental Organisations (NGO’s) – para. viii

32. The Committee paid tribute to the important role played by non-governmental organisations (NGO’s) in assisting victims and in developing a dialogue with the relevant public authorities. NGOs have made a significant contribution to the promotion of victims’ issues and to the strengthening of relevant institutional and legal frameworks.
33. In particular, the Committee made reference to the work and experience gained by associations such as the “European Forum for Victim Services” (hereafter “the Forum”), a network of 21 non-governmental national organisations from nineteen Euro-

²⁹ “Article 13 – Protection, compensation and support for victims of terrorism: Each Party shall adopt such measures as may be necessary to protect and support the victims of terrorism that has been committed within its own territory. These measures may include, through the appropriate national schemes and subject to domestic legislation, *inter alia*, financial assistance and compensation for victims of terrorism and their close family members.”

pean States. The Committee was assisted by policy statements adopted by the Forum on several issues³⁰.

Crime prevention and prevention of repeat victimisation - para. x

34. The Recommendation covers assistance to victims and the prevention of repeat victimisation. Unlike the Recommendation R (87) 21, it does not deal with crime prevention in general, a matter now more commonly referred to as “crime reduction”.
35. Crime reduction is considered to be an issue that affects the whole community, not just those people who have become the victims of crime³¹. In view of the large volume of work carried out on this subject, it has been agreed that this topic should be made the subject of a separate document and excluded from the Committee’s terms of reference.
36. Far more is now known about the phenomenon known as “repeat victimisation”³², which is the only aspect of crime reduction which does have immediate relevance for people who have already been the victims of crime. Research in various European countries has confirmed that once a crime has been committed, the possibility of a similar crime being committed against the same victim, or the same household, increases dramatically.
37. The new Recommendation draws attention to this phenomenon and to the State’s responsibility to include measures to prevent repeat victimisation within the general provision of services to victims.

General considerations on assistance to victims – para. xi

38. The Committee expressed its firm conviction that assistance to victims should be understood, developed and promoted for its own sake.
39. In particular, assistance provided to victims needs to be conceived, organised and provided independently from the overall interests of the criminal justice system. Even when the interests and the position of victims are taken into consideration as part of the criminal justice procedure, the overall aim of assistance policies to victims should have the interests of victims as their primary focus.

Increased protection

40. Nothing in the Recommendation prevents States from adopting more favourable measures and services than the ones described in the Recommendation.

³⁰ More information on the European forum of victim services on its web site: <http://www.euvictimservices.org/>.

³¹ For more complete elements on the matter, see H. Reeves, “the relevance today of Recommendation R(87)21”, doc [PC-CSC \(2003\)01](#), 16 January 2003.

³² This phenomenon is further elaborated under Chapter 10 B. of this document.

1. DEFINITIONS

41. The definitions proposed in this Section aim to help the reader understand the scope for application of terms referred to in the Recommendation which are not defined in other Council of Europe instruments.
42. Victim: the definition is consistent with the European Union Framework Decision on the standing of victims in criminal proceedings Art.1³³. It covers natural persons who are victims of all types of crimes, including non-violent crimes and crimes committed through negligence.
43. For the purposes of the Recommendation, the immediate family and dependents of the victim of crime have been included in the definition of victims. "Immediate family" includes partners, both married and unmarried.
44. The definition of victims and the inclusion of family members and dependents is consistent with the UN standards, such as the Declaration of basic Principles of Justice for Victims of Crime and Abuse of Power (1985)³⁴.
45. Repeat victimisation: the definition has been agreed by the PC-S-AV on the basis of the work of researchers and practitioners. It refers to situations when the same person suffers from more than one criminal incident over a specific period of time. It applies, for example, to victims of repeated burglaries, continuing domestic violence or any form of harassment.
46. Secondary victimisation: Research and professional experience show that secondary victimisation, generated by institutions or individuals, is often experienced by victims in the aftermath of crime. Secondary victimisation involves a lack of understanding of the suffering of victims which can leave them feeling both isolated and insecure, losing faith in the help available from their communities and the professional agencies. The experience of secondary victimisation intensifies the immediate consequences of crime by prolonging or aggravating the victim's trauma; attitudes, behaviour, acts or omissions can leave victims feeling alienated from society as a whole.³⁵

2. PRINCIPLES

47. The State's responsibility to assist victims derives from the obligations set out in the European Convention on Human Rights (ECHR). States party to the Convention have a positive obligation to "secure to everyone within their jurisdiction the rights and freedoms defined in [the] Convention" (Art 1 ECHR), and in particular their rights to life (Art 2), security (Art 5), private and family life (Art 8).
48. States should recognise the negative effects of crime on victims and take measures to alleviate these effects and help the victim's rehabilitation in the community.

³³ Doc 2001/220/JHA adopted on 15 March 2001 Art1: "(a) "victim" shall mean a natural person who has suffered harm, including physical or mental injury, emotional suffering or economic loss, directly caused by acts or omissions that are in violation of the criminal law of a Member State".

³⁴ Art 2: "The term "victim" also includes, where appropriate, the immediate family or dependants of the direct victim and persons who have suffered harm in intervening to assist victims in distress or to prevent victimisation."

³⁵ Extract from the [statement](#) of the European Forum for Victim Services on the Social Rights of Victims of Crime (1998).

49. The personal characteristics of a victim, such as race, colour, sex, sexuality, age, language, religion, nationality, political or other opinion, cultural beliefs or practices, property, birth or family status, ethnic or social origin, and disability should not be grounds for refusing assistance.
50. This does not however preclude States from making special provisions when specific characteristics or circumstances of the victims require.
51. A number of States differentiate in the assistance given to a victim on the basis of the type of offence. It would nevertheless be desirable that States consider the victims' needs in priority.
52. The conduct of the victim before, during and after the criminal event should not constitute grounds for refusing assistance to him or her. It could however be taken into account when considering the scope of compensation.
53. Unrelated prior criminal conviction of the victim should not constitute grounds for refusing any provision of the Recommendation.
54. The identification, arrest, prosecution or conviction of the perpetrator of the criminal act should not be the condition for granting these services. It is understood that some measures, such as mediation for instance, clearly depends on the identification of the offender.

3. ASSISTANCE

General remarks

55. The scope of assistance to victims has been elaborated in para. 28-30 above.
56. States should ensure that the services mentioned in the Recommendation are available for as long as needed by the victim.
57. Where resources for assistance such as counselling are scarce, States may allocate those resources to victims of more serious crimes.

Types of assistance

58.
 - Immediate assistance should consist of a preliminary medical assessment and first aid if needed, as well as general information on assistance available to victims. The personnel in contact with victims should be aware of the risk of secondary victimisation and should have adequate training to prevent it.
 - In the medium term, it has proved particularly useful to appoint a contact person or an "agent de liaison" between the victim, community services and investigation teams. The person should be well-trained in the available services and be able to understand and respond to the victim's emotional needs. In addition, the protection of the victim's privacy should be ensured.

- In the longer term, the range of services that are proposed in the short and medium term should remain available as long as needed. The victim may wish to be referred to specialised services or to victims' self help groups where they can share their experiences with other victims. However, such initiatives should avoid unnecessarily prolonging the individual's perception of being a "victim".

Assistance to particularly vulnerable victims

59. States should ensure the provision of assistance to particular groups of victims, who can be considered vulnerable either by virtue of their personal characteristics (as in the case of children or people with physical or learning disabilities) or of the type of crime they have been exposed to (e.g. domestic violence, sexual violence or organised crime). Such victims should benefit from special measures designed to suit their situation.
60. Particular attention should be paid to victims who do not understand the local language. Wherever possible, assistance should be provided in a language understood by the victim.

Assistance to victims of multiple victimisation

61. In cases of multiple victimisation, which may involve terrorism, some victims may benefit from group work or networking among victims of the same event.
62. States should also foresee provisions for large scale assistance in the immediate aftermath of such incident, as described under Chapter 15 below.

4. THE ROLE OF PUBLIC SERVICES

Criminal Justice Agencies

63. Research has shown that victims benefit from referrals by law enforcement agencies to victims support services. Some States interpret data protection legislation in a way which precludes the transmission of the victim's personal data by referral. Research show however that victims are satisfied with the transmission of their personal data to victims support services. The practice in countries such as France, the Netherlands and in the United Kingdom has demonstrated the effectiveness of such referrals.
64. Victims should be explicitly told that they can refuse referrals to victim services or offers of assistance from victim support services.
65. Victim support services who receive referrals from the police should, in addition to offering their own services, provide victims with access to relevant specialist organisations dealing with victims of specific crimes (e.g. terrorism) or with specific victim groups (e.g. women, children).
66. Although many States provide information on the main decisions taken during criminal proceedings, fewer States take measures to give explanations for these decisions. Explanations should be provided in particular regarding decisions described in Art 6.5 of the Recommendation.

67. Whenever the victim is well aware of the decisions taken, he or she would more likely provide with additional information which could be relevant to the case.
68. In addition to the training of criminal justice agencies to recognise victims' needs, as provided for in Chapter 12 of the Recommendation, it has been demonstrated that systems to monitor performance are more likely to encourage good practice.
69. Victims should receive legal advice on any aspect of their involvement in the criminal justice process, including on the possibility to becoming "*partie civile*" or to claim compensation.

Agencies in the community

70. The measures proposed in this Section relate to the wider aspects of the victim's life in the community, which are not covered by the criminal justice system or by State compensation. The Recommendation recognises that many victims require, for example, medical services for both physical and psychological injuries, whether or not the crime has been reported to the police. Similarly, some victims of repeated burglaries or racist or other harassment will need help with home security or re-housing.
71. Although these provisions are available in most countries, for instance the relocation of a victim who is a witness of organised crime, the rights of other victims have rarely been recognised and would deserve higher consideration.
72. The policy statement adopted by the European Forum for Victim Services on "the social rights of victims of crime" (1998)³⁶ provides examples of social measures which could be considered by States in fields such as access to health care services, income, home security, employment, education.³⁷

Role of Embassies and Consulates

73. States should take the necessary steps to ensure that their embassies and consulates provide national victims with information on assistance available to them both in their host country and in their own countries. They should also, to the extent possible, provide national victims with immediate assistance by helping them to obtain such things as new identity documents, flight tickets and accommodation.

5. VICTIM SUPPORT SERVICES

74. In addition to assistance provided by criminal justice agencies and public services, States should provide or promote dedicated services for the support of victims. Such services can be of many different natures, although research³⁸ has indicated the positive value of the establishment and promotion of independent non-governmental national victim support agencies.

³⁶ Available on http://www.euvictimservices.org/EFVSDocs/social_rights.pdf.

³⁷ See also the publication made by the United Kingdom Home Office, "a new deal for victims and witnesses", 2003, available at: <http://old.homeoffice.gov.uk/docs2/vicwitstrat.pdf>.

³⁸ Brien, M.E.I., Hoegen, E.H. *Victims of Crime in 22 European Criminal Justice Systems: The Implementation of Recommendation (85) 11 of the Council of Europe on the Position of the Victim in the Framework of Criminal Law and Procedure*, Niemegen, Netherlands: WLP, 2000.

75. While the majority of victim service organisations are formed within the voluntary sector, their success depends greatly upon the support of government. The 2001 EU Framework Decision on the standing of victims in criminal proceedings, requests Member States to “promote the involvement of victim support systems responsible for organising the initial reception of victims and for victim support and assistance, thereafter”.³⁹
76. Of the recommendations in the Phare Rule of Law Project, Module IV, one crucially asks that in every state, “named senior officials in the relevant ministries and criminal justice agencies be charged with express responsibility for the identification and promotion of policies and programmes for victims and witnesses”.⁴⁰

Minimum standards

77. Victim support services should adopt and abide by defined standards of services. As a minimum, the victims support services should respect the standards set forth in this Section of the Recommendation.
78. Nothing should prevent such services from going further in their definitions of standards of services. To this end, reference could be made to the Statement of victims’ rights to standards of services adopted by the European Forum for Victim Services in 1999⁴¹.
79. The services should be available to the victims regardless of when the victim makes contact with victim support services. Particularly in cases of violence against minors, a long period of time can elapse before the victim takes the initiative to contact a victim support service.
80. Training, as described under Chapter 12, should enable the relevant personnel to be fully competent to deal with the problems of the victims they serve.
81. Specialised services, dealing for example with children, victims of rape or victims of terrorism are of great value. General services are encouraged to provide these services or to refer victims to other specialists. Such services should be easily accessible. The coordination of victim support services, as mentioned under §§ 86 – 90 and 149 below is important in this perspective.

Specialised centres

82. The existence of these centres has proved to be of particular value to victims of sexual violence, trafficking and domestic violence. Such victims may be fearful of reporting to the police and might prefer to turn to such centres first. They should be able to obtain support and information whether or not they decide to report the crime to the authorities. These centres should be aware of the importance of securing evidence for possible criminal proceedings at a later date.

³⁹ Council Framework Decision of 15 March 2001 on the standing of victims of crime in criminal proceedings (2001/220/JHA) OJ, L82, 22 March 2001, Article 13.

⁴⁰ Phare Horizontal Programme on Justice and Home Affairs, *Reinforcement of the Rule of Law: Final report on the first part of the project*. European Commission: August 2002, p. 57.

⁴¹ Available on http://www.euvictimservices.org/EFVSDocs/service_standard_rights.pdf.

83. Some States consider that other forms of trauma, such as trauma resulting from terrorist acts or other forms of multiple victimisation, could also be addressed by such specialised centres.

National help lines

84. It is recommended that national help lines should be available in addition to other services listed in the Recommendation. Help lines should as a minimum provide general support and information and referrals to victim support agencies.
85. All personnel should be trained to provide basic support according to the needs expressed.

Coordination of victim services

86. It is important that States ensure the effective provision of support to victims. They should ensure that adequate services are available and that they work in a coordinated manner. In several countries, the setting up of national generalist organisations contributes to achieving such objective.
87. The co-ordination of dedicated victims services contributes to:
- voicing the needs and concerns of member associations and allowing for better access to and more influence on government policies and institutions;
 - having an overview of the existing services available to victims, being in a position to assess them and identify their strengths and weaknesses;
 - preparing and maintaining standards of good practice for victim services;
 - co-ordinating assistance to victims
 - co-ordinating the provision of training.
88. The recommendations issued by the Phare Working Group, propose that in all states "strenuous efforts should be made either to aid the development of an existing generalist organisation for victims or to create and aid the development of such an organisation where none exists".⁴²
89. The European Forum for Victim Services has also long advocated the establishment of effective national victim services. The forum is composed of 21 national organisations from 19 member States.
90. National victim assistance services have emerged in many European states⁴³ and they have proved to be effective in lobbying for victim policy decisions on the part of governments. These organisations are consulted before important decisions are tak-

⁴² Phare Horizontal Programme on Justice and Home Affairs, *Reinforcement of the Rule of Law: Final report on the first part of the project*. European Commission: August 2002, p. 57.

⁴³ Brienens, M.E.I., Hoegen, E.H. *Victims of Crime in 22 European Criminal Justice Systems: The Implementation of Recommendation (85) 11 of the Council of Europe on the Position of the Victim in the Framework of Criminal Law and Procedure*, Niemegen, Netherlands: WLP, 2000, p. 45.

en by government, and in some instances, the organisations themselves initiate the discussion.

6. INFORMATION

91. This Section of the Recommendation corresponds closely to the Art 4 of the EU Council Framework Decision of 15 March 2001 on the standing of victims in criminal proceedings⁴⁴.

Provision of information

92. Victims should be informed as soon as possible of the services available when they report a crime to the police. They should also be informed of the possibility that victim support services will approach them.
93. If the victim contacts victim support services before reporting the crime, he or she should be informed how to report the offence to the police.
94. Procedures should be put in place to ensure that victims have easy access to information relevant to their case and necessary for the protection of their interests.
95. In particular for cases where the information is to be given to a victim by a statutory agency (e.g. police), a review mechanism should be set up to ensure that the procedures are well-implemented and adhered to.
96. In order to provide victims with additional information, many States have provided internet sites or leaflets and handbooks. The information provided may be adapted to fit the needs of various types of victims (children, victims of domestic violence, murder, or sexual assault etc.).

Content of the information

97. In case where the victim reports a crime, he or she should be informed of the procedures which will follow and of his or her role in these procedures. This should include, where appropriate, the possibility of exercising his or her rights in criminal proceedings, the possibility of obtaining protection, of being called as a witness, etc.

Information on criminal proceedings

98. Victims should be informed of the progress of the case. It may include information on a decision to charge, not to charge, to discontinue the prosecution, the dates of court hearings and decisions relating to the release of the offender from pre-trial detention. In particular, information on decisions to release offenders should be provided to the victim in cases of violent crimes against the person or harassment and when the offender has been given a lengthy sentence (e.g. 12 months or more).

⁴⁴ Available on:
http://europa.eu.int/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexapi!prod!CELEXnumdoc&lg=en&numdoc=32001F0220&model=guichett.

99. Sometimes victims do not want to receive information regarding the offender or the progress of criminal proceedings. Victims should therefore have the possibility to express their wish not to receive such information.

7. RIGHT TO EFFECTIVE ACCESS TO OTHER REMEDIES

100. Victims who suffer damages as a result of a crime should be entitled to effective access to justice in order to protect their rights. They should have access to justice to deal with such problems as child custody, property ownership, home security and claims for damages against the offender. Where relevant, exclusion orders or other injunctions should be made available.
101. Victims should also be entitled to claim compensation from the offender in the context of criminal proceedings except where, in certain cases, national law provides for compensation to be awarded in another manner. This is in line with the Council framework decision of 15 March 2001 on the standing of victims in criminal proceedings (Art 9).
102. Assistance should also be provided to victims to enforce any payment awarded. In some States, assistance is given by the State, to enforce a payment awarded by a criminal court. Research has demonstrated that this is the most effective way to ensure that payment is made. States should therefore consider what steps are needed to ensure payment.

8. STATE COMPENSATION

Compensation scheme

103. Each State should adopt a compensation scheme for victims.
104. It is asserted that the obligation of the State to pay compensation is based on the principle of social solidarity by which the society, as a whole, accepts to share the burden produced by the crime.
105. The practice, in terms of victim compensation, varies widely among States. They are therefore encouraged to compare systems of compensation, including the provision of funding. Sources of funding for State compensation schemes can be public funds, confiscation of perpetrators' assets, fines, a tax imposed on insurance contracts (as in the French practice) or other sources.
106. National compensation schemes should compensate all eligible victims of crimes committed within their national borders. The access to compensation should be granted irrespective of the victim's nationality. Nationality could however be considered to some extent in the calculation of the amount to be compensated to victims.

Damages to be compensated

107. As an expression of social solidarity, the treatment and rehabilitation for physical and psychological injuries should be compensated.

108. The Recommendation invites States to consider, in addition to compensation for physical injuries, the compensation for pain and suffering. This is particularly relevant for numerous victims of sexual violence.
109. Physical injuries and loss of income can often be covered by private insurances and/or social security. The immaterial damage is often the main damage to be compensated. The inclusion of pain and suffering as a damage to be compensated is therefore crucial in cases where there is no material injury but considerable moral harm caused by the crime.
110. Compensation for special damages, such as loss of income, funeral expenses, loss of maintenance for dependants should be considered by States. Compensation for damages resulting from crimes against property may also be envisaged.
111. As to the level of compensation to be awarded, it is suggested that it should be the same for all victims, regardless of the situation and needs of the individual victim.

Victims of terrorism

112. As far as victims of terrorism are concerned, the Committee had an extensive discussion on the types of losses to be compensated as well as on the types of compensation to be awarded.
113. The report on “Victims of Terrorism – policies and legislation in Europe. An overview on victim related assistance and support”, elaborated by the Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law⁴⁵ as well as the “Report on the assistance to victims of terrorism”, adopted by the Committee in June 2005⁴⁶ provide useful suggestions and national examples.
114. As to the forms that compensation may take, due consideration should be given, in this regard, to Guideline VII of the Council of Europe Guidelines on the Protection of Victims of Terrorist Acts: “apart from the payment of pecuniary compensation, states are encouraged to consider, depending on the circumstances, taking other measures to mitigate the negative effects of the terrorist act suffered by the victims.” Such other forms of acknowledgment for victims could be considered in all cases of multiple victimisation⁴⁷.
115. In some countries, compensation is offered to the community which is associated with the victim of a terrorist act. This community could use this compensation to build a hospital, school or memorial, or to set up an association or foundation.
116. A system of voluntary contributions to a trust fund for the benefit of an affected community can be considered.

⁴⁵ “Victims of Terrorism – policies and legislation in Europe. An overview on victim related assistance and support”, by Hans-Joerg Albrecht and Michael Kilchling, Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law, May 2005 ([PC-S-AV \(2005\) 04](#)).

⁴⁶ “Report on the assistance to victims of terrorism”, adopted by the PC-S-AV, 21 June 2005, transmitted to the European Committee of Crime Problems (CDPC) and to the CODEXTER (Committee of Experts on Terrorism); document [PC-S-AV \(2005\) 07](#).

⁴⁷ See the UN Declaration of Basic Principles of Justice for Victims and Abuse of Power, 1985.

117. The level of evidence required from victims of terrorism during any judicial procedure for compensation should be limited. The evidence that a terrorist act has been committed and that the claimant is a victim should be sufficient. Evidence of intention should not be necessary.

Subsidiarity

118. State compensation should be awarded to the extent that the damage is not covered by other sources such as the offender, insurance company or State-funded health and social provisions.
119. The application of this principle varies among States. In many States, for example, the compensation obtained from private insurance companies is taken into account when fixing the amount of compensation to be paid by the State. In some States, however, it is not and State compensation is received in addition to any indemnity received from the insurance company.

9. INSURANCE

120. States should evaluate the extent of insurance cover provided by public or private insurance schemes for the various relevant categories of criminal victimisation. Where necessary, states should also seek ways to make insurance more accessible for families at greatest risk of victimisation and for those with limited means.
121. Research in the United Kingdom (1998 British Crime Survey) has shown that almost one in five United Kingdom households does not have home contents insurance. Low income households were the least likely to have insurance; about half of those living in accommodation rented from a public or social landlord were not insured. The survey also showed that those least likely to have insurance are most at risk of burglary.⁴⁸ Further research has shown that the most common reason for not being insured is cost – it is relatively more expensive to insure on a low income. Those families with the lowest incomes living in neighbourhoods with high crime levels are three to four times less likely to have insurance than households with high incomes.
122. A valuable alternative for those who cannot afford conventional insurance cover is a “tenant’s contents insurance scheme”. These schemes, which can be operated by public or social landlords, generally involve the collection of insurance premiums with rent. The landlord is able to negotiate preferential rates with insurance companies and these savings can be passed on to tenants. Tenants receive cover that is affordable, flexible and meets their needs. Landlords are able to demonstrate that they have fulfilled their obligations to promote social inclusion. Research commissioned shows that schemes like this do operate successfully but much more needs to be done to set up and promote tenants contents insurance⁴⁹.

⁴⁸ Budd, T. (1999) *Burglary of domestic dwellings: findings from the British Crime Survey*. (Home Office statistical bulletin; 4/99) London Home Office.

⁴⁹ Housing Corporation (2001) *Insurance for all: a good practice guide*. London: the Housing Corporation, 2001.

10. PROTECTION

A. Protection of physical and psychological integrity

123. Special protective measures should be available to particularly vulnerable categories of victims, such as children, persons with learning disabilities, victims of domestic violence and other types of victims subject to repeat victimisation, including victims of trafficking in human beings, sexual violence, and victims of all forms of harassment. In such cases, police forces could inform the victims of the potential or actual risks of repeated crimes or reprisals and on ways to protect themselves. Adequate training and adequate resources should be provided to police forces for this purpose.
124. Particular protection should be available for victims who might be called as witnesses and are at risk of harassment, intimidation or reprisals. The Council of Europe Recommendations R (1997) 13 concerning intimidation of witnesses and the rights of the defence⁵⁰ and R (2005) 09⁵¹ on the protection of witnesses and collaborators of justice provides useful guidance on this matter.
125. Protection can include legal and procedural measures. It could also include practical measures, such as alarm systems, closed circuit TV, video cameras and involving neighbours, the community, etc
126. Re-location should be made available as an option for particularly vulnerable victims or victims under threat. Where applicable, States are encouraged to enter into bilateral agreements to define the procedures for such re-location and the associated rights of the victim (residence, social rights, health care, education, etc).

B. Protection against repeat victimisation

127. Wherever the possibility of repeat victimisation exists, measures to help victims to avoid further victimisation should be regarded as an essential element of the assistance to victims.
128. Research in various countries in Europe has confirmed that once a crime has been committed, the possibility of a similar crime occurring against the same victim, or the same household, increases dramatically. For example, a household which has been burgled is four times more likely to be burgled again within six weeks of the first crime⁵². Statistics show, for instance in Germany, that 70% of all self-reported crimes have been committed against only 14% of the adult population⁵³. In the case of violent crimes, 45% are committed against 17% of the population.

⁵⁰ Available on:
<http://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?Command=com.instranet.CmdBlobGet&DocId=574854&SecMode=1&Admin=0&Usage=4&InstranetImage=43025>.

⁵¹ Available on:
<http://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=849237&BackColorInternet=9999CC&BackColorIntranet=FFBB55&BackColorLogged=FFAC75>.

⁵² Graham Farrell, Multiple victimisation: Its Extent and Significance in: International Review of Victimology 2 (1992)

⁵³ Schneider, Hans Joachim, Victimological Developments in the World during the Last Three Decades: Proceedings of the Montreal Symposium 2000, World Society of Victimology.

129. As an example of national practice, in some areas in England and Wales, Victim Support offers special projects to prevent burglary victims being targeted repeatedly. Repeat victims are identified using specialised referral software and assistance is given through the provision of appropriate crime prevention hardware and other advice.
130. Other groups with specific victimisation risks such as victims of racist and hate crimes have been offered special services by Victim Support in conjunction with local government agencies and the police. Special reporting centres have been set up based at doctor's surgeries, council offices and Citizen Advice Bureaus, which enable repeat victims of racist and hate crime to report harassment or intimidation without having to increase their vulnerability by reporting directly to a police station.

C. Protection of privacy

131. The protection of the victim's privacy should be ensured in particular when the crime receives a high level of media coverage.
132. There is a tendency in some countries for journalists to harass victims, their families, friends and neighbours for personal information. Pressure is also placed on agencies in contact with the victim to provide access to victims which would not otherwise be available. This behaviour should not be tolerated.
133. It is the responsibility of the State to protect the individual's right to respect of private and family life, as set forth in Art 8⁵⁴ of the European Convention on the protection of human rights and fundamental guarantees (ECHR).⁵⁵ Due consideration should be given to the legal requirements to protect personal data of victims, as well as, in some cases, the image of victims.

11. CONFIDENTIALITY

134. When dealing with the issue of confidentiality and without prejudice to the situations covered under 71-72, the interests of the victim should always be the priority, including the protection of his or her personal data. The disclosure of the victim's details can be granted only if the victim consents to it, or if there is a legal requirement or authorisation or an overriding ethical consideration to do so. In these circumstances three exceptions, clear rules should govern the disclosure procedures. Any disclosure should be respectful of the principle of proportionality. Within some limits, police forces can, for instance, disclose information on victims to other persons (e.g. a witness) for investigation purposes.

⁵⁴ Article 8 – Right to respect for private and family life: (1) Everyone has the right to respect for his private and family life, his home and his correspondence. (2) There shall be no interference by a public authority with the exercise of this right except such as is in accordance with the law and is necessary in a democratic society in the interests of national security, public safety or the economic well-being of the country, for the prevention of disorder or crime, for the protection of health or morals, or for the protection of the rights and freedoms of others.

⁵⁵ The forum's Statement on Social Rights of Victims contains useful elements on this matter: http://www.euvictimservices.org/EFVSDocs/service_standard_rights.pdf.

135. Complaints procedures should be published for dealing with alleged breaches to the adopted rules.⁵⁶
136. Practitioners recognise in general that in situations where the health or security of anyone, including the victim, is at risk, this would constitute an overriding ethical consideration which would allow overruling the confidentiality principle.

12. SELECTION AND TRAINING OF PERSONNEL

137. Rules for selection of staff and training should apply to all personnel whose work involves contact with victims. It applies to professional and voluntary staff.
138. In many European States, victim services are supported by dedicated teams of volunteers.⁵⁷ The employment of trained volunteers is a preferred option with many non-governmental organisations and is crucial to the success of victim services, as volunteers are representative of the community which they serve. In these organisations, trained professional staff offer training and supervision, as well as administrative, financial, and personal support to the volunteer workforce.
139. The development of a professional framework for the training, support and supervision of volunteers is crucial to the effectiveness of these organisations. Under Article 14 of the 2001 EU Framework decision, each member state must enable personnel involved with victims, “to receive suitable training with particular reference to the needs of the most vulnerable groups”.

Training

140. Training of personnel should include, as a minimum, awareness of the negative effects of crimes, the range of victims' reactions, the risks of causing secondary victimisation and the skills and competences to assist victims.
141. The competences to be taught vary according to the type of service provided by the personnel concerned. To the extent necessary, the training will cover psychological aspects of victimisation, the types of assistance available and the ways to access them, information on legal and judicial provisions etc.
142. Training can be facilitated by national victim assistance services, which can coordinate the organisation of training both to public services (medical and social services, magistrates, police forces) and to associations and organisations providing assistance to victims.

Training of personnel in other services

143. Section underlines the necessity of providing training for personnel in police forces, the judiciary, Embassies and Consulates, as well as in health, housing, social security, education and employment services. Relevant personnel, i.e. persons in direct contact with victims, should be trained to recognise the effects of crime on victims, the

⁵⁶ Ibidem.

⁵⁷ Brienen, M.E.I., Hoegen, E.H. (2000) *Victims of Crime in 22 European Criminal Justice Systems: The Implementation of Recommendation (85) 11 of the Council of Europe on the Position of the Victim in the Framework of Criminal Law and Procedure*, Niemegen, Netherlands: WLP, 2000.

risk of causing secondary victimisation and on the availability of services providing support or information.

13. MEDIATION

144. There is a shared consensus that victim-offender mediation, where available, offers benefits as well as presenting potential risks for the victim. Such benefits and risks need to be carefully balanced when involving a victim in a mediation process. This balance is especially important in situations linked to intimate relationships, such as domestic violence, where the victim may not be in a position to express free consent to the mediation process.
145. Cases which are unsuitable for mediation, as a diversion from the criminal justice system, may still benefit from mediation at any stage following the sentence.
146. In designing national legislation and practice on victim-offender mediation, member states should give particular attention to issues such as the risk of secondary victimisation, the ability of parties to give free consent, issues of confidentiality, competence of mediators and the possibility to withdraw from the process at any stage.
147. Advice from an independent person on the possibilities offered by mediation is particularly important in order to provide the victim with objective information on the matters raised in the preceding paragraph. This could enable the victim to have a clearer idea on the benefits and potential risks offered by mediation.
148. States should take into account the relevant international and national norms and practices, notably:
- the Council of Europe Recommendation Rec(99)19 on mediation in criminal matters⁵⁸,
 - United Nations Basic principles on the use of restorative justice programmes in criminal matters, ECOSOC Resolution 2002/12, 24 July 2002⁵⁹
 - European Forum of Victim Services' statement on the position of the victim within the process of mediation.⁶⁰

14. COORDINATION AND CO-OPERATION

149. The need for coordination is particularly important in countries where several victim services co-exist. If organisations with overlapping or similar services approach an individual victim without coordination, there is a higher risk of confusion and of secondary victimisation. The role of a national organisation in ensuring coordination and co-operation between services and institutions can be beneficial in this context.

⁵⁸ Available on: <http://cm.coe.int/ta/rec/1999/99r19.htm>.

⁵⁹ Available on: <http://www.un.org/docs/ecosoc/documents/2002/resolutions/eres2002-12.pdf>.

⁶⁰ See on <http://www.euvictimservices.org/>.

15. INTERNATIONAL CO-OPERATION

Preparation of States' responses

150. Particularly in situations of mass victimisation such as terrorist acts, States should ensure a well-prepared and co-ordinated response. The emergency response should be part of the general civil and public disaster response schemes which are in place in most European countries.

These emergency plans should:

- designate an agency to take the lead in co-ordinating the response,
- identify the key actors who will deal with the victims, both statutory and voluntary, such as the police, medical staff, support services,
- ensure a co-ordinated and immediate response.

The efficiency of such emergency plans presupposes:

- well-trained specialised services, such as public services, police, victim services and NGO's.
- realistic drill exercises with the participation of key actors to be involved at the disaster scene, in particular in trans-frontier situations.

151. Measures taken by States in this area should meet the requirements of the Art 3 of the Council of Europe Convention on the Prevention of Terrorism (CETS No. 196), dealing with national prevention policies.

16. RAISING PUBLIC AWARENESS OF THE EFFECTS OF CRIME

152. Although it is recommended that States have a primary role in public education, media also have an important role to play in this context.

153. The media should be encouraged to play a positive role in raising public awareness on the negative effects of crimes on victims. The media should avoid transmitting to the public mere sensationalist or emotive images or facts. They should be aware of the risks of provoking an increase in fear as well as secondary victimisation.

154. The media are also encouraged to show examples of ways in which members of the public can contribute to the rehabilitation of victims.

17. RESEARCH

155. States should contribute to or support the funding of victimological research. States could either provide direct funding, or give assistance to the raising of external research funds.

156. States can also provide practical support for example by giving the necessary permissions to conduct particular research projects or by allowing access to data, etc.

157. Comparative research should be promoted. Researchers from other countries should have equal access to research, research resources and research data.
158. Such comparative research could be conducted for example on:
- the effectiveness of the existing protection (procedural and practical) measures;
 - training programmes for public services and for associations and organisations providing assistance to victims;
 - compensation schemes for victims in general and victims of terrorism in particular;
 - the organisation of immediate assistance to victims and notably: the planning, training and co-ordination of these personnel, the specific role of the police at the crime scene, appropriate methods of taking victims' witness statements by investigators.

III-4: United Nations Economic and Social Council

37th plenary meeting 24 July 2002

Resolution 2002/12.

Basic Principles on the Use of Restorative Justice Programmes in Criminal Matters

The Economic and Social Council,

Recalling its resolution 1999/26 of 28 July 1999, entitled "Development and implementation of mediation and restorative justice measures in criminal justice", in which the Council requested the Commission on Crime Prevention and Criminal Justice to consider the desirability of formulating United Nations standards in the field of mediation and restorative justice,

Recalling also its resolution 2000/14 of 27 July 2000, entitled "Basic principles on the use of restorative justice programmes in criminal matters", in which it requested the Secretary-General to seek comments from Member States and relevant intergovernmental and non-governmental organizations, as well as the United Nations Crime Prevention and Criminal Justice Programme Network of Institutes, on the desirability and the means of establishing common principles on the use of restorative justice programmes in criminal matters, including the advisability of developing a new instrument for that purpose,

Taking into account the existing international commitments with respect to victims, in particular the Declaration of Basic Principles of Justice for Victims of Crime and Abuse of Power,

Noting the discussions on restorative justice during the Tenth United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders, under the agenda item entitled "Offenders and victims: accountability and fairness in the justice process",

Taking note of General Assembly resolution 56/261 of 31 January 2002, entitled "Plans of action for the implementation of the Vienna Declaration on Crime and Justice: Meeting the Challenges of the Twenty-first Century", in particular the action on restorative justice in order to follow up the commitments undertaken in paragraph 28 of the Vienna Declaration,

Noting with appreciation the work of the Group of Experts on Restorative Justice at their meeting held in Ottawa from 29 October to 1 November 2001, *Taking note* of the report of the Secretary-General on restorative justice and the report of the Group of Experts on Restorative Justice,

1. *Takes note* of the basic principles on the use of restorative justice programmes in criminal matters annexed to the present resolution;
2. *Encourages* Member States to draw on the basic principles on the use of restorative justice programmes in criminal matters in the development and Operation of restorative justice programmes;
3. *Requests* the Secretary-General to ensure the widest possible dissemination of the basic principles on the use of restorative justice programmes in criminal matters among Member States, the United Nations Crime Prevention and Criminal Justice

Programme Network of Institutes and other international, regional and non-governmental organizations;

4. *Calls upon* Member States that have adopted restorative justice practices to make information about those practices available to other States upon request;
5. *Also calls upon* Member States to assist one another in the development and implementation of research, training or other programmes, as well as activities to stimulate discussion and the exchange of experience on restorative justice;
6. *Further calls upon* Member States to consider, through voluntary contributions, the provision of technical assistance to developing countries and countries with economies in transition, on request, to assist them in the development of restorative justice programmes.

Resolutions

37th plenary meeting 24 July 2002

Annex

Basic principles on the use of restorative justice programmes in criminal matters

Preamble

Recalling that there has been, worldwide, a significant growth of restorative justice initiatives,

Recognizing that those initiatives often draw upon traditional and indigenous forms of justice which view crime as fundamentally harmful to people,

Emphasizing that restorative justice is an evolving response to crime that respects the dignity and equality of each person, builds understanding, and promotes social harmony through the healing of victims, offenders and communities,

Stressing that this approach enables those affected by crime to share openly their feelings and experiences, and aims at addressing their needs,

Aware that this approach provides an opportunity for victims to obtain reparation, feel safer and seek closure; allows offenders to gain insight into the causes and effects of their behaviour and to take responsibility in a meaningful way; and enables communities to understand the underlying causes of crime, to promote community well-being and to prevent crime,

Noting that restorative justice gives rise to a range of measures that are flexible in their adaptation to established criminal justice systems and that complement those systems, taking into account legal, social and cultural circumstances,

Recognizing that the use of restorative justice does not prejudice the right of States to prosecute alleged offenders,

I. Use of Therms

1. "Restorative justice programme" means any programme that uses restorative processes and seeks to achieve restorative outcomes.
2. "Restorative process" means any process in which the victim and the offender, and, where appropriate, any other individuals or community members affected by a crime, participate together actively in the resolution of matters arising in the resolution of matters arising from the crime, generally with the help of a facilitator. Restorative processes may include mediation, conciliation, conferencing and sentencing circles.
3. "Restorative outcome" means an agreement reached as a result of a restorative process. Restorative outcomes include responses and programmes such as reparation, restitution and community service, aimed at meeting the individual and collective needs and responsibilities of the parties and achieving the reintegration of the victim and the offender.
4. "Parties" means the victim, the offender and any other individuals or community members affected by a crime who may be involved in a restorative process.
5. "Facilitator" means a person whose role is to facilitate, in a fair and impartial manner, the participation of the parties in a restorative process.

II. Use of restorative justice programmes

6. Restorative justice programmes may be used at any stage of the criminal justice system, subject to national law.
7. Restorative processes should be used only where there is sufficient evidence to charge the offender and with the free and voluntary consent of the victim and the offender. The victim and the offender should be able to withdraw such consent at any time during the process. Agreements should be arrived at voluntarily and should contain only reasonable and proportionate obligations.
8. The victim and the offender should normally agree on the basic facts of a case as the basis for their participation in a restorative process. Participation of the offender shall not be used as evidence of admission of guilt in subsequent legal proceedings.
9. Disparities leading to power imbalances, as well as cultural differences among the parties, should be taken into consideration in referring a case to, and in conducting, a restorative process.
10. The safety of the parties shall be considered in referring any case to, and in conducting, a restorative process.

11. Where restorative processes are not suitable or possible, the case should be referred to the criminal justice authorities and a decision should be taken as to how to proceed without delay. In such cases, criminal justice officials should endeavour to encourage the offender to take responsibility vis-à-vis the victim, and affected communities, and support the reintegration of the victim and the offender into the community.

III. Operation of restorative justice programmes

12. Member States should consider establishing guidelines and standards, with legislative authority when necessary, that govern the use of restorative justice programmes. Such guidelines and standards should respect the basic principles set forth in the present instrument and should address, inter alia:
 - (a) The conditions for the referral of cases to restorative justice programmes;
 - (b) The handling of cases following a restorative process;
 - (c) The qualifications, training and assessment of facilitators;
 - (d) The administration of restorative justice programmes;
 - (e) Standards of competence and means of conduct governing the operation of restorative justice programmes.
13. Fundamental procedural safeguards guaranteeing fairness to the offender and the victim should be applied to restorative justice programmes and in particular to restorative processes:
 - (a) Subject to national law, the victim and the offender should have the right to consult with legal counsel concerning the restorative process and, where necessary, to translation and/or interpretation. Minors should, in addition, have the right to the assistance of a parent or guardian;
 - (b) Before agreeing to participate in restorative processes, the parties should be fully informed of their rights, the nature of the process and the possible consequences of their decision;
 - (c) Neither the victim nor the offender should be coerced, or induced by unfair means, to participate in restorative processes or to accept restorative outcomes.
14. Discussions in restorative processes that are not conducted in public should be confidential, and should not be disclosed subsequently, except with the agreement of the parties or as required by national law.
15. The results of agreements arising out of restorative justice programmes should, where appropriate, be judicially supervised or incorporated into judicial decisions or judgments. Where that occurs, the outcome should have the same status as any other judicial decision or judgment and should preclude prosecution in respect of the same facts.

16. Where no agreement is reached among the parties, the case should be referred back to the established criminal justice process and a decision as to how to proceed should be taken without delay. Failure to reach an agreement alone shall not be used in subsequent criminal justice proceedings.
17. Failure to implement an agreement made in the course of a restorative process should be referred back to the restorative programme or, where required by national law, to the established criminal justice process and a decision as to how to proceed should be taken without delay. Failure to implement an agreement, other than a judicial decision or judgement, should not be used as justification for a more severe sentence in subsequent criminal justice proceedings.
18. Facilitators should perform their duties in an impartial manner, with due respect to the dignity of the parties. In that capacity, facilitators should ensure that the parties act with respect towards each other and enable the parties to find a relevant solution among themselves.
19. Facilitators shall possess a good understanding of local cultures and communities and, where appropriate, receive initial training before taking up facilitation duties.

IV. Continuing development of restorative justice programmes

20. Member States should consider the formulation of national strategies and policies aimed at the development of restorative justice and at the promotion of a culture favourable to the use of restorative justice among law enforcement, judicial and social authorities, as well as local communities.
21. There should be regular consultation between criminal justice authorities and administrators of restorative justice programmes to develop a common understanding and enhance the effectiveness of restorative processes and outcomes, to increase the extent to which restorative programmes are used, and to explore ways in which restorative approaches might be incorporated into criminal justice practices.
22. Member States, in cooperation with civil society where appropriate, should promote research on and evaluation of restorative justice programmes to assess the extent to which they result in restorative outcomes, serve as a complement or alternative to the criminal justice process and provide positive outcomes for all parties. Restorative justice processes may need to undergo change in concrete form over time. Member States should therefore encourage regular evaluation and modification of such programmes. The results of research and evaluation should guide further policy and programme development.

V. Saving clause

23. Nothing in these basic principles shall affect any rights of an offender or a victim which are established in national law or applicable international law.

E/CN.15/2002/4.

² General Assembly resolution 40/34, annex.

See *Tenth United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders, Vienna, 10-17 April 2000: report prepared by the Secretariat* (United Nations publication, Sales No. h.00.1v.8), *ibid.* V, sect. E.

General Assembly resolution 55/59, annex. E/CN.15/2002/5 and Corr. I. ⁶ E/CN.15/2002/5/Add.1.

TüKrim

Allgemeine Hinweise

Die Reihe „Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie“ (TÜKRIM) umfasst im Kernbereich Publikationen zur Kriminologie im Sinne einer empirischen bzw. erfahrungswissenschaftlichen Forschungsdisziplin. Darüber hinaus erstreckt sie sich auch auf einschlägige Werke aus den wesentlichsten Bezugsdisziplinen der Kriminologie (namentlich Soziologie, Rechtswissenschaft, Kriminalistik, Psychologie, Sozialpädagogik, Forensische Psychiatrie sowie Rechtsmedizin). TÜKRIM stellt eine selbständige wissenschaftliche Schriftenreihe auf dem Online-Publikationsserver der Universitätsbibliothek Tübingen (TOBIAS-lib) dar. Sie entspricht den Vorgaben für Elektronische Publikationen in der Wissenschaft; daher sind die aufgenommenen Schriften auch uneingeschränkt zitierfähig.

Für die Reihe TÜKRIM sind verschiedene Textarten, vordringlich aus der Feder von aktiven und ehemaligen Mitgliedern des Instituts, zur Aufnahme vorgesehen, namentlich:

- **Forschungsberichte** über abgeschlossene empirische, auch kooperative, Projekte;
- **Themenbezogene Bibliographien** aus der Projektarbeit oder aus KRIMDOK;
- **Werkstattberichte** zu laufenden, auch kooperativen, Forschungen des Instituts;
- **Themenbezogene Aufsatzsammlungen** von Einzelautoren und Autorengruppen;
- **Habilitationsschriften und Dissertationen**, namentlich wenn sie im Zusammenhang mit Institutsprojekten entstanden oder durch den Lehrstuhl für Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug und Strafprozessrecht betreut worden sind, sobald sie von den zuständigen Hochschulgremien zur Erstveröffentlichung in elektronischer Form zugelassen wurden;
- **Diplomarbeiten und Magisterarbeiten**, wenn sie im Zusammenhang mit Institutsprojekten oder Lehrstuhlvorhaben entstanden sind und im besonderen Fall für einen breiteren Leserkreis von Interesse sind;
- **Sammelbände** mit ausgewählten, ggf. für die Publikation neu bearbeiteten, Beiträgen zu nationalen und internationalen Tagungen, im Ausnahmefall auch zu besonders ertragreichen Workshops oder Seminaren;
- **Materialienbände**, beispielsweise mit Forschungsdaten oder aktuellen kriminalstatistischen Tabellen und Schaubildern;
- **Nachdrucke** vergriffener **Verlagspublikationen**, nach Freiwerden oder ausdrücklicher Übertragung der Verbreitungs- und Verwertungsrechte;
- **Nachdrucke** von vergriffener sog. **Grauer Literatur**, also von für die Fachöffentlichkeit bedeutsamen Materialien und Dokumentationen, die in anderer Weise als durch Verlagspublikation der (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich waren, nach Zustimmung seitens der Autoren.

Die Bände sind im Regelfall als PDF-Dateien gespeichert. Sie können, soweit im Einzelfall nichts Gegenteiliges ausdrücklich vermerkt ist, unter folgendem Portal frei eingesehen sowie bei Bedarf auch kostenlos zur persönlichen Nutzung auf den eigenen PC heruntergeladen werden: <http://w210.ub.uni-tuebingen.de/dbt/intro/>.

Jeder Band kann darüber hinaus als gedruckte Version beim Institut für Kriminologie gegen einen Unkostenbeitrag bestellt werden. Dieser deckt ausschließlich die unmittelbaren für Produktion und Versand entstehenden, konkreten Sachkosten. Aus organisatorischen Gründen erfolgt der Versand im Allgemeinen erst nach Eingang des Unkostenbeitrages auf das Konto des Instituts bei der Universitätskasse Tübingen.

Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie

Band	Autor	Titel
1	Hans-Jürgen Kerner	Opfer und Täter – Eine Bibliographie – 2003, 250 Seiten
2	Wolfgang Stelly Jürgen Thomas Hans-Jürgen Kerner	Verlaufsmuster und Wendepunkte in der Lebensgeschichte 2003, 148 Seiten
3	Elke Trapp	Rechtswirklichkeit von Auflagen und Weisungen bei Strafaussetzung zur Bewährung 2003, 775 Seiten
4	Hans-Jürgen Kerner Elmar G. M. Weitekamp	Kriminologische Verlaufs- und Kohortenforschungen – Eine Bibliographie – 2004, 478 Seiten
5	Wolfgang Stelly Jürgen Thomas	Wege aus schwerer Jugendkriminalität 2004, 308 Seiten
6	Frank Czerner	Minderjährige hinter Schloss und Riegel? 2004, 126 Seiten
7	Silvia Coenen	Familiäre Sozialisation und Täter-Opfer-Erfahrung bei Jugendlichen 2004, 138 Seiten
8	Stefanie Saleth	Jugendliche im Spiegel der Lokalpresse 2004, 192 Seiten
9	Rüdiger Gaenslen	Die Behandlung rückfallgefährdeter Sexualstraftäter 2005, 224 Seiten
10	Wolfgang Stelly Jürgen Thomas	Kriminalität im Lebenslauf – Eine Reanalyse der Tübinger-Jungtäter-Vergleichsuntersuchung (TVJU) 2005, 298 Seiten
11	Tanja Pröhl	Gewalt an Schulen im Vergleich Deutschland – USA Eine Sekundäranalyse 2005, 240 Seiten
12	Monika Balint	Das Erziehungskonzept im Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Jugendstrafvollzugs von April 2004 2006, 100 Seiten
13	Marc Coester Klaus Bott Hans-Jürgen Kerner	Prevention of Terrorism Core Challenges for Cities in Germany and Europe 2007, 42 Seiten
15	Holger Stroezel	Lebensstile und Drogenkonsum – Theoretische und empirische Analysen 2007, 229 Seiten
16	Miriam Wittmann Katrin Kampermann	Mobile Jugendarbeit: Konzept und Verwirklichung 2008, 242 Seiten

17	Gabriele Hettinger	Vergleich von moralischer Urteilskompetenz und Werthaltungen bei durchschnittlich begabten und weit überdurchschnittlich/ hoch begabten Jugendlichen 2009, 126 Seiten
19	Sandra Hartmann	Die Jugendstrafvollzugsreform Eine Untersuchung der Landesgesetze von Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und Niedersachsen am Maßstab verfassungsgerichtlicher und internationalrechtlicher Vorgaben 2010, 440 Seiten
20	Jasmin Löffler	Die Absprache im Strafprozess Eine Analyse der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs 2010, 204 Seiten
21	Hyunseng You	Bewältigung von Selbstdiskrepanzen durch Zielgedanken bei Jugendlichen Eine vergleichende Untersuchung an Jugendstrafgefangenen und Kontrollgruppen von Schülern in Deutschland und Korea 2011, 172 Seiten
22	Mungyu Hwang	Transnationale Strafverfolgung Eine vergleichende Studie zur Rolle und zu den Aufgaben des deutschen Bundeskriminalamts (BKA) und des Koreanischen Nationalen Polizeipräsidiums (KNP) 2011, 192 Seiten
23	Anna Beckers	Bullying aus Täter-, Opfer- und Zuschauerperspektive Eine Untersuchung von situationsspezifischen und habituellen Attributionsstilen, am Beispiel von Schülerinnen und Schülern allgemein bildender Gymnasien 2011, 107 Seiten
24	Carmen Mutz	Der englische National Offender Management Service und die deutsche Bewährungshilfe Ein struktureller und analytischer Vergleich 2012, 209 Seiten
25	Ines Hohendorf	Bewältigungsstrategien von Frauen und Männern bei Partnergewalt Auswertung und Analyse von Studien zu den unmittelbaren Reaktionen und den die Verhaltensweisen beeinflussenden Faktoren bei Gewalt in heterosexuellen Partnerschaften 2014, 120 Seiten
26	Kathrin Horrer	Restorative Justice im Strafrecht Eine vergleichende Analyse von Konzeptionen des Konfliktausgleiches und deren Verwirklichung in Deutschland, Österreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, Australien und Belgien 2014, 228 Seiten
27	Dieter Rössner Rüdiger Wulf	Wahr.Haft.Leben 10 Jahre Jugendstrafvollzug in freien Formen 2014, 231 Seiten

28	Rüdiger Wulf	Kriminalprävention an Orten Wissenschaftliche Grundlagen und Praktische Maßnahmen 2014, 242 Seiten
29	Mounira Ammar	Peacemaking Circles & Young Refugees: Building Resilience in Germany 2014, 74 Seiten
30	Jörg Kinzig	50 Jahre Institut für Kriminologie Außensicht – Innensicht – Aussicht 2014, 166 Seiten
31	Katharina Stelzel	Politische Graffiti als Instrument der Sozialraumforschung in Konfliktregionen – das Beispiel Baskenland 2014, 301 Seiten
32	Vanessa Chong	Gewalt im Strafvollzug 2014, 172 Seiten

ISSN: 1612-4650

ISBN: 978-3-937368-64-1 elektronische Version

ISBN: 978-3-937368-65-8 Druckversion